



HESSISCHES STATISTISCHES
LANDESAMT

Staat und Wirtschaft in Hessen

Heft 6 · Juni 2000 · 55. Jahrgang

Aus dem Inhalt:

Bevölkerungsfortschreibung versus Einwohnermelderegister.

Teil 2: Wo liegen die größten Abweichungen?

Pensionierungsgründe hessischer Lehrer 1999

Hessischer Zahlenspiegel

Beiheft „Methoden“: Die Steuern sind nicht alles — was die
Einkommensteuerstatistik vom Arbeitsmarkt (er)zählt



Auch auf Diskette als PDF-Datei

Inhalt

Bevölkerung

Bevölkerungsfortschreibung versus Einwohnermelderegister. Teil 2: Wo liegen die größten Abweichungen? Von <i>Heinz-Kurt Rompel</i>	182
---	-----

Öffentlicher Dienst

Pensionierungsgründe hessischer Lehrer 1999. Von <i>Jürgen Schuchmann</i>	190
---	-----

Haushalte

Privater Verbrauch in Bayern und Hessen am höchsten. Weitere Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998. Von <i>Heinz-Kurt Rompel</i>	193
---	-----

Bevölkerung

Erwerbseinkommen: wichtigste Quelle des Lebensunterhalts. Von <i>Siegfried Than</i>	195
---	-----

Ganz kurz . . .

198

Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung

202

Hessischer Zahlenspiegel

Bevölkerung	203
Arbeitsmarkt	203
Landwirtschaft	204
Verarbeitendes Gewerbe	204
Öffentliche Energieversorgung	204
Baugewerbe, Baugenehmigungen	205
Einzelhandel und Gastgewerbe	205
Außenhandel	206
Fremdenverkehr, Verkehr	206
Geld und Kredit	207
Preise.	207
Steuern	208
Löhne und Gehälter	208

Buchbesprechungen

Umschlagseite 3 und 4 sowie Seite 200

Beiheft „Methoden“

Die Steuern sind nicht alles — was die Einkommensteuerstatistik vom Arbeitsmarkt (er)zählt. Von <i>Dr. Peter W. Buck</i>	Beilage
--	---------

Impressum

ISSN 0344 — 5550

Copyright:	© Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, 2000 Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.
Herausgeber:	Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, Rheinstraße 35/37 Telefon: 0611/3802-0, Telefax: 0611/3802-890 E-Mail: vertrieb@hsl.de — Internet: www.hsl.de
Schriftleitung:	Siegfried Bayer, Wiesbaden, Rheinstraße 35/37, Telefon: 0611/3802-804
Haus-/Lieferadresse:	Hessisches Statistisches Landesamt, Rheinstraße 35/37, 65185 Wiesbaden
Postanschrift:	Hessisches Statistisches Landesamt, 65175 Wiesbaden
Bezugspreis:	Print: Einzelheft 6,00 DM (Doppelheft 12,00 DM), Jahresabonnement 61,20 DM (zuzüglich Versandkosten) Digital: Einzelheft 9,00 DM (Doppelheft 18,00 DM), Jahresabonnement 91,80 DM (inkl. CD-ROM mit dem kompletten Jahrgang), Jahrgangs-CD-ROM einzeln 105,00 DM (jeweils zuzüglich Versandkosten)
Gesamtherstellung:	Hessisches Statistisches Landesamt

Auskünfte

Auskünfte und Informationen aus allen Bereichen der hessischen Landesstatistik erteilt die zentrale Informationsstelle; Telefon: 0611/3802-811 oder -807.

Zeichen

—	= nichts, weil nichts vorhanden ist oder die Fragestellung nicht zutrifft bzw. weil keine Veränderung eingetreten ist.
.	= Zahl nicht vorhanden bzw. Nachweis nicht möglich, weil die Repräsentation zu gering oder die Veröffentlichung aus Gründen der Geheimhaltung von Einzelangaben nicht gestattet ist.
. . .	= Zahl liegt zur Zeit der Berichterstattung noch nicht vor, ist aber zu erwarten.
0	= weniger als die Hälfte der kleinsten darzustellenden Einheit (auch: 0,0).
D	= Durchschnitt.
p	= vorläufige Zahl(en).
r	= berichtigte Zahl(en).
Zahl in Klammern = eingeschränkter Aussagewert.	

Im Allgemeinen ist ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet worden. Das Ergebnis der Summierung der Einzelzahlen kann deshalb geringfügig von der Endsumme abweichen.

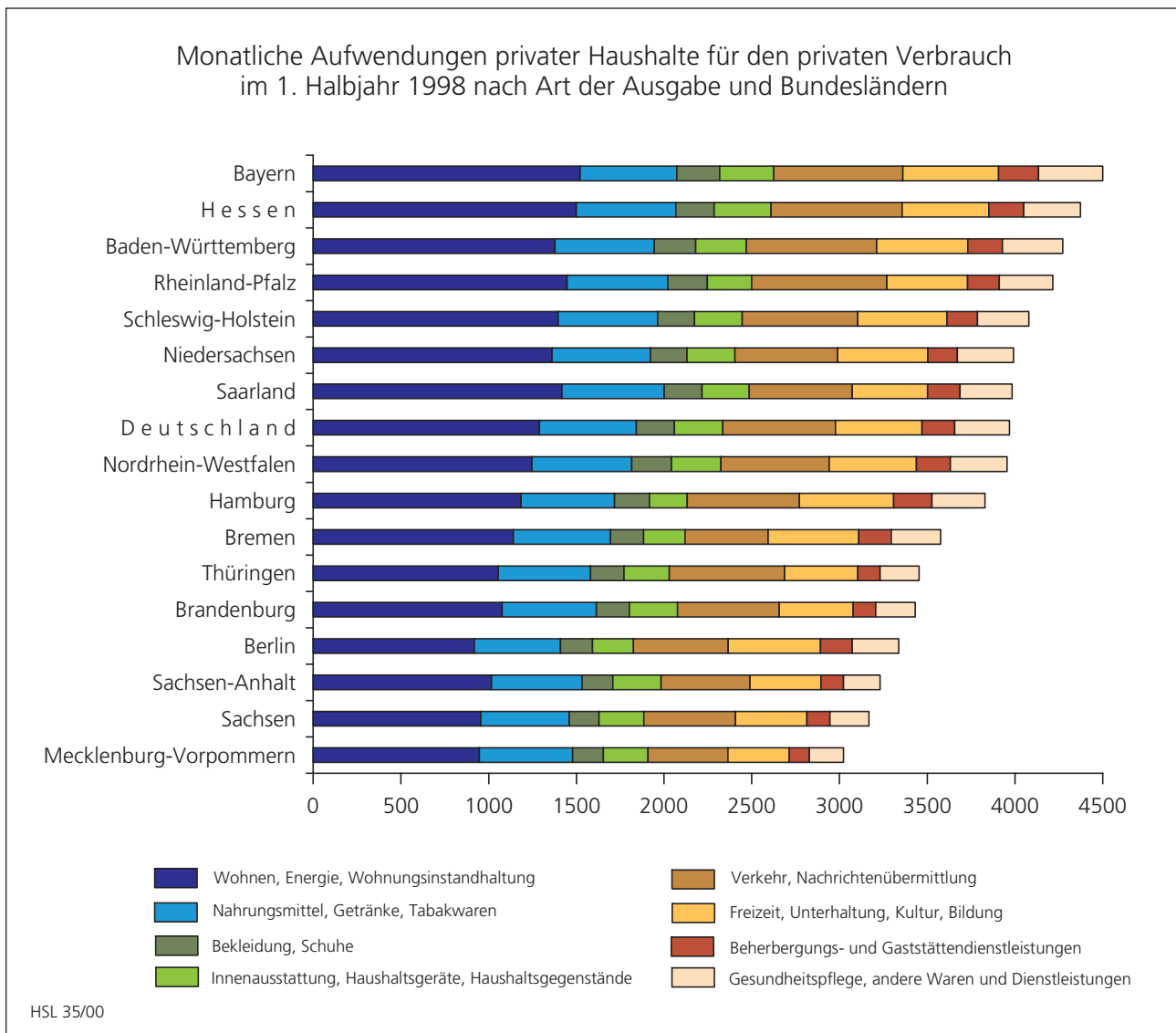
Staat und Wirtschaft in Hessen

Berichte und Informationen aus der Landesstatistik

6 · 00

55. Jahrgang

Hessisches Statistisches Landesamt



Bevölkerungsfortschreibung versus Einwohnermelderegister

Teil 2: Wo liegen die größten Abweichungen?

Nachdem im Februar-Heft ein Überblick über den Stand der Diskussion zur nächsten Volkszählung und über zwei Umfragen des Hessischen Statistischen Landesamtes zum Inhalt der Einwohnermelderegister Ende 1996 und 1998 gegeben wurde, sollen diesmal die Differenzen zwischen der amtlichen Bevölkerungsfortschreibung und den Registerbeständen etwas näher betrachtet werden. Dabei zeichnete es sich ab, dass tendenziell in den Registern weniger deutsche, aber mehr nichtdeutsche Einwohner gezählt wurden als in der Fortschreibung. Betroffen waren davon in erster Linie die kreisfreien Städte, also die fünf hessischen Großstädte mit mehr als 100 000 Einwohnern, die bei einer Registerzählung dadurch per saldo einen Einwohnerschwund von 2 % zu verkraften hätten. In den Gemeindegrößenklassen bis unter 10 000 Einwohner waren zwar umgekehrt die Fortschreibungszahlen der Nichtdeutschen höher, doch würde bei ihnen der größere Registerüberhang der Deutschen noch zu einem leichten Bevölkerungsgewinn führen. Das war übrigens Ende 1998 auch in 13 der 21 hessischen Landkreise, meist in Mittel- und Nordhessen, der Fall. Die relativ höchsten Abweichungen in beide Richtungen gab es bei den verhältnismäßig wenigen vor 1910 geborenen Personen, was durchaus auch auf die Fortschreibungsbasis, also die Volkszählung 1987, zurückzuführen sein könnte. Abgesehen von diesen schwach besetzten Jahrgängen — bei den Nichtdeutschen alle vor 1930 — wiesen bei den Deutschen die Geburtsjahre von 1955 bis 1969, bei den Nichtdeutschen diejenigen von 1930 bis 1954 sowie von 1975 bis 1994 recht hohe Differenzen auf. Wenigstens gewisse Hinweise auf die Registerqualität sollte auch eine Umfrage zu Wahlbenachrichtigungen und Lohnsteuerkarten geben, von denen jeweils rund 1 % unzustellbar waren, meist wegen Umzugs innerhalb der Gemeinden. Es wurden bei der Nachbearbeitung in den Gemeinden aber auch einige Personen aus dem Register gelöscht bzw. von Amts wegen abgemeldet. Letztlich können jedoch durch solche Verfahren keine gesicherten Aussagen darüber gemacht werden, ob nun die Zahlen der Fortschreibung oder die der Register besser sind. Deshalb sollen bundesweit in ausgewählten Gemeinden im Frühjahr 2001 Test-erhebungen über die Qualität der Register und die Möglichkeiten ihrer Nutzung als Volkszählungsersatz Aufschluss geben. Dabei geht es um die Prüfung auf Mehrfachfälle, „Karteileichen“ oder Fehlbestände sowie den Organisationstest eines in Betracht kommenden Verfahrens, bei dem neben der maschinellen Haushaltegenerierung auch die Einbeziehung weiterer Datenquellen und ihre Kombinierbarkeit erprobt werden sollen.

Vorbemerkungen

Der erste Teil dieses Aufsatzes im Februar-Heft¹⁾ beschrieb nach einer kurzen Rückschau auf frühere Volkszählungen und einem Überblick über den aktuellen Stand der Diskussion zur nächsten Volkszählung einleitend erste Ergebnisse von zwei Umfragen, die das Hessische Statistische Landesamt (HSL) 1996 und 1998 jeweils zum Jahresende durchgeführt hatte. Damit sollten — im Wesentlichen wegen des geplanten Umstiegs auf eine „registergestützte“ Volkszählung — Erkenntnisse über den Inhalt der kommunalen Einwohner-Melderegister (EMR) und ihre Abweichungen gegenüber der amtlichen Bevölkerungsfortschreibung gewonnen werden. Erfahrungswerte aus der Vergangenheit zeigen allerdings, dass allein die Differenzen zwischen beiden Beständen nichts über die Qualität der auf diese oder jene Weise er-

mittelten Einwohnerzahl aussagen können. Um hier zusätzliche Bewertungskriterien zu erlangen, wurde deshalb nicht nur die Gesamtzahl der Einwohner erfragt und gegenübergestellt, sondern zusätzlich die Aufgliederung nach **Geburtsjahren** und nach **deutscher** oder **nichtdeutscher** Bevölkerung. Über die Ergebnisse der diesbezüglichen Untersuchungen wird nachfolgend unter anderem berichtet. Eine Auswertung nach dem Geschlecht ist dagegen unterblieben, da nicht alle Gemeinden, die sich an der freiwilligen Umfrage beteiligten, eine entsprechende Aufgliederung für die Bevölkerung am Hauptwohnsitz liefern konnten. Für die anderen Gemeinden wäre sie zwar möglich, doch würde dies die Einführung zusätzlicher Fallzahlen von Gemeinden und in ihnen lebenden Personen bedeuten, was sicher der Übersichtlichkeit abträglich wäre²⁾. Als weiterer Anhaltspunkt für die Registerqualität kommt die Zahl der als unzustellbar an die einzelnen Gemeinden zurück gelaufenen Lohnsteuerkarten oder Wahlbenachrichtigungen in Betracht. Ein Formular zu diesem Themenbereich war deshalb auch Bestandteil der zweiten HSL-Umfrage, zumal mit der Bundestagswahl im September 1998 und der Landtagswahl im Februar 1999 im Zeitraum der Befragungsaktion gleich

1) Vgl. „Bevölkerungsfortschreibung versus Einwohnermelderegister. Teil 1: Hat Hessen über 6 Mill. Einwohner?“, Staat und Wirtschaft in Hessen, 55. Jahrg., Heft 2, Februar 2000, S. 34 ff.

2) In die Betrachtung nach Gemeindegrößenklassen sind die 400 Gemeinden einbezogen, die für beide Berichtsjahre (1996 und 1998) komplett vergleichbares Material geliefert hatten, so dass in diesem Fall auch Verschiebungen im Zeitablauf mit berücksichtigt werden konnten; die Auswertung der Altersgliederung bezieht sich dagegen auf die 413 Gemeinden, die für Ende 1998 entsprechende EMR-Tabellen übermittelt hatten.

zwei Urnengänge stattfanden. Einige Erkenntnisse aus diesem Teil der Umfrage werden ebenfalls dargestellt, bevor zum Abschluss ein erster Ausblick auf die für das Frühjahr 2001 geplanten Testerhebungen für einen „registergestützten Zensus“ gegeben wird.

Zu viele Ausländer in den Registern erfasst?

Im 1. Teil des Berichts wurde bereits darauf hingewiesen, dass sich die globale Abweichung zwischen Fortschreibung und EMR in einigermaßen vertretbaren Grenzen hält, weil sich bei der Saldierung die Überhänge nach einer der beiden Seiten zu einem großen Teil kompensieren. Daher kann es nicht verwundern, dass bei einer sachlich tiefer gehenden Untergliederung dieser Effekt in noch deutlich höherem Maße zu beobachten ist. Zunächst soll unter diesem Blickwinkel auf die unterschiedlichen Verhältnisse zwischen deutschen und ausländischen Einwohnern eingegangen werden. Schon die letzte Volkszählung im Jahr 1987 hatte hier erhebliche Differenzen aufgezeigt, denn die Zahl der Ausländer in Hessen musste damals gegenüber der Fortschreibung um rund 59 000 oder 11 % auf 471 000 nach unten korrigiert werden, während etwa 15 000 Deutsche mehr als erwartet gezählt wurden. Der Ausländeranteil hatte sich dadurch landesweit um einen vollen Prozentpunkt auf 8,6 % verringert.

Ende 1998 wurden nun in 154 von 413 teilnehmenden Gemeinden zusammen fast 106 400 weniger Deutsche in den EMR geführt, als die amtliche Fortschreibung für sie auswies. Umgekehrt waren in 257 Gemeinden die Registerbestände um zusammen 43 700 deutsche Personen höher, so dass die Differenz zwischen beiden Zählweisen auf Landesebene bei 62 700 zu Gunsten der Fortschreibung lag. Wie bereits vor rund einem Jahrzehnt enthielten demgegenüber die EMR insgesamt mehr Ausländer als die Fortschreibung, und zwar über 32 800. Diese Zahl saldierte sich aus einem Registerüberhang von zusammen 60 100 nichtdeutschen Personen in 216 Gemeinden und einem Fortschreibungsüberhang von fast 27 300 in 194 Gemeinden. Für beide Bevölkerungsgruppen wird nachfolgend gezeigt, dass die Gesamthöhe der Abweichungen eher von einer relativ geringen Anzahl größerer Städte beeinflusst wird. Insgesamt summierte sich die Spanne zwischen Plus und Minus bei den 413 einbezogenen Gemeinden mit ihren laut Fortschreibung über 5,83 Mill. Einwohnern am Jahresende 1998 — darunter 711 300 Ausländern — auf fast 237 500 Personen, unter denen die Nichtdeutschen mit 87 400 oder nahezu 37 % weit überproportional vertreten waren. In beiden Quellen identische Einwohnerzahlen wiesen übrigens zu diesem Zeitpunkt lediglich zwei Gemeinden bei der deutschen und drei bei der nichtdeutschen Bevölkerung auf.

Einwohnerverluste aller Großstädte bei Registerzählung

Betroffen von den Verschiebungen waren in erster Linie die kreisfreien Städte, also die fünf hessischen Großstädte mit

mehr als 100 000 Einwohnern. Ende 1998 entfielen auf sie allein 85 % des auf Landesebene kumulierten Fortschreibungsüberhangs bei der deutschen Bevölkerung einerseits und 72 % des entsprechenden Registerüberhangs bei der nichtdeutschen andererseits. Die Register dieser Städte enthielten zusammen 10 % mehr Ausländer, aber 5 % weniger Deutsche als die Fortschreibung.

Schon fast alarmierend ist jedoch vor allem, wie sehr sich bei den kreisfreien Städten in einem Zeitraum von nur zwei Jahren die Diskrepanzen zwischen Fortschreibung und Registern — gerade bei den Deutschen — erhöht haben: Während ihre Zahl laut Fortschreibung von Ende 1996 bis Ende 1998 um zusammen über 2000 Personen zugenommen hat, ist gleichzeitig der Registerbestand um 4500 zurückgegangen. Dadurch stieg der Fortschreibungsüberhang um fast 6600 deutsche Staatsangehörige oder um reichlich 13 % auf mehr als 55 000 an, von denen allein 43 000 auf das Konto von Frankfurt am Main gingen. Auch in Offenbach am Main (rund 6000), Kassel (5500) und Darmstadt (3000) waren die Fortschreibungszahlen deutlich höher als die EMR-Bestände. Lediglich in Wiesbaden gab es bei der deutschen Bevölkerung einen Registerüberhang von rund 2000 Personen; andererseits enthielt unter diesen Städten allein das Register der Landeshauptstadt weniger Ausländer (etwa 2500), als für Ende 1998 fortgeschrieben waren³⁾. Letztere waren dagegen in den Registern von Frankfurt am Main und Offenbach am Main mit fast 24 000 bzw. 5000 Personen mehr vertreten als in der Fortschreibung, sodass — bei den stark gegenläufigen Entwicklungen zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen — in den beiden Nachbarstädten der Ausländeranteil gegenüber jeweils rund einem Viertel auf 29 bzw. 30 % ansteigen würde, sollte es zu einer Registerzählung auf der Basis der aktuellen Bestände kommen. Per saldo hätten in diesem Fall aber alle fünf hessischen Großstädte einen Einwohnerverlust zu verkraften, und zwar von zusammen 2 %. Kassel läge dabei im Durchschnitt, Frankfurt am Main mit einem Minus von 3 % deutlich darüber. Günstiger würden hinsichtlich des Gesamtverlustes Darmstadt (– 1,6 %), Offenbach (– 0,7 %) und vor allem Wiesbaden (– 0,2 %) abschneiden.

Auch die fünf einbezogenen Städte mit 50 000 bis unter 100 000 Einwohnern (ohne Marburg und Bad Homburg v. d. H., die nicht für beide Stichtage EMR-Tabellen geliefert hatten) müssten bei einer Registerzählung zusammen einen Bevölkerungsrückgang von insgesamt 0,5 % hinnehmen. Leichte Verluste gäbe es dabei — gemessen am Endbestand von 1998 — für Hanau und Rüsselsheim, etwas größere für Gießen, Gewinne von jeweils weniger als 1 % dagegen für Fulda und Wetzlar. Zu erwähnen ist, dass in diesen fünf Städten zusammen die zuvor für die hessischen Großstädte be-

³⁾ Über die Bereinigungsaktion im Zusammenhang mit der letzten Wahl zum Ausländerbeirat wurde bereits im 1. Teil berichtet.

Einwohner am Jahresende 1996 und 1998 laut Melderegister und Fortschreibung nach Gemeindegrößenklassen und Staatsangehörigkeit

Gemeindegrößenklassen nach der Bevölkerungszahl ¹⁾	Anzahl der Gemeinden ²⁾ am 31.12.		Einwohner laut Melderegister am 31.12.		Einwohner laut Fortschreibung am 31.12.		Mehr oder weniger (-) Einwohner im Melderegister als in der Fortschreibung				
	1996	1998	1996	1998	1996	1998	1996		1998		
							Anzahl	%	Anzahl	%	
Deutsche											
Unter 3 000	31	32	67 760	70 529	67 125	69 974	635	0,9	555	0,8	
3 000 bis unter 5 000	72	71	272 947	270 227	270 214	268 080	2 733	1,0	2 147	0,8	
5 000 bis unter 7 500	87	86	496 481	492 763	493 485	490 551	2 996	0,6	2 212	0,5	
7 500 bis unter 10 000	52	52	421 707	421 951	419 012	420 205	2 695	0,6	1 746	0,4	
10 000 bis unter 20 000	107	107	1 334 419	1 335 957	1 331 576	1 336 300	2 843	0,2	- 343	- 0,0	
20 000 bis unter 50 000	41	42	980 207	1 005 824	984 605	1 012 440	- 4 398	- 0,4	- 6 616	- 0,7	
50 000 bis unter 100 000	5	5	276 113	274 309	276 864	277 047	- 751	- 0,3	- 2 738	- 1,0	
100 000 oder mehr	5	5	1 026 518	1 022 000	1 075 033	1 077 086	- 48 515	- 4,5	- 55 086	- 5,1	
Z u s a m m e n	400	400	4 876 152	4 893 560	4 917 914	4 951 683	- 41 762	- 0,8	- 58 123	- 1,2	
Nichtdeutsche											
Unter 3 000	31	32	2 642	2 352	3 087	2 772	- 445	- 14,4	- 420	- 15,2	
3 000 bis unter 5 000	72	71	11 810	11 213	13 573	11 991	- 1 763	- 13,0	- 778	- 6,5	
5 000 bis unter 7 500	87	86	32 337	29 898	33 865	30 737	- 1 528	- 4,5	- 839	- 2,7	
7 500 bis unter 10 000	52	52	29 447	29 096	30 592	29 328	- 1 145	- 3,7	- 232	- 0,8	
10 000 bis unter 20 000	107	107	134 103	129 390	134 671	126 900	- 568	- 0,4	2 490	2,0	
20 000 bis unter 50 000	41	42	156 485	156 063	151 438	148 632	5 047	3,3	7 431	5,0	
50 000 bis unter 100 000	5	5	60 660	59 369	60 966	58 179	- 306	- 0,5	1 190	2,0	
100 000 oder mehr	5	5	321 340	313 740	295 919	285 445	25 421	8,6	28 295	9,9	
Z u s a m m e n	400	400	748 824	731 121	724 111	693 984	24 713	3,4	37 137	5,4	
I n s g e s a m t											
Unter 3 000	31	32	70 402	72 881	70 212	72 746	190	0,3	135	0,2	
3 000 bis unter 5 000	72	71	284 757	281 440	283 787	280 071	970	0,3	1 369	0,5	
5 000 bis unter 7 500	87	86	528 818	522 661	527 350	521 288	1 468	0,3	1 373	0,3	
7 500 bis unter 10 000	52	52	451 154	451 047	449 604	449 533	1 550	0,3	1 514	0,3	
10 000 bis unter 20 000	107	107	1 468 522	1 465 347	1 466 247	1 463 200	2 275	0,2	2 147	0,1	
20 000 bis unter 50 000	41	42	1 136 043	1 161 072	1 136 692	1 161 887	649	0,1	815	0,1	
50 000 bis unter 100 000	5	5	336 773	333 678	337 830	335 226	- 1 057	- 0,3	- 1 548	- 0,5	
100 000 oder mehr	5	5	1 347 858	1 335 740	1 370 952	1 362 531	- 23 094	- 1,7	- 26 791	- 2,0	
I n s g e s a m t	400	400	5 624 976	5 624 681	5 642 025	5 645 667	- 17 049	- 0,3	- 20 986	- 0,4	

1) Gemäß Fortschreibung. — 2) Es sind nur die Gemeinden einbezogen, die für beide Stichtage vollständig geliefert haben; deshalb fehlen bei den Städten von 50 000 bis unter 100 000 Einwohnern Marburg (keine EMR-Daten für 1996 geliefert) und Bad Homburg v. d. H. (wegen Software-Umstellung keine Daten für 1998 geliefert).

schriebenen Verschiebungen gegenüber 1996 im Verhältnis sogar stärker waren als dort.

Kleinere Gemeinden meist weniger betroffen

Das Gleiche ließ sich auch für die gut 40 Gemeinden mit 20 000 bis unter 50 000 Einwohnern feststellen, in denen aber die Kompensationseffekte zwischen dem Minus an deutschen und dem Plus an nichtdeutschen Einwohnern im Endergebnis sowohl 1996 als auch 1998 fast zu einer Übereinstimmung der Daten aus beiden Quellen führten. Auf der anderen Seite waren in allen Gemeindegrößenklassen bis zu unter 10 000 Einwohnern die fortgeschriebenen Zahlen der Nichtdeutschen höher als die EMR-Bestände, und zwar im umgekehrten Verhältnis zur Gemeindegröße. Die Differenz zwischen beiden Beständen hat sich in der Zeit von 1996 bis 1998 dort allerdings überall mehr oder weniger deutlich verringert. Das gilt auch für die dort vorhandenen Registerüberhänge der Deutschen, die wegen ihrer zahlenmäßigen Größe insgesamt noch zu einem leichten Bevölkerungsgewinn führen würden.

Einen leichten Bevölkerungsgewinn würde eine Registerzählung auf der Basis des Endbestandes von 1998 übrigens auch für 13 der 21 hessischen Landkreise erbringen, davon allein für acht mittel- oder nordhessische. In diesem Raum bildeten lediglich die Landkreise Gießen und Marburg-Biedenkopf eine Ausnahme, weil sich dort auf Grund der Bevölkerungsverluste der beiden Kreisstädte auch auf Kreisebene ein Minus von 1 % bzw. sogar von mehr als 3 % ergeben würde. Im Werra-Meißner-Kreis stimmten übrigens Fortschreibung und Registerbestände praktisch überein. Die zehn Landkreise des Regierungsbezirks Darmstadt hielten sich mit Bevölkerungsgewinnen und -verlusten bei einer möglichen Registerzählung die Waage. Mit Ausnahme der zuvor einzeln genannten Kreise lagen die Abweichungen zwischen Fortschreibung und Registerbeständen nach beiden Seiten hin fast überall deutlich unter 1 %.

Größte Differenzen bei 25- bis 50-Jährigen und über 90-Jährigen

In ähnlicher Höhe bewegte sich die relative Abweichung in den meisten Geburtsjahresgruppen, die für die Untersuchung

**Einwohner am 31.12.1998 laut Melderegister und Fortschreibung¹⁾
nach Geburtsjahrgängen und Staatsangehörigkeit**

Geburtsjahrgänge	Einwohner insgesamt				davon									
	Melde- register	Fort- schreibung	Mehr oder weniger (-) Einwohner im Melderegister als in der Fortschreibung		Melde- register	Fort- schreibung	Deutsche		Nichtdeutsche		Melde- register	Fort- schreibung	Mehr oder weniger (-) Einwohner im Melderegister als in der Fortschreibung	
			Anzahl	%			Anzahl	%	Anzahl	%				
													Anzahl	%
vor 1905	7 778	9 415	- 1 637	- 17,4	7 615	9 015	- 1 400	- 15,5	163	400	- 237	- 59,3		
1905 – 1909	35 338	36 249	- 911	- 2,5	34 936	35 650	- 714	- 2,0	402	599	- 197	- 32,9		
1910 – 1914	92 009	93 217	- 1 208	- 1,3	90 929	91 815	- 886	- 1,0	1 080	1 402	- 322	- 23,0		
1915 – 1919	99 662	100 474	- 812	- 0,8	97 960	98 536	- 576	- 0,6	1 702	1 938	- 236	- 12,2		
1920 – 1924	217 306	218 778	- 1 472	- 0,7	212 843	214 107	- 1 264	- 0,6	4 463	4 671	- 208	- 4,5		
1925 – 1929	258 500	259 413	- 913	- 0,4	250 176	251 134	- 958	- 0,4	8 324	8 279	45	0,5		
1930 – 1934	277 680	278 293	- 613	- 0,2	261 197	262 733	- 1 536	- 0,6	16 483	15 560	923	5,9		
1935 – 1939	383 340	383 948	- 608	- 0,2	356 348	358 764	- 2 416	- 0,7	26 992	25 184	1 808	7,2		
1940 – 1944	385 811	387 109	- 1 298	- 0,3	349 615	353 666	- 4 051	- 1,1	36 196	33 443	2 753	8,2		
1945 – 1949	353 076	353 887	- 811	- 0,2	305 688	310 585	- 4 897	- 1,6	47 388	43 302	4 086	9,4		
1950 – 1954	400 837	403 687	- 2 850	- 0,7	351 234	356 847	- 5 613	- 1,6	49 603	46 840	2 763	5,9		
1955 – 1959	440 769	444 783	- 4 014	- 0,9	384 024	390 184	- 6 160	- 1,6	56 745	54 599	2 146	3,9		
1960 – 1964	512 183	517 591	- 5 408	- 1,0	440 220	448 857	- 8 637	- 1,9	71 963	68 734	3 229	4,7		
1965 – 1969	510 482	514 748	- 4 266	- 0,8	424 764	433 092	- 8 328	- 1,9	85 718	81 656	4 062	5,0		
1970 – 1974	375 185	379 039	- 3 854	- 1,0	289 125	297 408	- 8 283	- 2,8	86 060	81 631	4 429	5,4		
1975 – 1979	307 763	307 800	- 37	- 0,0	244 273	246 937	- 2 664	- 1,1	63 490	60 863	2 627	4,3		
1980 – 1984	299 043	297 726	1 317	0,4	252 115	252 132	- 17	- 0,0	46 928	45 594	1 334	2,9		
1985 – 1989	304 288	304 428	- 140	- 0,0	257 191	257 888	- 697	- 0,3	47 097	46 540	557	1,2		
1990 – 1994	306 886	305 803	1 083	0,4	255 252	257 049	- 1 797	- 0,7	51 634	48 754	2 880	5,9		
1995 – 1998	235 959	237 358	- 1 399	- 0,6	194 254	196 029	- 1 775	- 0,9	41 705	41 329	376	0,9		
I n s g e s a m t	5 803 895	5 833 746	- 29 851	- 0,5	5 059 759	5 122 428	- 62 669	- 1,2	744 136	711 318	32 818	4,6		

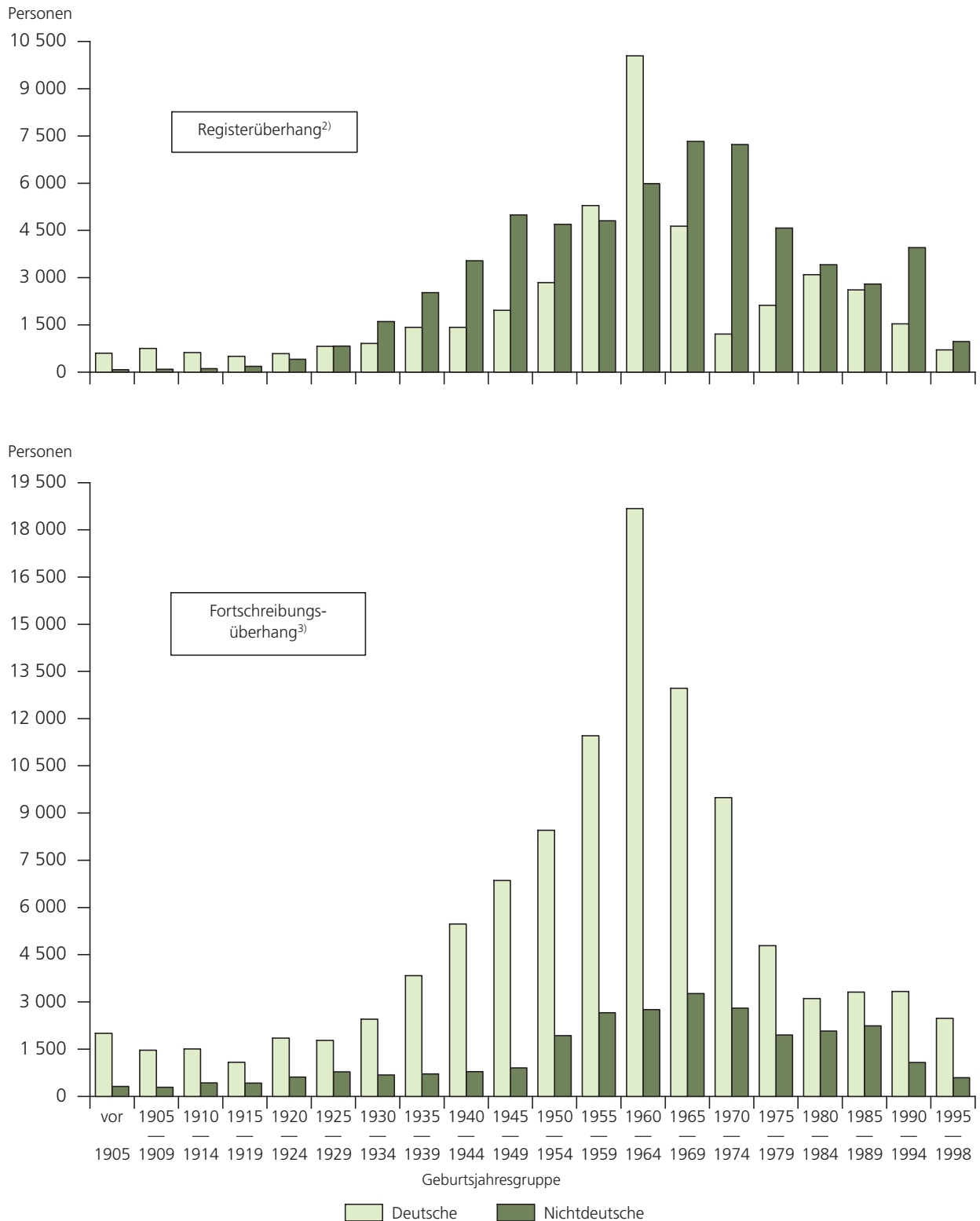
1) In 413 Gemeinden, die für Ende 1998 komplette Daten aus den Registern geliefert haben.

eventueller altersspezifischer Besonderheiten zu Fünf-Jahres-Gruppen zusammengefasst wurden, bei den Einwohnern insgesamt. In diese Betrachtung sind alle 413 Gemeinden einbezogen, für die 1998 eine komplette Auswertung nach Geburtsjahren und Staatsangehörigkeit vorgenommen werden konnte. Mit zusammen über 5,83 Mill. Einwohnern repräsentierten diese Gemeinden Ende 1998 fast 97 % der fortgeschriebenen hessischen Bevölkerung. Per saldo enthielten ihre aufsummierten Melderegister in allen Geburtsjahres-Gruppen — mit Ausnahme der beiden Fünf-Jahres-Gruppen von 1990 bis 1994 sowie von 1980 bis 1984 — weniger Einwohner als in der Fortschreibung ermittelt wurden. Im Wesentlichen lag dies an der deutschen Bevölkerung, bei der sogar für sämtliche Geburtsjahres-Gruppen ein mehr oder weniger deutlicher Fortschreibungsüberhang ermittelt wurde. Dieses Ergebnis kam erstaunlicherweise selbst dann zu Stande, wenn, wie in allen Gruppen zwischen 1935 und 1970 sowie zwischen 1980 und 1990, in einer manchmal beträchtlich größeren Zahl von Gemeinden die Registerbestände höher waren als die Fortschreibung. Es zeigt sich also auch bei diesem Aspekt, dass die Verhältnisse in den größeren Städten das Gesamtergebnis ganz wesentlich beeinflussen, wenn nicht sogar bestimmen. Bei der deutschen Bevölkerung entfiel 1998 jeweils rund die Hälfte der Überhänge — sowohl in den Registern mit 22 800 Personen als auch in der Fortschreibung mit 51 500 Personen — allein auf die in den beiden Jahrzehnten von 1950 bis 1969 Geborenen. Bei den Nichtdeutschen wurden, um den gleichen Anteil zu er-

reichen, zusätzlich die erste Hälfte der 70er Geburtsjahre benötigt; obendrein war bei den Fortschreibungsüberhängen eine Verschiebung zu etwas jüngeren Jahrgängen, nämlich denen von 1955 bis 1979, festzustellen, um auf ebenfalls etwa die Hälfte aller entsprechender Personen zu kommen. Unter diesen Voraussetzungen handelte es sich dann um 30 000 (Registerüberhang) bzw. gut 13 400 Personen (Fortschreibungsüberhang).

Mengenmäßig ragte als einzelne Fünf-Jahres-Gruppe bei den Deutschen mit weitem Abstand die von 1960 bis einschl. 1964 Geborenen heraus: In 317 Gemeinden wurden zusammen über 10 000 Personen mehr in den EMR geführt als fortgeschrieben waren, aber umgekehrt waren in nur 89 Gemeinden fast 18 700 Personen weniger in den Registern enthalten. Von der gesamten deutschen Bevölkerung dieses Alters waren das in den betroffenen Gemeinden gut 2 bzw. gut 4 %. Relativ noch höher, und zwar in beide Richtungen, waren die Abweichungen bei den verhältnismäßig wenigen vor 1910 geborenen Personen, was durchaus auch auf die Fortschreibungsbasis, also die Volkszählung 1987, zurückzuführen sein könnte. Abgesehen von den schwach besetzten Jahrgängen — bei den Nichtdeutschen waren dies sogar alle vor 1930 — wiesen bei den Deutschen die Gruppen der von 1955 bis 1969 Geborenen, bei den Nichtdeutschen diejenigen von 1930 bis 1954 sowie von 1975 bis 1994 überdurchschnittlich hohe absolute Differenzen auf (siehe Schaubild). Dabei waren die Abweichungs-

Differenzen zwischen Melderegister und Fortschreibung am 31.12.1998¹⁾ je Geburtsjahresgruppe nach Staatsangehörigkeit



1) In 413 Gemeinden, die für Ende 1998 komplette Daten aus den Registern geliefert haben. — 2) Je Geburtsjahresgruppe ist die Personenzahl aller Gemeinden mit Registerüberhang ausgewiesen. — 3) Je Geburtsjahresgruppe ist die Personenzahl aller Gemeinden mit Fortschreibungsüberhang ausgewiesen.

quoten gegenüber der Fortschreibung in nahezu allen Fünf-Jahres-Gruppen bei den Ausländern um ein Vielfaches höher als bei den Deutschen. Andererseits gab es bei ihnen keine derart herausragende einzelne Altersgruppe, sondern eine etwas gleichmäßigere Verteilung der Abweichungen. Bemerkenswert erscheint letztlich noch, dass selbst bei den Kleinkindern der Geburtsjahre von 1995 bis 1998 schon Überhänge von mehr als 1 % nach beiden Seiten hin auftraten. Wie die jeweiligen Überhänge, die aus dem Schaubild ersichtlich werden, sich bei einer Saldierung zum großen Teil wieder aufheben oder sich — gemessen an der jeweiligen Gesamtbevölkerung — zumindest relativieren, wird im Einzelnen durch die Zahlen in der Tabelle belegt.

1 % unzustellbare Wahlbenachrichtigungen

Gewisse zusätzliche Hinweise auf die Registerqualität wurden aus einer Umfrage über unzustellbare Wahlbenachrichtigungen und Lohnsteuerkarten erwartet, zu der die hessischen Gemeinden in unterschiedlichem Umfang Auskünfte geben konnten. Für die Bundestagswahl Ende September 1998, die zum Zeitpunkt der Datenerhebung schon etwas zurücklag, enthielten die Formulare von knapp 300 Gemeinden verwertbare Angaben. Von den Wahlbenachrichtigungen für ihre mehr als 3,1 Mill. Wahlberechtigten waren 31 900 oder 1 % unzustellbar. In den meisten Fällen handelte es sich um Umzüge innerhalb der Gemeinden, aber immerhin 7100 Personen waren aus der Gemeinde fortgezogen und hatten sich erst später umgemeldet bzw. die Rückmeldung der neuen Gemeinde lag beim Versand der Wahlbenachrichtigungen noch nicht vor. Fast 3000 Personen wurden darüber hinaus im Zuge der Klärung und Nachbearbeitung aus den Registern gelöscht oder von Amts wegen abgemeldet. Dass diese Arbeiten in den Gemeinden zu einer gewissen Verbesserung der Registerqualität geführt haben, wird aus den Daten für die Landtagswahl Anfang Februar 1999 ersichtlich. In fast 360 Gemeinden mit annähernd 3,8 Mill. Wahlberechtigten waren „nur“ 31 200 oder 0,8 % der Wahlbenachrichtigungen unzustellbar. Die Zahl der Wegzüge aus der Gemeinde lag mit 7000 fast gleich hoch wie im vorangegangenen Herbst, aber es waren mit rund 1700 Fällen deutlich weniger Löschungen oder Abmeldungen nötig. Anzumerken ist, dass in einer Reihe von Gemeinden, vor allem auch größeren Städten, zum Zeitpunkt der Datenerhebung die Nachbearbeitung der Rückläufe aus Anlass der Landtagswahl noch nicht abgeschlossen war.

Mehr unzustellbare Lohnsteuerkarten

Zur Unzustellbarkeit von Lohnsteuerkarten für das Jahr 1999, die in der Regel im September des Vorjahres verschickt werden, lag im HSL aus 350 Gemeinden verwertbares Material vor. Es

4) Das erwerbsfähige Alter umfasst die Spanne von 15 bis zu unter 65 Jahren; gemäß Mikrozensus waren davon im April 1998 etwa 65 % tatsächlich auch erwerbstätig, die freilich nicht alle der Lohnsteuerpflicht unterliegen. Andererseits werden aber auch an weitere, nicht erwerbstätige Personen Lohnsteuerkarten verschickt, sodass die errechnete Zahl in etwa die tatsächlichen Verhältnisse treffen dürfte.

war hierbei allerdings nicht die Gesamtzahl der Karten erfragt worden, doch lässt sich aus der Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter (aus der Register-Umfrage, da die EMR die Quelle für den Versand der Steuerkarten sind) in Verbindung mit der Erwerbstätigenquote aus dem Mikrozensus näherungsweise ihre Zahl errechnen⁴). Für die betreffenden Gemeinden ergäben sich aus dieser Berechnung rund 2,4 Mill. Lohnsteuerkarten, von denen 34 600 nicht auf Anrieb zugestellt werden konnten; das entspräche einer Quote von 1,5 %. Unter diesen Fällen befanden sich etwas über 4000 Ausländer, also knapp 12 % aller unzustellbaren Karten. Bei den insgesamt 8900 aus den Gemeinden Fortgezogenen (mit späterer Meldung) war der Ausländeranteil mit über einem Fünftel noch wesentlich höher. Die Vermutung, dass Ausländer sich bei einem Wegzug relativ häufig überhaupt nicht abmelden, wird dadurch erhärtet, dass von den 4100 aus dem Register gelöschten oder von Amts wegen abgemeldeten Personen sogar jede vierte nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besaß.

Kurzes Fazit

Die vielfältigen, zum Teil sich widersprechenden Erkenntnisse aus den Untersuchungen ergeben weder ein einheitliches Bild für eine Erklärung der Differenzen noch können sie konkrete Lösungsansätze für eine Korrektur bieten. Vielmehr lassen sie auf eine ganze Reihe verschiedener Ursachen schließen, nicht aber auf durchgängige systematische Verfahrensfehler bei der Fortschreibung im HSL oder der Registerführung in den Gemeinden. Zweifellos gibt es einige Nachlässigkeiten oder gar absichtliche Unkorrektheiten im Meldeverhalten, die letztlich zwar kaum abzustellen sind, aber eigentlich — selbst bei einer Kumulation über eine Reihe von Jahren — nicht zu einer derart hohen Abweichung führen können. Dazu kommen bei Personen mit mehreren Wohnsitzen sicher Schwierigkeiten bei der Bestimmung von Haupt- oder Nebenwohnung. Immerhin zeigte sich bei allen Untersuchungen eine gewisse Korrelation der Fehlerquote mit der Häufigkeit der Meldevorgänge. Herzuleiten ist dies aus der Konzentration der Abweichungen zwischen Fortschreibung und Registern einerseits auf besonders mobile Bevölkerungsgruppen, andererseits auch auf Gemeindetypen mit einer tendenziell großen Einwohnerfluktuation. Hier sind in erster Linie die größeren Städte mit ihrem Angebot an Arbeitsplätzen, die Universitätsstädte, Kurorte oder Gemeinden mit größeren Einrichtungen (Heimen o. ä.) zu nennen.

Auf einen Aspekt sollte jedoch noch kurz hingewiesen werden: Die Zahl der Wahlberechtigten — sowohl bei der Bundestagswahl im September 1998 als auch bei der Landtagswahl im Februar 1999 — war nahezu identisch mit derjenigen der deutschen Bevölkerung ab 18 Jahren aus den Melderegistern am Jahresende 1998. Die teilweise erheblichen Fortschreibungsüberhänge müssten aber doch eigentlich in den betreffenden Gemeinden zu einem wahren Ansturm

von Personen führen, die ihre Wahlberechtigung einfordern. Darüber wurde bisher nie etwas bekannt. Bei einer Kommunalwahl könnte man noch unterstellen, dass beispielsweise Studenten kein besonderes Interesse an der örtlichen Politik des Studienorts haben und sich deshalb nicht melden, bei Bundestags- oder Landtagswahlen scheidet dieses Argument aber aus, wenn man nicht generelles politisches Desinteresse annehmen will. Oder sollte in vielen dieser Fälle die Hauptwohnung nicht doch in einer anderen Gemeinde mit der entsprechenden Wahlberechtigung liegen? Letztlich kann eine solche Frage nicht durch reine Summenabgleiche von Daten aus zwei unterschiedlichen Quellen beantwortet werden. Auch können keine gesicherten Aussagen darüber gemacht werden, ob nun die Zahlen der Fortschreibung oder die der Register die Realität besser widerspiegeln. Zumindes-
tens der grobe Anschein spricht allerdings dafür, dass sich die Zahl der Deutschen näher an den Registern, die der Ausländer eher an der Fortschreibung bewegen dürfte.

Umstieg in „Register-Zensus“ nach Testerhebungen?

Zur tatsächlichen Überprüfung der EMR-Qualität, aber auch der Möglichkeiten, weitere Register als Quelle für einen Volkszählungersatz heranzuziehen und deren Daten untereinander zu kombinieren, sollen im Jahr 2001 verschiedene Testerhebungen durchgeführt werden. Der Entwurf eines „*Gesetzes zur Erprobung eines registergestützten Zensus (Zensus-testgesetz – ZensTeG)*“ des Bundesministeriums des Innern wird derzeit noch intern abgestimmt, bevor er in die parlamentarische Beratung geht. Um den vorgesehenen Termin im nächsten Frühjahr realisieren zu können, müsste das Gesetz bis zum Spätherbst verabschiedet sein, da neben den Statistischen Ämtern von Bund und Ländern — wie nachfolgend gezeigt wird — auch die Gemeinden und in deren Auftrag gegebenenfalls kommunale Rechenzentren gewisse Vorarbeiten bei der Datenbereitstellung zu leisten haben. Gerade für Hessen ist wegen der für März 2001 anstehenden Kommunalwahlen eine frühzeitige Rechtssicherheit von besonderer Bedeutung, damit Überschneidungen bei der Vorbereitungsarbeit in den Meldebehörden möglichst vermieden werden können.

Im Einzelnen sind nach dem jetzigen Stand stichprobenartig drei Testerhebungen mit jeweils unterschiedlichen Zielen, Verfahren und Stichprobenumfängen geplant, nämlich

- eine Mehrfachfallprüfung,
- eine Prüfung auf Über- und Untererfassungen sowie
- ein Verfahrenstest.

Diese Testerhebungen werden nachfolgend in groben Zügen dargestellt; sobald das Zensus-testgesetz verabschiedet ist, wird dann in dieser Zeitschrift ausführlich über den aktuellen Sachstand und das weitere Vorgehen berichtet.

Für die **Mehrfachfallprüfung** sollen bundesweit **sämtliche** Gemeinden verkürzte Datensätze aus den EMR für alle Personen liefern, die an drei bestimmten Tagen innerhalb eines Jahres geboren sind oder für die ein genauer Geburtstag im Register nicht gespeichert ist. Damit dürfte ein Stichprobenumfang von rund 1 % erreicht werden. Neben Namen und Anschrift (sowie weiteren Hilfsmerkmalen) der ermittelten Personen ist vor allem von Interesse, ob sie mit alleiniger Wohnung, Haupt- oder Nebenwohnung gemeldet sind und ob eventuell in einer anderen Gemeinde ein gleichartiger Eintrag im EMR vorliegt. Dies kann natürlich nur durch einen zentralen Abgleich geschehen, für den die jeweils zuständigen Statistischen Landesämter die Datensätze an das Statistische Bundesamt weiterleiten. Lässt sich auf Grund der Erhebungsmerkmale (u. a. Geburtsmonat/-jahr, Geschlecht, Staatsangehörigkeiten, Wohnungsstatus) und der Hilfsmerkmale auf Doppelerfassungen schließen, so werden die betroffenen Personen von den Landesämtern schriftlich zur Klärung der Unstimmigkeiten aufgefordert. Eine Rückmeldung der in diesem Verfahren gewonnenen Erkenntnisse an die Gemeinden ist nicht zulässig. Da es sich vermutlich bei den unklaren Fällen überwiegend um Personen mit mehreren Wohnsitzen handeln dürfte, bei denen die Zuordnung zur Haupt- oder Nebenwohnung in einer der Gemeinden falsch vorgenommen wurde, andererseits aber nach den Ergebnissen der Volkszählung 1987 über 95 % der hessischen Einwohner nur einen einzigen Wohnsitz hatten, sollte sich die Zahl der erforderlichen Rückfragen eigentlich in Grenzen halten, selbst wenn sich die Fälle mit mehreren Wohnsitzen zwischenzeitlich sicher deutlich erhöht haben.

Die **Prüfung auf Über- und Untererfassungen** in den EMR ist nur durch eine Begehung vor Ort mit Befragung der Bevölkerung möglich, weil bei einer postalischen Befragung zwar die so genannten „Karteileichen“ entdeckt würden, nicht aber eventuelle Fehlbestände. Zu diesem Komplex sind Untersuchungen in bundesweit höchstens 570 Gemeinden und dort in rund 38 000 Gebäuden geplant. Auf Hessen entfallen davon 39 Gemeinden der unterschiedlichsten Größe und Struktur mit etwa 2900 Gebäuden, in denen gut 17 000 Haushalte befragt werden sollen. Schon aus diesen Zahlen wird ersichtlich, dass in der Stichprobe dieses Tests die Mehrfamilien(Miets-)häuser überrepräsentiert sind, weil in ihnen wegen der größeren Fluktuation verstärkt mit Unstimmigkeiten zu rechnen ist, die es aufzuspüren und zu quantifizieren gilt. Die Ausgangsbasis für die Auswahl der Gebäude bildet eine Listung der Einwohnerzahlen je Adresse (Straße und Hausnummer) aus den EMR, da in aller Regel Gebäudedateien in den Gemeinden nicht existieren. Für die in die Stichprobe fallenden Adressen hat dann die Gemeinde Einzeldatensätze sämtlicher dort gemeldeter Personen an das Statistische Landesamt zu liefern. Als Erhebungsmerkmale enthalten diese Datensätze neben dem Wohnort lediglich Geburtsmonat und -jahr, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Familienstand und Wohnungsstatus. Name, Vorname, Anschrift und

Tag der Geburt sind die Hilfsmerkmale, die für die Identifizierung und den Abgleich der Personen erforderlich sind, aber nicht ausgewertet werden. Möglichst nahe am Stichtag haben Erhebungsbeauftragte des HSL (nicht der Gemeinden) die ausgewählten Gebäude aufzusuchen. Falls überhaupt, erhalten die „Zähler“ eine Begehungsliste, die lediglich diese Adressen und die Namen der Personen aus dem EMR enthält. Zu befragen sind jedoch sämtliche Haushalte bzw. Personen in den betroffenen Gebäuden, und zwar zu den gleichen relativ wenigen Tatbeständen, die aus den Registern geliefert wurden.

Für den **Verfahrenstest** soll aus den bereits erwähnten 570 Gemeinden eine Unterstichprobe mit bundesweit nicht mehr als 230 Gemeinden und 16 000 Gebäuden gezogen werden. In Hessen wird sich diese Testerhebung auf nur 18 Gemeinden mit rund 1300 Gebäuden und gut 9000 Haushalten erstrecken. Dabei soll ein Verfahren getestet werden, das weitgehend dem so genannten „Ländermodell“ entspricht. Es werden vor allem Erkenntnisse darüber erwartet, wie sich die Daten aus den verschiedenen Quellen zusammenführen lassen, welche Ergebnisse die „Haushaltgenerierung“, also ein rein maschinelles Verfahren zur Bildung von Haushalten, auf der Basis von EMR-Daten unter Heranziehung einer ganzen Reihe von Hilfsmerkmalen erbringt, ob dieses Verfahren und die Vollzähligkeit der gesamten Erhebung eventuell durch zusätzliche Angaben der Gebäudeeigentümer zu verbessern sind und letztlich, welche Qualität die Ergebnisse zur Erwerbstätigkeit haben, die aus den Daten der Bundesanstalt für Arbeit gewonnen werden sollen. Für die ausgewählten Gebäude ist eine postalische Befragung der Eigentümer zu Gebäude- und Wohnungsmerkmalen vorgesehen, die anschließend mit den EMR-Daten zusammengeführt werden sollen. Die daraus gebildeten Datensätze sollen mit Angaben aus den Dateien der Bundesanstalt für Arbeit aufgefüllt werden, sodass eine Art „zensustypischer“ Personensatz mit demografischen, wohn-

nungs- und erwerbsstatistischen Daten im Haushaltszusammenhang entsteht. Im weiteren Verlauf des Tests werden dann die Haushalte und Personen der ausgewählten Gebäude von Erhebungsbeauftragten aufgesucht und zu den gleichen Sachverhalten befragt. Das bedeutet, dass in diesen Fällen fast die kompletten Programme einer Gebäude- und Wohnungszählung sowie einer Volks- und Berufszählung abgefragt werden. Mit den bei den Haushalten erhobenen Angaben soll schließlich die Validität der im maschinellen Verfahren ermittelten Daten geprüft werden.

Bei allen drei Testerhebungen sollen die EMR-Daten für zwei verschiedene Stichtage geliefert werden, damit man Änderungen in den Registern, die auf Grund der rechtlichen Vorgaben, der Verfahrensabläufe und vor allem des tatsächlichen Meldeverhaltens häufig erst nachträglich eingearbeitet werden können, bei der Auswertung berücksichtigen kann. Grundsätzlich ist für die Testerhebungen die Auskunftspflicht⁵⁾ vorgesehen, da nur auf diese Weise die erforderlichen Erkenntnisse vollständig und zuverlässig zu gewinnen sind. Eine Verzerrung der Ergebnisse aus den Tests auf Grund einer freiwilligen Beteiligung bei einer ohnehin relativ kleinen Stichprobe könnte zu falschen Schlüssen für einen nachgehenden Zensus führen und damit möglicherweise dessen Qualität negativ beeinflussen. Gerade unter dem Aspekt der Auskunftsverpflichtung der ausgewählten Bevölkerung, die sowohl direkt gegenüber den Erhebungsbeauftragten als auch schriftlich gegenüber dem Statistischen Landesamt erfüllt werden kann, sollte andererseits darauf hingewiesen werden, dass die üblichen strengen Geheimhaltungsvorschriften der amtlichen Statistik selbstverständlich auch bei den Testerhebungen für einen Zensus gelten. Unabhängig von den tatsächlichen Zeitabläufen bei den weiteren Beratungen des Vorhabens, vor allem den parlamentarischen, wird in sieben Projektgruppen (darunter zwei mit hessischer Beteiligung) die Arbeit so fortgeführt, dass die Testerhebungen mit einem Stichtag am 31. März 2001 stattfinden könnten. Ob dieser Termin angesichts der äußerst knapp bemessenen Fristen eingehalten werden kann, bleibt allerdings derzeit noch dahingestellt. □

5) Ausgenommen davon sind nur einige Hilfsmerkmale.

Pensionierungsgründe hessischer Lehrer 1999

Die aktuelle Diskussion über die Situation an Hessens Schulen wird vorwiegend auf der Basis statistischer Materialien über die verfügbaren Lehrerstellen, die Schülerzahlen sowie der Klassengrößen geführt. Andere — für die Beurteilung der schulischen Gesamtsituation durchaus relevante — statistische Informationen bleiben dabei oft unbemerkt. Zwar kommt den Fragen, wann und aus welchen Gründen hessische Lehrerinnen und Lehrer pensioniert werden, ob es hier zu Abweichungen gegenüber der übrigen Landesverwaltung kommt, und — wenn ja — warum das so ist, sicherlich nicht höchster politischer und öffentlicher Stellenwert zu. Mehr als marginale Aspekte eines zu Ende gehenden Berufslebens bieten sie jedoch auf alle Fälle. Zumal hier der schulische Alltag aus einer Perspektive beleuchtet wird, die dem Außenstehenden weitgehend unbekannt sein dürfte.

Die Prognose des Hessischen Kultusministeriums zum „Lehrerinnen- und Lehrerbedarf ab 2000“ beschränkt sich beim Thema Pensionierung und Pensionierungsgründe auf die Feststellung, dass das durchschnittliche Pensionsalter im Schulbereich derzeit bei rund 62 Jahren liegt und die Anzahl der aus sonstigen Gründen (z. B. Tod, Dienstunfähigkeit, Berufswechsel) frei werdenden Stellen zurzeit jährlich 0,9 % der **Gesamtstellenzahl**, beträgt¹⁾.

Eine differenziertere Betrachtung lässt die jährlich zum 1. Januar durchzuführende Versorgungsempfängerstatistik zu. Hier werden nämlich nicht nur die aktuellen Bestandszahlen der Empfänger von Pensionszahlungen (einschließlich Witwen- und Waisengelder) erfasst. Seit 1993 sind auch die Gründe für den Eintritt in den Ruhestand keine statistische Unbekannte mehr. Da zusätzlich eine grobe Differenzierung nach Haupteinsatzbereichen geboten wird, zu denen auch der Schuldienst gehört, lassen sich durchaus einige weitergehende Informationen zum Thema Lehrerpensionierung herausarbeiten.

Insgesamt traten im vergangenen Jahr 2550 im Dienst des Landes Hessen stehende Beamte und Richter in den Ruhestand. Bezogen auf die Zahl der aktiven Landesbeamten am 30. Juni 1999 (94 600) ergibt sich somit eine Pensionierungsquote von 2,7 %. Der vom Gesetzgeber vorgesehene „Normalfall“ für den Eintritt eines Beamten in den Ruhestand ist das Erreichen der Altersgrenze. Sie liegt in der Regel bei 65 Jahren. Für Beamte im Polizei- und Justizvollzugsdienst sowie der Berufsfeuerwehren gilt eine besondere Altersgrenze von 60 Jahren.

In der Realität ist dieser „Normalfall“ jedoch eher die Ausnahme. Nur bei 450 der 1999 pensionierten Beamten und Richter, das entspricht einem Anteilsatz von 17,5 %, war 1999 das Erreichen der Altersgrenze der Grund für den Eintritt in den Ruhestand. Dabei ist zu berücksichtigen, dass in dieser Zahl auch 290 Vollzugsbeamte enthalten sind, die bereits mit 60 Jahren die Altersgrenze erreicht haben. Als Pensionierungsgrund von nennenswerter Bedeutung ist die Re-

gelaltersgrenze lediglich bei den Richtern und Staatsanwälten. Von den Lehrerinnen und Lehrern an den hessischen Schulen blieben dagegen nur 2,8 % bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres im aktiven Dienst.

Die verbreitete These, das Beamtendasein garantiere eine besonders angenehme und stressfreie Form des Broterwerbs, wird durch die wachsende Bedeutung der Dienstunfähigkeit als Pensionierungsgrund zumindest in ihrem Pauschalanspruch infrage gestellt. Schon die Tatsache, dass fast 36 % der mit klassischen Verwaltungsaufgaben („übrige Einsatzbereiche“) betrauten Landesbeamten vorzeitig wegen Dienstunfähigkeit pensioniert werden, überrascht selbst Insider. Dass aber im vergangenen Jahr 1070 Lehrerinnen und Lehrer aus dem gleichen Grund den Dienst vorzeitig quittieren mussten, was 69 % aller Pensionsfälle im Schulbereich entspricht, bedarf einer näheren Betrachtung.

Der mit einem gesunden Misstrauen (auch gegen die von ihm selbst aufbereiteten Zahlen) gesegnete statistische Praktiker prüft zunächst einmal die Plausibilität dieses Wertes indem er Vorjahreszahlen heranzieht und kommt zu folgendem — nicht minder beachtenswertem — Ergebnis: In den letzten sieben Jahren hat sich die Zahl der jährlich neu hinzukommenden Pensionsfälle im Schulbereich von 680 auf 1550 mehr als verdoppelt (+ 128 %). Diese Entwicklung hat zweifellos ihre Hauptursache in der zunehmenden Überalterung des Lehrpersonals. Der Schulstatistik ist zu entnehmen, dass 69 % der schulischen Lehrkräfte 45 Jahre und älter sind. Nach Angaben des Hessischen Kultusministeriums liegt das Durchschnittsalter im Schuldienst gegenwärtig bei 47 bis 48 Jahren.

Der Anteil der wegen Dienstunfähigkeit vorzeitig in den Ruhestand versetzten Lehrkräfte bewegte sich in der zweiten Hälfte der 90er-Jahre relativ stabil um die 60-Prozent-Marke. Im Klartext: Es kann derzeit als gesichert angesehen werden, dass 6 von 10 Lehrern vorzeitig wegen Dienstunfähigkeit aus dem aktiven Dienst ausscheiden. Eine denkbare Erklärung für den starken Anstieg der Pensionierungsfälle wegen Dienstunfähigkeit im vergangenen Jahr könnte — so widersprüchlich das zunächst erscheint — in der im Zuge der

1) Vgl. Prognose zum Lehrerinnen- und Lehrerbedarf ab 2000; Herausgeber Hessisches Kultusministerium, Wiesbaden 1999, S. 9.

Dienstrechtsreform angeordneten Anhebung der Antragsaltersgrenze von 62 auf 63 Jahre liegen. Möglicherweise wurden durch diese Änderung Lehrkräfte mit der Option einer vorzeitigen Pensionierung wegen Dienstunfähigkeit zu einer vorzeitigen Antragsstellung veranlasst. Dienstunfähige oder Schwerbehinderte Beamte können nur noch für eine Übergangsfrist ohne Abschlüsse auf ihre Versorgungsansprüche vorzeitig in den Ruhestand gehen. Ab dem nächsten Jahr sind Abschlüsse bis zu 10,8 % vorgesehen.

Aber selbst wenn sich in den nächsten Jahren wieder die „normale“ Quote von rund 60 % einpendeln sollte, ist das Risikopotenzial für die organisatorische Sicherstellung der Unterrichtsversorgung, das in der derzeitige Altersstruktur der hessischen Lehrerinnen und Lehrer steckt, nicht zu unterschätzen. Zumal die Feststellung einer Dienstunfähigkeit im Regelfall nicht als spontanes Ereignis über die betroffene Lehrkraft hereinbricht, sondern erst nach einem zeitlichen Vorlauf mit verminderter Leistungsfähigkeit, Krankheit und Kuraufenthalt erfolgt.

Zwar trifft die Erwartung, dass Dienstunfähigkeit erst in den späteren Berufsjahren zur vorzeitigen Pensionierung zwingt, im Grundsatz zu. Verblüffend ist jedoch, dass im Schulbereich eine Dienstunfähigkeit bei den unter 45-Jährigen weitaus seltener (0,7 %) konstatiert wird, als in den übrigen Verwaltungsbereichen (5,1 %). Erst in den folgenden Lebensjahren öffnet sich die Schere in die andere Richtung. Ab der Altersgruppe der 50- bis unter 55-Jährigen liegt die Dienstunfähigkeitsquote bei den Lehrern mehr als doppelt so hoch wie in den übrigen Verwaltungsbereichen. Eine nach dem

Geschlecht differenzierende Betrachtung dieser Pensionsfälle zeigt, dass Frauen wiederum häufiger betroffen sind als Männer. Im Schulbereich wurden knapp 65 % der Männer und 74 % der Frauen wegen Dienstunfähigkeit in den Ruhestand versetzt. Im Bereich der übrigen Verwaltung lag die Dienstunfähigkeitsquote zwar insgesamt auf einem niedrigeren Niveau (36 %), mit einem Verhältnis von 33 % bei den Männern und 61 % bei den Frauen fiel der geschlechtsspezifische Unterschied allerdings noch deutlicher aus. (Im Vollzugsdienst und bei der Gruppe der Richter und Staatsanwälte konnten mangels ausreichender Fallzahlen keine aussagekräftigen Quoten berechnet werden.) Die nahe liegende Vermutung, dass Frauen hier ihrer jahrelangen Doppelbelastung durch Familie und Beruf Tribut zollen, entspricht zwar der allgemeinen Lebenserfahrung, entbehrt jedoch der empirischen Verifizierung.

Festzuhalten bleibt, dass bei den hessischen Lehrerinnen und Lehrern, die vom Gesetzgeber indizierte Voraussetzung für eine Dienstunfähigkeit, nämlich dass der Beamte wegen „eines körperlichen Gebrechens oder wegen Schwäche seiner körperlichen oder geistigen Kräfte zur Erfüllung seiner Dienstpflichten dauernd unfähig (dienstunfähig) ist“ (§ 51,1 HBG), in den ersten 20 bis 25 Dienstjahren signifikant seltener auftritt, als bei den Beamten der übrigen Landesverwaltung. Warum sich das etwa ab dem fünfzigsten Lebensjahr ändert, ist aus den statistischen Unterlagen nicht zu erkennen.

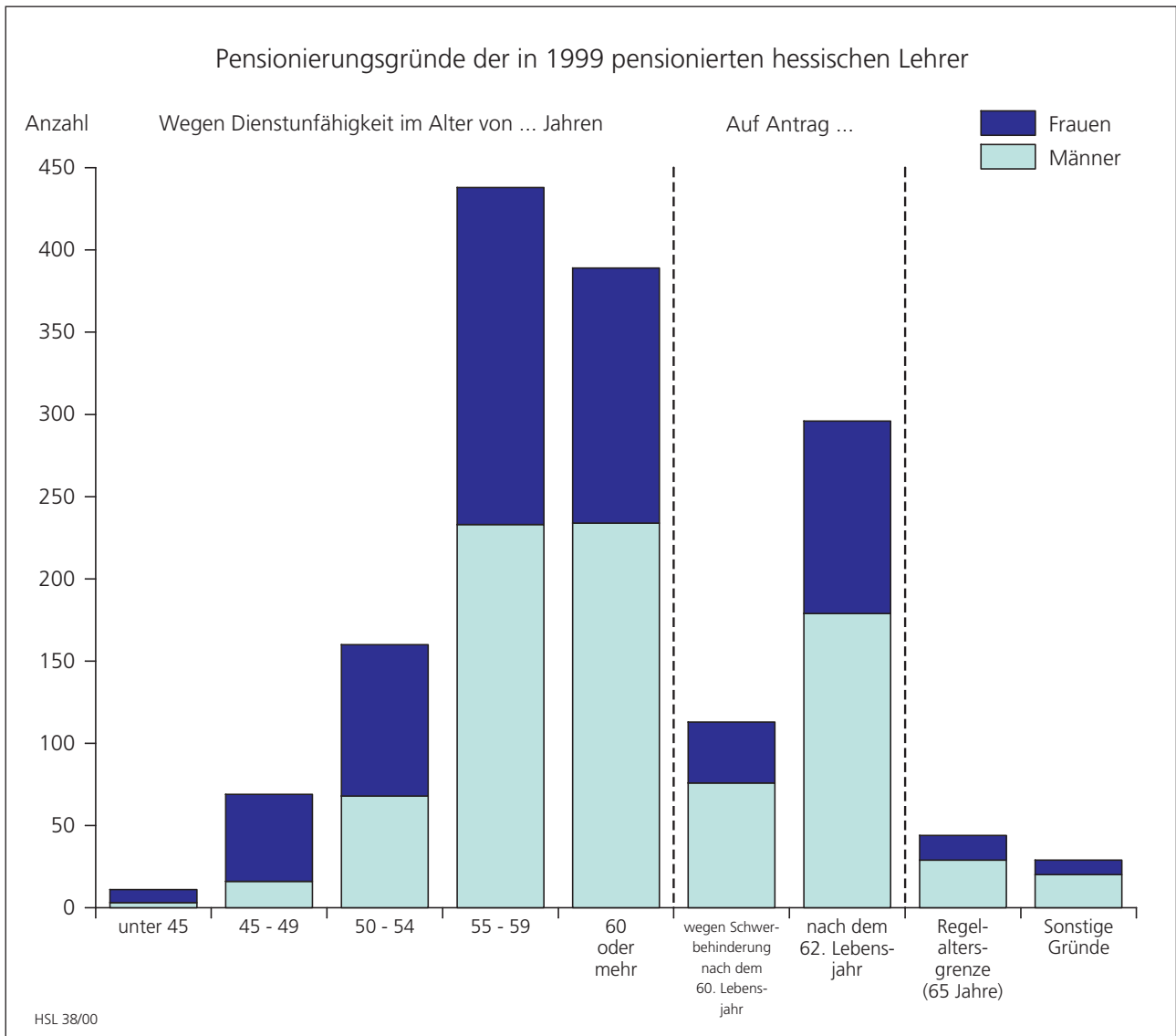
Einen möglichen Erklärungsansatz, der zumindest bei betroffenen Lehrerinnen und Lehrern auf Zustimmung stoßen dürfte, bietet eine an der Universität Potsdam erstellte repräsentative Studie zu den gesundheitlichen Risiken im Lehrberuf²⁾. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass der Anteil an Personen mit Gesundheitsrisiken bei den Lehrern mit 70 % im Ver-

2) Die Studie „Gesundheitliche Risiken im Lehrberuf“ ist bei Dr. Helga Arold aus dem Institut für Psychologie der Universität Potsdam erhältlich. Eine Zusammenfassung ist im Internet unter www.uni-potsdam.de/ut/putz/jan00/arold.htm zugänglich.

In 1999 pensionierte Beamte und Richter des Landes nach Gründen für das Ausscheiden aus dem aktiven Dienst und ausgewählten Einsatzbereichen

Gründe für das Ausscheiden	Pensionsfälle insgesamt		davon							
			Schuldienst		Vollzugsdienst		Richter und Staatsanwälte		übrige Einsatzbereiche	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Dienstunfähigkeit	1 400	55,0	1 067	68,9	136	30,7	13	.	184	35,9
davon im Alter von ... Jahren										
unter 45	51	2,0	11	0,7	13	2,9	1	.	26	5,1
45 bis unter 50	111	4,4	69	4,5	23	5,2	—	—	19	3,7
50 bis unter 55	223	8,8	160	10,3	37	8,4	—	—	26	5,1
55 bis unter 60	569	22,3	438	28,3	63	14,2	6	.	62	12,1
60 und älter	446	17,5	389	25,1	—	—	6	.	51	9,9
Auf Antrag										
wegen Schwerbehinderung nach dem 60. Lebensjahr	192	7,5	113	7,3	—	—	4	.	75	14,6
nach dem 62. Lebensjahr	405	15,9	296	19,1	—	—	6	.	103	20,1
Altersgrenze ¹⁾	446	17,5	44	2,8	294	66,4	18	.	90	17,5
Sonstige Gründe	103	4,0	29	1,9	13	2,9	—	—	61	11,9
Pensionsfälle insgesamt	2 546	100,0	1 549	100,0	443	100,0	41	.	513	100,0
nachrichtlich: Tod	75	—	37	—	13	—	1	—	24	—

1) Regelaltersgrenze 65 Jahre, für Beamte des Vollzugsdienstes 60 Jahre.



gleich zu anderen psychosozialen Berufsgruppen überproportional hoch sei. Diese Personengruppe erlebe den Widerspruch zwischen großem Arbeitseinsatz einerseits und ausbleibendem Erleben von Anerkennung andererseits besonders intensiv. Zusätzliche Ursachen werden im Schülerver-

halten, in hohen Klassenstärken und Stundenzahlen gesehen. Als Folgen träten Verausgabungssymptome auf, die schließlich zu Frustration und Resignation führten. — Die vorliegenden Ergebnisse scheinen der Studie zumindest nicht zu widersprechen. □



Privater Verbrauch in Bayern und Hessen am höchsten

Weitere Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998

Mit monatlich über 4500 DM hat im 1. Halbjahr 1998 ein Durchschnittshaushalt in Bayern 50 % mehr für den privaten Verbrauch ausgegeben als ein Haushalt in Mecklenburg-Vorpommern. Bereits an zweiter Stelle hinter den bayerischen Privathaushalten folgten nach den Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe¹⁾ die hessischen mit Monatsausgaben in Höhe von fast 4400 DM. Sie lagen damit um 100 bzw. gut 150 DM vor den Haushalten der Nachbar-

länder Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz. Unter den „alten“ Bundesländern bildeten die Stadtstaaten Hamburg und Bremen das Ende der Skala, wobei die Haushalte in Bremen diejenigen in Thüringen und Brandenburg nur relativ knapp übertrafen. Die Höhe der gesamten Verbrauchsausgaben wird im Wesentlichen durch das monatliche Haushalts-Nettoeinkommen bestimmt, das wiederum von der Größe²⁾ und der Zusammensetzung der Haushalte abhängt, insbesondere aber von Zahl und Struktur der Einkommens-

1) Näheres zu Rechtsgrundlage, Turnus und Methoden der Erhebung siehe „Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998 mit neuem Konzept“, Staat und Wirtschaft in Hessen, 52. Jahrg., Heft 11, November 1997, Seite 294 ff.

2) Nach den Ergebnissen des Mikrozensus vom April 1998 bestand im Durchschnitt ein Privathaushalt in den drei Stadtstaaten aus etwa 1,9 Personen, in fast allen Flächenländern dagegen aus rund 2,2 Personen; erwähnenswerte Abweichungen davon wurden einerseits im Saarland mit nur knapp 2,1 und andererseits in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen mit jeweils rund 2,3 Personen ermittelt.

Monatliche Aufwendungen privater Haushalte für den privaten Verbrauch im 1. Halbjahr 1998 nach Art der Ausgabe und Bundesländern

Land	Privater Verbrauch insgesamt	davon für							
		Wohnen, Energie, Wohnungs-instandhaltung	Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	Bekleidung, Schuhe	Innenausstattung, Haushaltsgeräte, Haushaltsgegenstände	Verkehr, Nachrichtenübermittlung	Freizeit, Unterhaltung, Kultur, Bildung	Beherbergungs- und Gaststättenleistungen	andere Waren und Dienstleistungen (einschl. Gesundheitspflege)
DM									
Baden-Württemberg	4 272	1 378	567	236	289	742	519	198	343
Bayern	4 524	1 521	552	245	307	736	546	227	390
Berlin	3 338	918	491	182	235	540	526	181	265
Brandenburg	3 431	1 077	537	189	275	579	421	128	225
Bremen	3 576	1 140	554	190	236	473	517	185	281
Hamburg	3 829	1 184	533	200	216	639	537	218	302
H e s s e n	4 373	1 499	568	219	324	747	494	199	323
Mecklenburg-Vorpommern	3 023	947	531	176	255	456	349	114	195
Niedersachsen	3 992	1 361	562	208	274	585	513	169	320
Nordrhein-Westfalen	3 954	1 246	571	226	281	617	497	193	323
Rheinland-Pfalz	4 216	1 447	575	225	253	770	460	180	306
Saarland	3 983	1 418	584	215	269	586	430	185	296
Sachsen	3 168	955	504	169	258	521	408	131	222
Sachsen-Anhalt	3 232	1 016	516	175	277	506	404	129	209
Schleswig-Holstein	4 079	1 396	568	210	272	659	507	174	293
Thüringen	3 453	1 054	526	192	258	658	417	127	221
D e u t s c h l a n d	3 968	1 289	553	217	277	642	492	186	312
% ¹⁾									
Baden-Württemberg	76,5	32,3	13,3	5,5	6,8	17,4	12,1	4,6	8,0
Bayern	77,0	33,6	12,2	5,4	6,8	16,3	12,1	5,0	8,6
Berlin	82,9	27,5	14,7	5,5	7,0	16,2	15,8	5,4	7,9
Brandenburg	82,9	31,4	15,7	5,5	8,0	16,9	12,3	3,7	6,6
Bremen	78,3	31,9	15,5	5,3	6,6	13,2	14,5	5,2	7,9
Hamburg	84,7	30,9	13,9	5,2	5,6	16,7	14,0	5,7	7,9
H e s s e n	77,9	34,3	13,0	5,0	7,4	17,1	11,3	4,6	7,4
Mecklenburg-Vorpommern	79,2	31,3	17,6	5,8	8,4	15,1	11,5	3,8	6,5
Niedersachsen	80,2	34,1	14,1	5,2	6,9	14,7	12,9	4,2	8,0
Nordrhein-Westfalen	79,3	31,5	14,4	5,7	7,1	15,6	12,6	4,9	8,2
Rheinland-Pfalz	80,4	34,3	13,6	5,3	6,0	18,3	10,9	4,3	7,3
Saarland	84,8	35,6	14,7	5,4	6,8	14,7	10,8	4,6	7,4
Sachsen	80,9	30,1	15,9	5,3	8,1	16,4	12,9	4,1	7,0
Sachsen-Anhalt	81,9	31,4	16,0	5,4	8,6	15,7	12,5	4,0	6,5
Schleswig-Holstein	79,8	34,2	13,9	5,1	6,7	16,2	12,4	4,3	7,2
Thüringen	85,8	30,5	15,2	5,6	7,5	19,1	12,1	3,7	6,4
D e u t s c h l a n d	79,0	32,5	13,9	5,5	7,0	16,2	12,4	4,7	7,9

1) Beim privaten Verbrauch insgesamt Anteil am jeweiligen durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommen, bei den einzelnen Ausgabearten Anteil am privaten Verbrauch insgesamt.

bezieher. Dass den Haushalten in den neuen Bundesländern deutlich weniger Geld zur Verfügung stand, ist nicht allein durch das dort niedrigere Lohnniveau bedingt, sondern auch durch einen überdurchschnittlich hohen Anteil von Nichterwerbstätigen-Haushalten. Andererseits spielen natürlich der Bedarf und möglicherweise auch die Mentalität eine gewisse Rolle. Dazu können die Anteile der Verbrauchsausgaben am gesamten Nettoeinkommen Hinweise geben: So findet sich der sprichwörtlich „sparsame Schwabe“ mit den niedrigsten Anteilen in Baden-Württemberg (76,5 %) und Bayern (77 %) wieder, dem allerdings die Haushalte in Hessen (knapp 78 %) nicht allzu sehr nachstanden. Dagegen wurden in Thüringen fast 86 % sowie in Hamburg und im Saarland jeweils fast 85 % des Nettoeinkommens für den privaten Verbrauch ausgegeben. Aber auch die absolute Höhe des Einkommens hat einen großen Einfluss auf die Ausgabenquote. Haushalte mit niedrigem Einkommen weisen im Durchschnitt höhere Ausgabenquoten auf als Haushalte mit hohem Einkommen, da bei den Erstgenannten ein höherer Anteil des Einkommens zur Deckung des Grundbedarfs erforderlich ist.

Überall wurde das meiste Geld für Wohnen und Energieversorgung benötigt. Die entsprechenden **Ausgabenbeträge** waren in Bayern und Hessen mit jeweils rund 1500 DM im Monat am höchsten, in Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen mit unter 1000 DM am niedrigsten. In allen Ländern außer Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt waren die Ausgaben für Verkehr und Nachrichtenübermittlung höher als für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren. Besonders viel wurde für Verkehr und Nachrichtenübermittlung in Rheinland-Pfalz mit 770 DM ausgegeben, über 20 DM mehr als in Hessen. Auf Grund der hohen Gesamtaufwendungen für den privaten Verbrauch lag jedoch Bayern bei fast allen Ausgabepositionen, mit Ausnahme der Nahrungs- und Genussmittel, an der Spitze oder zumindest in der Spitzengruppe der Länder. In etwas abgeschwächter Form gilt das auch für Hessen und Baden-Würt-

temberg und umgekehrt für die Länder mit niedrigen Gesamtausgaben.

Die Differenzen zwischen den einzelnen Ländern in der **Ausgabenstruktur** werden bei einer Betrachtung der Anteile für die verschiedenen Waren oder Dienstleistungen besser sichtbar als bei den absoluten Beträgen. So wurde mehr als jede dritte Mark in den „alten“ Flächenländern — mit Ausnahme der nur knapp darunter liegenden Länder Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen — allein für Wohnen und Energieversorgung aufgebracht, während dafür der Anteil in Berlin, aber auch in Sachsen und Thüringen relativ niedrig war. Im letztgenannten Bundesland war dagegen der Anteil für Verkehr und Nachrichtenübermittlung mit annähernd einem Fünftel außerordentlich hoch, möglicherweise wegen vieler Pendler in Richtung Westen. Auch in Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Hessen und Brandenburg lagen diese Aufwendungen über dem Durchschnitt, während sie in Bremen, Niedersachsen und im Saarland relativ am geringsten waren. In den Ländern mit den insgesamt niedrigsten Verbrauchsausgaben waren die Anteile für Nahrungs- und Genussmittel am höchsten, besonders in Mecklenburg-Vorpommern (fast 18 %) sowie in Sachsen und Sachsen-Anhalt (jeweils 16 %). Ein bedeutender Ausgabeposten ist daneben der Bereich Freizeit, Unterhaltung, Kultur und Bildung, für den im Durchschnitt etwa jede achte Mark aufgebracht wurde. In den Stadtstaaten gaben die Privathaushalte dafür relativ am meisten aus, in Berlin (16 %) und Hamburg (14 %) sogar mehr als für Nahrungs- und Genussmittel. Die Anteile der Ausgaben für Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände einerseits sowie Gesundheitspflege und andere Waren und Dienstleistungen andererseits schwankten in den Ländern jeweils zwischen etwa 6 und 8 %. Fast gleich waren in sämtlichen Ländern die Ausgabenanteile für Bekleidung und Schuhe mit Werten zwischen 5 % in Hessen und 5,8 % in Mecklenburg-Vorpommern. Die restlichen knapp 4 % (in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen) bis reichlich 5 % (in den Stadtstaaten) der gesamten Verbrauchsausgaben entfielen auf Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen. (Siehe auch Schaubild auf Seite 181.)

Heinz-Kurt Rompel*)

*) Tel.: 0611/3802-221 · E-Mail: hkrompel@hsl.de

Erwerbseinkommen: wichtigste Quelle des Lebensunterhalts

Im Rahmen der jährlich durchzuführenden Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt (Mikrozensus) wird auch die Art des überwiegenden Lebensunterhalts erfragt. Im April 1999 war das Einkommen aus Erwerbstätigkeit für 2,5 Millionen oder gut zwei Fünftel aller Einwohner Hessens die überwiegende Unterhaltsquelle. Fast jeder dritte Hesse — vor allem Frauen und Kinder — wurde durch den Ehepartner, die Eltern oder andere Angehörige unterhalten. Gut ein Fünftel aller Bewohner konnte überwiegend Renten oder Pensionen zum Lebensunterhalt verwenden. Nahezu 4 % lebten überwiegend von Sozialhilfe, Asylbewerberleistungen oder Zahlungen aus der Pflegeversicherung und fast 3 % von Arbeitslosengeld (einschl. Arbeitslosenhilfe). Für weniger als 1 % waren eigenes Vermögen, Mieteinnahmen oder Zinsen die Hauptunterhaltsquelle.

Gegenüber 1989 ging der Anteil des Erwerbseinkommens als überwiegende Unterhaltsquelle um zwei Prozentpunkte zurück. Ursache hierfür war vor allem die Verschiebung der Altersstruktur. So stieg der Anteil der Menschen über 64 Jahre, die in der Regel nicht mehr erwerbstätig sind. Zum anderen spielte die gestiegene Arbeitslosigkeit eine Rolle. Renten und Pensionen haben deshalb ihren Anteil um gut zwei Prozentpunkte erhöht. Um jeweils gut einen Prozentpunkt haben Sozialhilfe und andere Unterstützungsleistungen sowie Arbeitslosengeld und -hilfe zugenommen. Auch der Anteil des eigenen Vermögens, der Mieteinnahmen und der Zinsen als Unterhaltsquellen hat von 0,3 % auf 0,6 % zugenommen. Demgegenüber sank der Unterhalt durch Angehörige um drei Prozentpunkte.

Bedeutung des Erwerbseinkommens bei Männern sinkend, bei Frauen leicht steigend

Die Bedeutung der einzelnen Unterhaltsquellen hat sich jedoch zwischen Männern und Frauen unterschiedlich entwickelt. Bei der männlichen Bevölkerung nahm der Anteil des Erwerbseinkommens als überwiegende Unterhaltsquelle in diesem Zehn-Jahres-Zeitraum von 56 % auf 50 % ab. Diese Entwicklung ist vor allem auf den zunehmend späteren Einstieg der Männer in das Berufsleben auf Grund längerer und qualifizierterer Ausbildung sowie einen früheren Eintritt in den Ruhestand zurückzuführen. Demgegenüber hatten 1999 Renten und Pensionen erheblich mehr Gewicht als 1989. Die Quote stieg von 16 auf 20 %. Der Anteil der Arbeitslosenunterstützung hat sich von 1,6 auf 3,3 % verdoppelt. Kräftig zugenommen hat auch der Anteil von Sozialhilfe und anderen Unterstützungsleistungen.

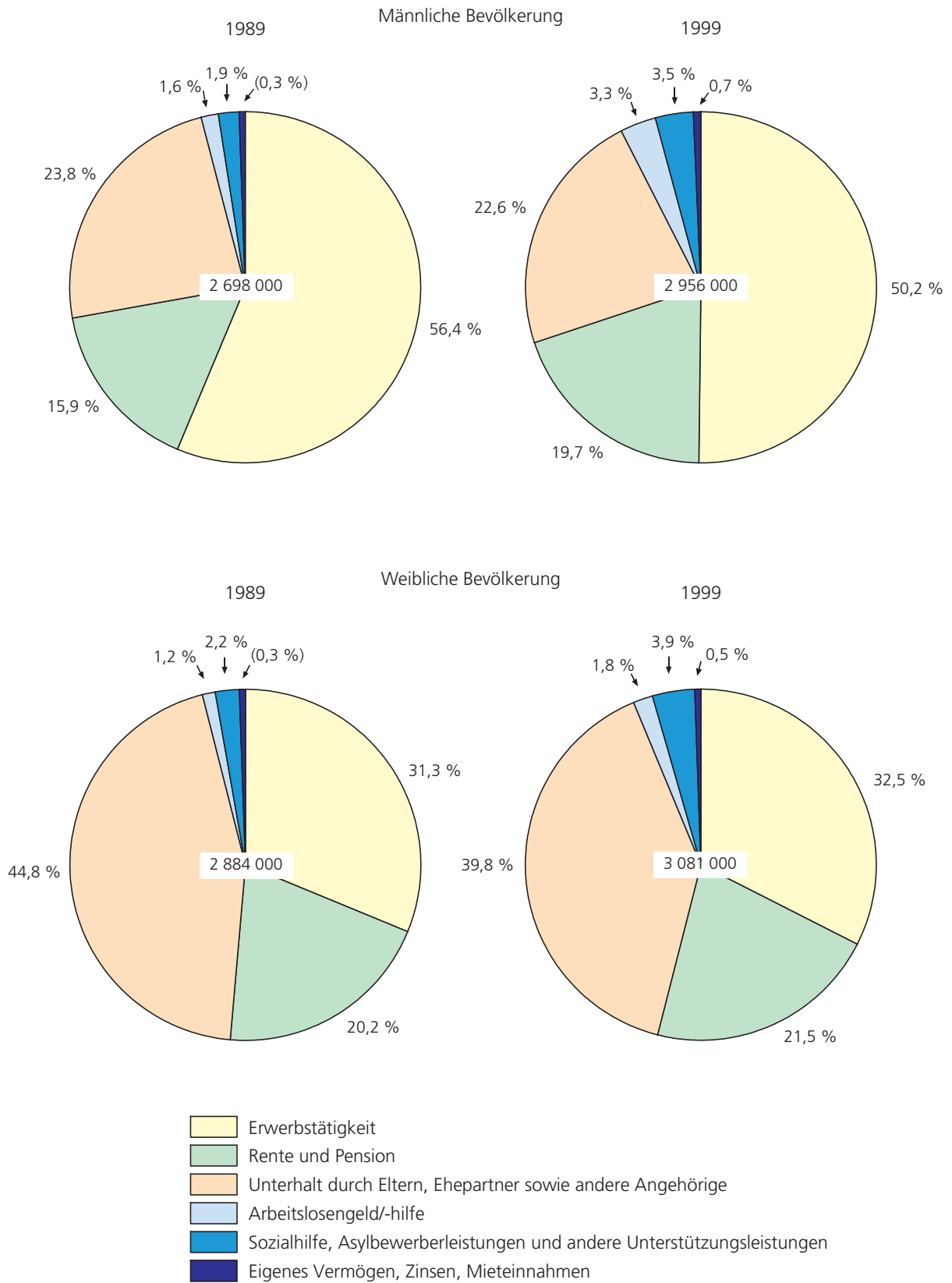
Bei den Frauen hat — im Gegensatz zur männlichen Bevölkerung — das Erwerbseinkommen nicht an Bedeutung verloren. Vielmehr erhöhte sich der Anteil des Einkommens aus Erwerbstätigkeit in den letzten zehn Jahren um gut einen Prozentpunkt. Ein Teil der Zunahme ist allerdings auf die 1999 deutlich verbesserte statistische Erfassung der geringfügigen Erwerbstätigkeit — diese wird zum größten Teil von Frauen ausgeübt — als 1989 zurückzuführen. Der Anteil der Frauen, die überwiegend von Sozialhilfe oder anderen Unterstützungsleistungen lebten, hat sich im Zehnjahreszeitraum fast verdoppelt, während die Zunahme bei den Rentempfängerinnen — im Vergleich zu den Männern — relativ moderat ausfiel. Auch war bei den Frauen die Zunahme des Anteils bei Arbeitslosengeld oder -hilfe mit unter einem Prozentpunkt weniger ausgeprägt als bei den Männern. Demgegenüber wurden im vergangenen Jahr nur noch 40 % der weiblichen Bevölkerung durch Eltern, Ehemann oder andere Angehörige unterhalten, 1989 waren es noch 45 % gewesen.

Bevölkerung 1989 und 1999 nach dem überwiegenden Lebensunterhalt
(Ergebnisse des Mikrozensus)

Geschlecht	Ins- gesamt	davon mit überwiegendem Lebensunterhalt durch . . .					
		Erwerbs- tätigkeit	Arbeitslosen- geld/-hilfe	Rente, Pension	Sozial- hilfe ¹⁾	eigenes Vermögen ²⁾	Unterhalt durch Eltern, Ehepartner sowie andere Angehörige
		%					
1989							
Männlich	2 697,7	56,4	1,6	15,9	1,9	(0,3)	23,8
Weiblich	2 884,2	31,3	1,2	20,2	2,2	(0,3)	44,8
Insgesamt	5 581,9	43,4	1,4	18,1	2,1	0,3	34,7
darunter Erwerbslose	163,6	—	48,0	.	15,2 ³⁾	.	36,8
1999							
Männlich	2 956,2	50,2	3,3	19,7	3,5	0,7	22,6
Weiblich	3 081,1	32,5	1,8	21,5	3,9	0,5	39,8
Insgesamt	6 037,3	41,2	2,6	20,6	3,6	0,6	31,4
darunter Erwerbslose	248,7	—	60,3	.	19,2 ³⁾	.	20,5

1) Sowie Asylbewerberleistungen, Leistungen aus der Pflegeversicherung und dgl. — 2) Sowie Mieteinnahmen und Zinsen. — 3) Einschl. Rente, Pension, eigenes Vermögen, Mieteinnahmen und Zinsen.

Bevölkerung 1989 und 1999 nach dem überwiegenden Lebensunterhalt



HSL 37/00

Während im vergangenen Jahr die männlichen **Erwerbstätigen** zu 97 % ihren Lebensunterhalt überwiegend aus Einkommen aus ihrer Erwerbstätigkeit bestreiten konnten, waren es bei den Frauen — auf Grund ihres relativ hohen Anteils der Teilzeitbeschäftigung oder geringfügigen Erwerbstätigkeit — nur 86 %.

Von den 249 000 Erwerbslosen — also Personen, die auch keiner geringfügigen Erwerbstätigkeit nachgingen — lebten im Jahr 1999 drei Fünftel überwiegend von Arbeitslosengeld oder -hilfe. Jeweils ein Fünftel war auf Sozialhilfe, Rente oder ähnliche Leistungen bzw. auf Unterhalt durch Angehörige angewiesen. Vor zehn Jahren war die Zahl der Erwerbslosen mit 164 000 um 85 000 niedriger gewesen. Damals lebte aber nur knapp die Hälfte überwiegend von Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit, während knapp zwei Fünftel auf Unterhalt durch Eltern, Ehepartner oder andere Angehörige angewiesen waren. Nur rund jeder Siebte lebte damals überwiegend von Sozialhilfe, Rente oder ähnlichen Leistungen.

*) Tel.: 0611/3802-235 · E-Mail: sthan@hsl.de

11 % aller ausländischen Haushalte lebten überwiegend von Sozialhilfe

65 000 oder 2,4 % aller Privathaushalte lebten im April 1999 überwiegend von Sozialhilfe. Dieser Anteil war bei den Haushalten mit ausländischer Bezugsperson mit 11 % siebenmal so hoch wie bei den Haushalten mit deutscher Bezugsperson (1,5 %). Die Bezugsperson ist bei Mehrpersonenhaushalten im allgemeinen die Person, die überwiegend zum Lebensunterhalt beiträgt. Von allen Haushalten, die über ein monatliches Nettoeinkommen von weniger als 1800 DM verfügten, waren gut 10 % überwiegend auf Sozialhilfe angewiesen. Während bei diesen Haushalten mit deutscher Bezugsperson der Anteil 7 % ausmachte, lebten 28 % der Ausländerhaushalte überwiegend von Sozialhilfe oder von Unterstützungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Neben der Sozialhilfe als **überwiegende Unterhaltsquelle** spielt für viele Haushalte die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt als **ergänzende Hilfe** eine bedeutende Rolle. So bekamen nach den Ergebnissen der Sozialhilfe- und Asylbewerberleistungsstatistik 151 000 Haushalte am Jahresende 1998 laufende Hilfe zum Lebensunterhalt; darunter hatten 37 % der Haushalte eine ausländische Bezugsperson. Dies bedeutet, dass 5,5 % aller hessischen Haushalte Sozialhilfe bzw. Asylbewerberleistungen bezogen. Unter den Haushalten mit deutscher Bezugsperson waren es knapp 4 %, unter denen mit ausländischer 21 %.

Siegfried Thann*)

- Das Hessische Statistische Landesamt baut gegenwärtig ein **Unternehmensregister** auf. Es ist ein Register aller Unternehmen, die eine wirtschaftliche Tätigkeit ausüben, sowie aller örtlichen Einheiten, die von ihnen abhängen. Erfasst werden Name, Anschrift, Rechtsform, Wirtschaftszweig, der Zusammenhang zwischen den Einheiten (Haupt- und Zweigniederlassung) sowie ausgewählte Merkmale, wie Umsatz und Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Zum Aufbau und zur Aktualisierung des Unternehmensregisters werden jährlich die Stammdaten der Finanzbehörden, der Bundesanstalt für Arbeit, der Industrie- und Handelskammern und der Handwerkskammern genutzt. Im Rahmen des Registeraufbaus wurden bereits aus den verschiedenen Verwaltungsregistern anhand von Name und Anschrift Unternehmen und Zweigniederlassungen zusammengeführt. Von den rund 300 000 gespeicherten Einheiten konnten 80 000 Einheiten während der Verarbeitung nicht eindeutig identifiziert werden. Diese Wirtschaftseinheiten werden ab Juni 2000 angeschrieben und gebeten, Strukturangaben sowie die Identitätsnummern der Finanzbehörden, der Bundesanstalt für Arbeit, der Industrie- und Handelskammern und der Handwerkskammern anzugeben. Diese Registerumfrage unterstützt die Bereinigung des Registers um doppelte Fälle und liefert Informationen über den Zusammenhang von Haupt- und Zweigniederlassungen. Grundlage für diese Arbeiten ist die Unternehmensregister-Verordnung der EU aus dem Jahre 1993. Sie verpflichtet die Mitgliedstaaten zum Aufbau von Unternehmensregistern für statistische Verwendungszwecke. In Deutschland wurde 1998 mit dem Statistikregistergesetz (StatRegG) die nationale Rechtsgrundlage für die Durchführung geschaffen. Damit wird die Erhebung EU-weit vergleichbarer Wirtschaftsdaten möglich, die Grundlage der Struktur- und Konjunkturpolitik der EU sind. Die Nutzung der Verwaltungsregister entlastet die Unternehmen künftig von statistischen Berichtspflichten. Durch die Auswertung des Unternehmensregisters kann auf Zählungen, die bislang zur Gewinnung von Strukturdaten der Wirtschaft erforderlich waren, verzichtet werden. Darüber hinaus bildet das Unternehmensregister den optimalen Rahmen für kleinere Stichproben und ermöglicht durch regelmäßige Rotation der einbezogenen Einheiten eine gleichmäßigere Verteilung der Berichtspflichten. Sämtliche Registerangaben unterliegen der statistischen Geheimhaltung. Einzelangaben werden nicht weitergegeben. Laut Urteil des Bundesverfassungsgerichts gilt das "Einbahnstraßenprinzip": Die Statistik darf zwar Einzelangaben aus dem Verwaltungsbereich übernehmen, der Rückfluss von der Statistik in die Verwaltung ist jedoch untersagt.
- Mit dem Wegfall der Gewerbesteuer ab dem Jahr 1998 wurde den Gemeinden eine wichtige Einnahmequelle

entzogen. Als Ausgleich steht ihnen seither unter anderem ein Anteil von 2,2 % am Aufkommen der Umsatzsteuer zu. Die Verteilung dieser Mittel unter den Gemeinden erfolgte für die Jahre 1998 und 1999 nach einem vorläufigen Schlüssel, da genaue Daten über die Einnahmen aus der Gewerbesteuer fehlten. Mit der Gewerbesteuerstatistik 1995 liegen nun erstmals seit 25 Jahren wieder Strukturdaten der Gewerbesteuereinnahmen vor, die ab diesem Jahr in einen neuen Verteilungsschlüssel einfließen. Ab 2003 schließlich soll ein endgültiger, fortschreibungsfähiger Schlüssel gelten. Der **Schlüssel zur Verteilung des Gemeindeanteils an den Umsatzsteuereinnahmen** auf die einzelnen Gemeinden berechnet sich für die Jahre 2000 bis 2002 aus drei unterschiedlich gewichteten Komponenten: Die nun aus der Gewerbesteuerstatistik abschätzbaren Einnahmeverluste aus der Gewerbesteuer gehen dabei zu 40 % ein. Der Anteil einer Gemeinde an den gesamten (kassenmäßigen) Gewerbesteuereinnahmen geht zu 42 % und der Anteil an der Gesamtzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der letzten Jahre geht zu 18 % in die Berechnung des Schlüssels ein. Die relativ komplizierte Berechnungsformel entspringt einem Kompromiss, der einerseits die Einnahmeausfälle der Gemeinden aus der entgangenen Gewerbesteuer berücksichtigt (Einnahmen 1995: brutto 685 Mill. DM), andererseits die Besitzstandswahrung auf Grund der Zuweisungen nach dem bisherigen Schlüssel im Auge hat.

- Die **Bevölkerungszahl** Hessens hat weiter zugenommen. Ende 1999 lebten in Hessen 6 052 000 Einwohner. Das waren gut 16 800 oder 0,3 % mehr als Anfang des Jahres. Im Vergleichszeitraum 1998 hatte die Bevölkerungszunahme nur bei 3400 gelegen. Ausschlaggebend für die Zunahme war der gegenüber 1998 gestiegene Wanderungsgewinn. Die Zuzüge stiegen um 10 200 auf knapp 170 000 an; gleichzeitig nahmen die Fortzüge um 4900 auf 151 100 ab, so dass sich der Wanderungsüberschuss im Vergleich zum Vorjahr um 15 000 auf knapp 18 900 Personen erhöhte. Die Bilanz von Geburten und Sterbefällen rutschte 1999 durch einen erneuten Geburtenrückgang weiter ins Minus. Die Zahl der Geborenen nahm um knapp 1600 oder rund 3 % auf 59 000 ab, während die Zahl der Gestorbenen mit 61 100 gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert blieb.
- Nach ersten Ergebnissen für die Monate Januar bis März 2000 stiegen die **Umsätze** im hessischen **Gastgewerbe** — verglichen mit dem ersten Vierteljahr 1999 — nominal um etwas über 1 %. Dies bedeutete nach Ausschaltung der Preisveränderungen allerdings Stagnation. Positiv war die Umsatzentwicklung allein im Beherbergungsgewerbe, vor allem bei den Hotels, Gasthöfen, Pensionen und Hotels garnis. Hier stieg der Umsatz im Vergleichszeitraum nominal um 4 und real um 3 %. Während der Umsatz im Gaststättengewerbe im Quartalsvergleich nominal um 0,5 % und real um 1,5 % zurückging, büßten die Kantinen und Caterer nominal knapp 1 % und real über 2 % ihres Vorjahresumsatzes ein.

Werbung für Einsteiger

Von C. Ewald, 3. aktualisierte und ergänzte Auflage, 173 Seiten, kartoniert, 39,90 DM, Haufe Verlag, Freiburg, 1999.

„Das Produkt, das sich von alleine verkauft, gibt es in unserer real existierenden Marktwirtschaft nicht“ — so lautet die Grundbotschaft der Autorin. Konsequenz: „Jeder muss nach der für sein Unternehmen geeigneten Art, sein Produkt zu verkaufen, suchen.“ Viele Unternehmer scheuen jedoch die Ausgaben für ein professionelles Marketing. Auch zu diesem Punkt gibt es einen schönen Spruch: „Nicht zu werben, um Geld zu sparen, ist wie eine Uhr anzuhalten, um Zeit zu sparen.“ Die Autorin verspricht allen Interessierten und Jungunternehmern, sie auf unbekannte Pfade zu führen, z. B. zu wirkungsvollen Werbemaßnahmen, die kaum etwas kosten, außer Zeit. Die dritte Auflage wurde um das Kapitel „Schöne neue Welt: Internet“ erweitert. Der Leser erfährt hier, wann sich der Einstieg in die Werbung im Internet lohnt und was dabei zu beachten ist. Der Ratgeber stellt die verschiedenen Werbearten (Anzeigen, Direktmarketing, Plakate, Werbung auf Verkehrsmitteln, Öffentlichkeitsarbeit, Handzettel, Kinowerbung, Funk- und Fernsehwerbung) vor, zeigt deren Stärken und Schwächen auf und führt den Leser zu seiner eigenen Werbestrategie. Typische Einsteiger-Fragen wie z. B. „Wie und wo werbe ich richtig?“, „Wo kommt meine Werbung am besten an?“, „Was kostet meine Werbung?“ oder „Wie sind die Erfolgchancen?“ bleiben nicht unbeantwortet. Der Ratgeber ist leicht verständlich und unterhaltsam geschrieben. 6939

Handbuch für den Vorgesetzten

So führen Sie sich und Ihre Mitarbeiter zum Erfolg. Von H. Beitz und E. Flöther, Grundwerk 1999, ca. 650 Seiten und 1 CD-ROM, Loseblattsammlung in 1 Plastikordner, ca. 4 Ergänzungslieferungen pro Jahr, 198,00 DM, VNR Verlag für die Deutsche Wirtschaft, Bonn, 1999.

Der Untertitel des Handbuchs ist verheißungsvoll. Aber neben der Perspektive des Erfolgs wird mit ihm eine entscheidende Determinante in korrekter Priorität angesprochen. Die Arbeit nämlich, die eine Führungskraft an sich selbst leisten muss, um Mitarbeiter gut und erfolgreich zu führen. Leider wird in der Praxis — und gerade in der traditionell hierarchisch geprägten öffentlichen Verwaltung — von den Führungskräften dieser Gesichtspunkt noch allzu oft negiert. Führungsqualitäten sind einer Führungskraft nach dem in der öffentlichen Verwaltung herrschenden Credo kraft Amtes gegeben. Der Besuch von Weiterbildungsveranstaltungen zur Mitarbeiterführung wird — insbesondere von Führungskräften, die schon länger mit Führungsaufgaben betraut sind — häufig als Eingeständnis von Schwächen angesehen. Abhilfe schaffen will hier das vorliegende Handbuch; es beinhaltet neben praxisbezogenem Führungswissen auch Beiträge zu effizienten Führungsinstrumenten, Führungstechniken, zur Selbstorganisation, zur Persönlichkeitsentwicklung, zur Optimierung der Kommunikation, zum Personalmanagement und Coaching. An Hand von Stichworten können Lösungsmöglichkeiten nachgeschlagen und über Checklisten — z. B. für Stellenbeschreibungen, Mitarbeiter-Jahresgespräche, zur Reduzierung von Fehlzeiten, zum Aufdecken von Mobbing — sowie Fall- und Praxisbeispielen Fragestellungen und Probleme bearbeitet werden. Spezialtests, beispielsweise zur Bestimmung der eigenen Führungswirkung, und ein Management-Lexikon runden das Handbuch inhaltlich ab. Das Handbuch wird mittels Ergänzungslieferungen stets aktuell gehalten, was insbesondere in Hinblick auf die arbeitsrechtlichen Aspekte sicher vorteilhaft ist. Zum Lieferumfang des Handbuchs gehört eine CD-ROM, die auch den Zugriff auf die Internet-Website des „Handbuchs für den Vorgesetzten“ eröffnet. So

können Checklisten, Anleitungen usw. direkt in die eigene Textverarbeitung übernommen, weiterverarbeitet oder ausgedruckt werden. Mit seinen Serviceleistungen — u. a. einer Redaktionsprechstunde und Fax-Hotline für Fragen, zu denen man als Vorgesetzter einen Expertenrat sucht, und einem „Fax-on-demand-Service“ zu neuesten Gesetzen und Gerichtsentscheidungen — bietet das Handbuch für den Vorgesetzten eine ansprechende Unterstützung bei seiner Arbeit. Nach der Auffassung der Autoren ist dies im Wesentlichen Führungsarbeit, für die gilt: Mehr führen — weniger managen. 6937

Fit für Marketing

Kundenorientiert denken und handeln in allen Unternehmensbereichen. Von C. V. Sowter, aus der Reihe „WRS-Betriebs-Praxis“, 270 Seiten, gebunden, 48,00 DM, WRS Verlag Wirtschaft, Recht und Steuern, Planegg, 1996.

Für den Autor ist Marketing zuallererst eine Einstellung, eine unternehmerische Denkweise. Das Grundproblem des Marketing liegt darin, dass die professionellste Marketingabteilung kläglich scheitern wird, wenn nicht sämtliche Unternehmensbereiche mitziehen. Voraussetzung für ein solches totales Unternehmensmarketing sind vor allem „überzeugte“ Mitarbeiter. Alle Unternehmenstätigkeiten sind so auszurichten, dass die Bedürfnisse der Kunden gewinnbringend befriedigt werden. Welche Konsequenzen aus diesen Erkenntnissen zu ziehen sind, wird hier klar, einfach und praxisorientiert dargestellt. Das Buch ist das Ergebnis zahlloser Seminare des Autors zu diesem Thema. Es ist in drei Hauptabschnitte gegliedert. Im Abschnitt 1 werden die Grundlagen des Marketing („Was ist Marketing?“) dargestellt. Weitere Schlagworte des ersten Abschnitts sind Marketing-Mix, Marktorientierung, Marktsegmentierung, Wettbewerbstaktiken und Preispolitik. Der zweite Abschnitt widmet sich den Grundlagen der Kommunikation. Hier werden Kommunikationsprozesse, Verkaufsgespräche und Präsentationen, gezielte Werbemaßnahmen sowie die Öffentlichkeitsarbeit näher betrachtet. Der letzte Abschnitt steht unter dem Motto „Die Zukunft meistern“. Einleitend werden hier die Grundlagen der Marktforschung erläutert. Dieser Teil leitet direkt über zu dem entscheidenden Thema: der Innovation. Woher kommt es, dass die Entwicklung neuer Produkte in vielen Unternehmen oft so wirkungslos ist? Der Autor vertritt den Standpunkt, dass Innovation nicht hauptsächlich in der Forschungs- und Entwicklungsabteilung stattfindet; die Marketingkomponente der Innovation ist mindestens ebenso wichtig. Der Autor führt hier aus, wie gewinnbringende Innovationen zu erreichen sind. Das abschließende Kapitel „Wie lenken wir die Zukunft?“ (Marketingmanagement und Unternehmensplanung) rundet das Buch ab. 6940

Wie Manager richtig führen

Von J. P. Kotter, aus der Reihe „Harvard bei Hanser“, 164 Seiten, 69,00 DM, Carl Hanser Verlag, München, 1999.

Grundthese des Autors ist, dass bei der Leitung von Unternehmen unterschieden werden muss zwischen der Tätigkeit des reinen Verwaltens und der Tätigkeit des Führens. Unternehmen und deren Mitarbeiter, die lediglich verwaltet würden, hätten meist auch mit stagnierenden Umsatzentwicklungen zu rechnen, bei den Mitarbeitern mache sich Orientierungslosigkeit breit. Das Potenzial der Mitarbeiter bleibe ungenutzt. Die richtige Führung habe dagegen das Freisetzen von Energien und die Motivation der Mitarbeiter zur Folge. — Dem Buch liegen insgesamt 14 Studien mit mehr als 1000 Interviews mit Managern in den unterschiedlichsten Branchen der Wirtschaft der Vereinigten Staaten von Amerika zu Grunde. Die Datenerhebung umfasste in der Regel drei Besuche bei den interviewten Managern in einem Zeitraum von sechs bis zwölf Monaten. Dabei dauerte ein Interview mindestens fünf Stunden. Es wurde noch ergänzt durch schriftliche Unterlagen, die dem Autor von den befragten Personen zur Verfügung gestellt wurden. 6941

Das Mitarbeitergespräch als Führungsinstrument

Ein Leitfaden. Von H. Hofbauer und B. Winkler, IX und 305 Seiten mit 1 Begleitdiskette, gebunden, 89,00 DM, Carl Hanser Verlag, München, 1999.

Mitarbeitergespräche sind inzwischen in vielen modernen Unternehmen, Behörden und anderen Organisationen als Führungsinstrument etabliert. Das vorliegende Praxishandbuch will ein Hilfsmittel für alle Führungspersonen sein, die solche Mitarbeitergespräche in ihrem Unternehmen einführen wollen und anschließend durchzuführen haben. Aber auch die Mitarbeiter finden darin wesentliche Aspekte, die für die Vorbereitung, die Durchführung und ein besseres Verständnis von Mitarbeitergesprächen von Nutzen sein können. Die Integration der Mitarbeitergespräche in die jeweilige Organisationsstruktur wird genauso dargestellt, wie das Führen, Auswerten und Dokumentieren dieser Gespräche. Wichtige Gesprächssituationen werden an Hand von Praxisbeispielen erläutert. Jedes Kapitel schließt mit umfangreichen Literaturhinweisen. Ergänzt wird das Buch durch zahlreiche konkrete Erfahrungsberichte und Original-Gesprächsleitfäden aus bekannten Unternehmen und Institutionen. Auf einer Begleitdiskette liegen verschiedene Gesprächsleitfäden und Evaluierungsbogen bereit. Sie können ggf. mit dem eigenen Firmenlogo versehen und sofort in der Praxis eingesetzt werden.

6942

Existenzgründungen und dynamische Wirtschaftsentwicklung

Herausgegeben von R. Ridinger und P. Weiss, Band 2 der Reihe „Veröffentlichungen des Round Table Mittelstand“ des Zentralverbands des Deutschen Handwerks und des Deutschen Industrie- und Handelsstags, 188 Seiten, kartoniert, 124,00 DM, Duncker & Humblot, Berlin, 1999.

Die Reihe „Round Table Mittelstand“ setzt sich mit zentralen mittelstandspolitischen Themen auseinander und möchte auf die Bedeutung eines vielseitigen und gesunden Mittelstands als Bestandteil entwickelter Volkswirtschaften aufmerksam machen. Experten beleuchten ein „Generalthema“ mit dem Ziel, eine breitere Öffentlichkeit über die wichtigsten Ergebnisse der Wirtschaftsforschung auf diesem Gebiet zu informieren und gleichzeitig Anstöße für eine Weiterentwicklung von wirtschaftspolitischen Diskussionen zu geben. Der aktuelle Band befasst sich mit Existenzgründungen und ihrer Rolle als Motor einer dynamischen Wirtschaftsentwicklung (nicht zuletzt auch für den Bereich der mittelständischen Wirtschaft), deren gesamtwirtschaftliche Bedeutung für Wachstum und Beschäftigung sowie ihre Behandlung in der Mittelstandspolitik. Im Einzelnen sind — nach einer Einleitung der Herausgeber — folgende Beiträge enthalten: „Existenzgründungen in der Mittelstandspolitik“ von R. Ridinger und P. Weiss, „Existenzgründungen und dynamische Wirtschaftsentwicklung“ von R. Ridinger, „Entwicklung von Existenzgründungen — Eine Bestandsaufnahme“ von P. Weiss, „Kultur der Selbstständigkeit“ von B. Lagemann u. a., „Das Risikoverhalten von Banken gegenüber Existenzgründungen“ von R. Schulte, „Auswirkungen des Gründungsgeschehens auf den Generationswechsel am Beispiel des Handwerks“ von K. Müller, „Management-Buy-Out / Management-Buy-In als Weg zur Existenzgründung“ von G. Heimpold und B. Loose und „Entwicklungsmuster junger Unternehmen in Ostdeutschland“ von M. Paulini. Den Abschluss des Bandes bilden die „Thesen der Autoren des Round Table Mittelstand zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Existenzgründungen“.

6945

Dienstleistung 2000plus

Zukunftsreport Dienstleistungen in Deutschland. Herausgegeben von H.-J. Bullinger, XVIII und 109 Seiten mit 1 CD-ROM im Buch, kartoniert, 39,00 DM, Fraunhofer IRB Verlag, Stuttgart, 1998.

Häufig wird das Wirtschaftswachstum in entwickelten Volkswirtschaften in besonderem Maße vom Dienstleistungsbereich stimuliert bzw. getragen. Damit leisten die Dienstleistungsmärkte einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung des Wachstums und der Beschäftigung. Für Deutschland wird diesbezüglich vermutet, dass die Wachstumspotenziale innovativer und zukunftsweisender Dienstleistungen längst nicht ausgeschöpft seien. Das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Technologie hat diese Herausforderungen aufgegriffen und zielt mit der Initiative „Dienstleistungen für das 21. Jahrhundert“ auf die Mobilisierung und Stärkung der Innovations- und Zukunftspotenziale des Wirtschaftsstandortes Deutschland ab. Einen ersten wichtigen Meilenstein in dieser Initiative bildete die Grundlagenuntersuchung „Dienstleistung 2000plus“, deren abschließende Ergebnisse das vorliegende Buch vorstellt. In 15 Arbeitskreisen und -gruppen, unter der Gesamtleitung des Herausgebers, wurden die Erfahrungen und Erkenntnisse von 300 Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik gebündelt, um den Handlungs- und Forschungsbedarf für den Beginn des neuen Jahrtausends im Bereich der Dienstleistungen zu untersuchen sowie konkrete Empfehlungen für ein Förderkonzept und dringliche Erstmaßnahmen abzuleiten. Auf der CD-Rom befindet sich eine umfangreiche Dokumentation der Arbeitskreisergebnisse und Expertisen.

6947

Die besten Reden von A bis Z

Handbuch für erfolgreiche Redner. Loseblattwerk in 1 Plastikordner, Grundwerk, Stand November 1999, ca. 724 Seiten (7 Aktualisierungslieferungen pro Jahr), 39,80 DM, VNR Verlag für die Deutsche Wirtschaft AG, Bonn, 1999.

Das Handbuch erhebt den Anspruch, alle Redner bei ihrer wichtigen Aufgabe, Menschen zu überzeugen und zu motivieren, zu unterstützen. Eine Beschränkung, die von der Loseblattsammlung schon mit dem vorliegenden Grundwerk durchbrochen wird. So finden sich hier, nach den Angaben des Verlags von erfahrenen Redeschreibern verfasste, Musterreden für unterschiedliche Zielgruppen und nahezu für alle Anlässe. Tatsächlich gewinnt man — beim Querlesen einer Auswahl aus diesen Musterreden — einen durchaus positiven Eindruck von dem Material. Fast ist man geneigt, der Anweisung des Herausgebers zu folgen: „Handbuch aufschlagen, Rede kopieren, Namen und Anlass einsetzen und ab ans Rednerpult“. Leider mangelt es dem Rezensenten an einem aktuellen Anlass für den Praxistest. Seine Abneigung gegen „Reden von der Stange“ jedenfalls teilt auch das Handbuch, denn es bietet ergänzende Redebausteine und Hintergrundinformationen, um den eigenen Vortrag individuell auszugestalten. So ist jede Musterrede nach einem bestimmten Gerüst aufgebaut, das ausführlich erläutert auch als Leitfaden für die völlig selbständig formulierte Rede dienen kann. Die Sammlung von Anregungen, die das Werk hierzu bietet, ist sicher schon ein Gewinn für Gelegenheitsredner wie auch professionelle Redenschreiber. Eine „würzende Fundgrube“ stellt dabei die umfangreiche Zitatensammlung im Handbuch dar. Über Checklisten kann sichergestellt werden, dass wichtige individuelle Fakten in der Rede nicht vergessen und an den richtigen Stellen in die Vorlagen eingearbeitet werden. Tipps und Hinweise erfahrener Rhetoriktrainer helfen, Lampenfieber abzubauen und Redeangst zu überwinden, Gestik und Mimik dem Anlass anzupassen. Mit dem Handbuch erwirbt man darüber hinaus ein umfassendes Serviceangebot, in dessen Zentrum die Redaktionssprechstunde steht, die sofortige Auskünfte für ganz spezielle Fragen und rethorische Probleme von Experten verspricht. Für zeitlich weniger dringliche Anliegen wird auch die Beantwortung schriftlicher Anfragen angeboten.

6948

Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen

Jahr Monat Vierteljahr	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe ³⁾		Einzelhandel	Preise	Arbeitsmarkt ⁷⁾				
	Volumenindex des Auftragseingangs ²⁾ 1995 = 100			Beschäftigte	Index des Auftrags- ein- gangs ⁴⁾ 1995 = 100	Beschäftigte	Index der Um- sätze ⁵⁾ 1995 = 100	Preis- index für die Lebens- haltung ⁶⁾ 1995 = 100	Arbeitslose ⁸⁾	Arbeitslosen- quote ⁹⁾	Offene Stellen ⁸⁾	Kurz- arbeit (Personen) ¹⁰⁾
	ins- gesamt	Inland	Ausland									
	Grundzahlen ¹¹⁾											
1997 D	102,7	94,3	118,0	481 106	95,3	45 451	100,1	102,8	260 796	10,4	21 381	11 788
1998 D	105,8	101,1	114,5	470 074	83,1	40 519	101,5	104,1	254 050	10,0	26 021	6 505
1999 D	98,6	92,9	109,2	464 439	86,6	37 865	102,8	105,0	239 257	9,4	30 650	6 396
1999 März	108,0	103,5	116,2	466 710	99,3	37 162	115,8	104,4	250 289	9,8	32 639	10 317
1. Vj. D	95,0	88,1	107,6	466 525	83,4	37 482	98,2	104,2
April	99,7	94,0	110,1	463 757	72,3	37 287	102,5	104,8	244 858	9,6	33 408	8 733
Mai	98,0	93,2	106,6	463 242	84,6	37 167	99,4	104,8	235 675	9,2	31 622	6 328
Juni	102,8	98,0	111,6	463 791	106,8	37 376	102,0	104,9	233 266	9,1	31 352	6 951
2. Vj. D	100,2	95,1	109,4	463 597	87,9	37 277	101,4	104,8
Juli	95,4	91,1	103,5	465 532	86,7	37 999	101,2	105,4	237 919	9,3	32 317	4 611
August	93,0	91,9	94,9	466 636	94,3	38 409	94,8	105,5	232 096	9,1	31 706	3 513
September	106,3	101,8	114,7	466 141	94,9	38 401	98,5	105,3	227 818	8,9	32 012	4 152
3. Vj. D	98,2	94,9	104,4	466 103	92,0	38 270	98,2	105,4
Oktober	101,0	94,5	113,1	462 730	99,9	38 944	105,4	105,3	225 484	8,8	30 339	4 857
November	108,2	98,7	125,8	462 177	59,5	38 547	111,1	105,5	225 151	8,8	28 924	6 113
Dezember	94,5	87,6	106,9	459 689	90,5	37 805	124,0	105,7	229 534	9,0	30 376	4 355
4. Vj. D	101,2	93,6	115,3	461 532	83,3	38 432	113,5	105,5
2000 Januar	93,8	84,5	111,0	457 994	51,5	36 282	91,6	106,1	238 900	9,3	32 285	5 711
Februar	102,0	92,8	118,9	457 706	61,4	35 832	97,1	106,4	236 497	9,2	37 020	6 916
März	117,9	108,8	134,7	458 169	93,7	35 528	111,6	106,6	228 878	8,9	39 531	6 424
1. Vj. D	104,6	95,4	121,5	457 956	68,9	35 881	100,1	106,4
April	97,8	92,2	108,1	457 731	65,4	35 782	104,2	106,5	221 800	8,3	41 222	6 841
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in % ¹¹⁾												
1997 D	1,5	- 3,6	9,9	- 6,0	- 3,2	- 13,4	- 0,5	1,7	11,4	.	1,1	- 35,9
1998 D	3,0	7,2	- 3,0	- 2,3	- 12,7	- 10,9	1,4	1,3	- 2,6	.	21,7	- 44,8
1999 D	- 6,8	- 8,1	- 4,6	- 1,2	4,2	- 6,5	1,3	0,9	- 5,8	.	17,8	- 1,7
1999 März	- 15,2	- 15,4	- 14,9	- 0,8	11,3	- 9,2	3,9	0,7	- 6,7	.	12,8	1,9
1. Vj.	- 16,2	- 17,3	- 14,6	- 0,6	14,4	- 8,9	- 0,4	0,6
April	- 7,6	- 4,0	- 13,0	- 1,4	9,5	- 8,4	1,9	0,9	- 5,7	.	12,2	12,1
Mai	- 4,0	- 3,6	- 5,0	- 1,3	20,0	- 8,9	- 1,9	0,7	- 5,6	.	14,1	0,6
Juni	- 1,7	1,1	- 6,0	- 1,1	14,8	- 8,2	5,5	0,6	- 4,2	.	11,3	31,5
2. Vj.	- 4,5	- 2,2	- 8,1	- 1,2	14,9	- 8,5	1,8	0,7
Juli	- 24,9	- 31,8	- 10,0	- 1,3	- 17,9	- 6,2	- 2,9	0,8	- 4,9	.	17,0	6,0
August	7,9	6,6	10,1	- 1,2	12,7	- 4,9	5,0	1,0	- 6,5	.	18,5	6,9
September	0,6	2,4	- 2,4	- 1,3	- 12,5	- 5,0	- 1,3	1,1	- 5,2	.	21,6	5,0
3. Vj.	- 7,6	- 10,8	- 1,7	- 1,3	- 7,3	- 5,4	0,1	1,0
Oktober	- 1,1	- 4,4	4,6	- 1,7	20,8	- 3,5	1,5	1,2	- 4,8	.	26,5	1,1
November	7,3	2,3	15,5	- 1,7	- 12,6	- 3,1	3,9	1,4	- 5,7	.	28,2	8,6
Dezember	1,9	0,6	4,1	- 1,7	- 10,4	- 3,6	4,6	1,5	- 7,5	.	35,5	- 20,6
4. Vj.	2,7	- 0,5	8,2	- 1,7	- 0,7	- 3,4	3,5	1,3
2000 Januar	8,4	8,2	8,8	- 1,9	- 42,2	- 4,8	1,9	2,0	- 8,1	.	21,6	- 27,8
Februar	12,8	12,2	13,8	- 2,0	- 0,5	- 3,6	9,3	2,1	- 8,9	.	21,2	- 22,4
März	9,2	5,1	15,9	- 2,0	- 5,6	- 4,4	- 3,6	2,1	- 8,6	.	21,1	- 37,7
1. Vj.	10,1	8,2	13,0	- 2,0	- 17,4	- 4,3	1,9	2,1
April	- 1,9	- 1,9	- 1,8	- 1,3	- 9,6	- 4,0	1,7	1,6	- 9,4	.	23,4	- 21,7
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vormonat bzw. dem Vorquartal in % ¹¹⁾												
1999 März	19,5	25,2	11,2	0,0	60,8	- 0,1	30,4	0,2	- 3,6	.	6,9	15,8
1. Vj.	- 3,6	- 6,4	0,9	- 0,6	- 0,6	- 5,8	- 10,5	0,1
April	- 7,7	- 9,2	- 5,2	- 0,6	- 27,2	0,3	- 11,5	0,4	- 2,2	.	2,4	- 15,4
Mai	- 1,7	- 0,9	- 3,2	- 0,1	17,0	- 0,3	- 3,0	0,0	- 3,8	.	- 5,3	- 27,5
Juni	4,9	5,2	4,7	0,1	26,2	0,6	2,8	0,1	- 1,0	.	- 0,9	9,8
2. Vj.	5,5	7,9	1,7	- 0,6	5,4	- 0,6	3,3	0,6
Juli	- 7,2	- 7,0	- 7,3	0,4	- 18,8	1,7	- 1,0	0,5	2,0	.	3,1	- 33,7
August	- 2,5	0,9	- 8,3	0,2	8,7	1,1	- 6,3	0,1	- 2,4	.	- 1,9	- 23,8
September	14,3	10,8	20,9	- 0,1	0,7	—	3,9	- 0,2	- 1,8	.	1,0	18,2
3. Vj.	- 2,0	- 0,2	- 4,6	0,5	4,7	2,7	- 3,2	0,6
Oktober	- 5,0	- 7,2	- 1,4	0,6	5,3	1,4	7,0	—	- 1,0	.	- 5,2	17,0
November	7,1	4,4	11,2	- 0,1	- 40,5	- 1,0	5,4	0,2	- 0,1	.	- 4,7	25,9
Dezember	- 12,7	- 11,2	- 15,0	- 0,5	52,1	- 1,9	11,6	0,2	1,9	.	5,0	- 28,8
4. Vj.	3,1	- 1,4	10,4	- 1,0	- 9,5	0,4	15,6	0,1
2000 Januar	- 0,7	- 3,5	3,8	- 0,4	- 43,1	- 4,0	- 26,1	0,4	4,1	.	6,3	31,1
Februar	8,7	9,8	7,1	- 0,1	19,4	- 1,2	6,0	0,3	- 1,0	.	14,7	21,1
März	15,6	17,2	13,3	0,1	52,5	- 0,8	14,9	0,2	- 3,2	.	6,8	- 7,1
1. Vj.	3,4	1,9	5,4	- 0,8	- 17,3	- 6,6	- 11,8	0,9
April	- 17,0	- 15,3	- 19,7	- 0,1	- 30,3	0,7	- 6,6	- 0,1	- 3,1	.	4,3	6,5

1) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten. Wegen der Umstellung auf die neuen EU-Klassifikationen ab 1995 sind Vorjahresvergleiche nicht möglich. — 2) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 3) Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten. — 4) Wertindex. — 5) Ohne Mehrwertsteuer. — 6) Alle privaten Haushalte. — 7) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. — 8) Bei Monatswerten Stand am Monatsende. — 9) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 10) Bei Monatswerten Stand Monatsmitte. — 11) Gegenüber der letzten Ausgabe teilweise berichtigte Ergebnisse.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1998	1999	1998		1999			2000	
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Okt.	Sept.	Dez.	Jan.	Febr.
BEVÖLKERUNG										
* Bevölkerung am Monatsende ¹⁾	1000	6 032,5	6 042,8	6 036,0	6 035,1	6 051,0	6 051,8	6 052,0
Natürliche Bevölkerungsbewegung:										
* Eheschließungen ²⁾	Anzahl	2 666	2 718	1 652	2 855	2 388	1 785	3 086
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	5,3	5,4	3,3	5,6	4,6	3,6	6,0
* Lebendgeborene ³⁾	"	5 047	4 916	4 522	5 925	4 527	4 781	5 699
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	10,0	9,8	9,1	11,6	8,8	9,6	11,1
* Gestorbene ⁴⁾ (ohne Totgeborene)	"	5 082	5 088	4 947	6 112	4 564	5 244	5 942
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	10,1	10,1	10,0	11,9	8,9	10,5	11,6
* darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	"	24	22	24	39	22	10	25
auf 1000 Lebendgeborene	"	4,8	4,5	5,3	6,6	4,9	2,1	4,4
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	"	- 34	- 172	- 425	- 187	- 37	- 463	- 243
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	- 0,1	- 0,4	- 0,9	- 0,4	- 0,1	- 0,9	- 0,5
Wanderungen:										
* Zuzüge über die Landesgrenzen	Anzahl	13 316	14 164	13 118	12 086	16 238	14 539	12 931
darunter aus dem Ausland	"	5 443	6 186	5 573	4 899	6 777	5 855	4 916
* Fortzüge über die Landesgrenzen	"	12 995	12 591	12 783	12 763	13 981	13 360	12 475
darunter in das Ausland	"	6 000	9 114	6 121	5 873	5 586	6 113	5 243
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	"	320	1 574	335	- 677	2 257	1 179	456
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁵⁾	"	18 531	19 091	19 218	12 152	18 967	21 096	21 644
		1998	1999	1999			2000			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
ARBEITSMARKT										
* Arbeitslose am Monatsende ⁶⁾	Anzahl	254 050	239 257	250 289	244 858	235 675	236 497	228 878	221 800	211 812
* darunter Frauen	"	109 250	105 186	106 744	106 284	103 495	102 187	99 808	98 197	95 085
Männer	"	144 800	134 071	143 545	138 574	132 180	134 310	129 070	123 603	116 727
Ausländer	"	55 070	51 080	54 296	53 171	50 870	49 664	48 534	47 239	45 162
Jugendliche unter 20 Jahren	"	6 339	5 747	5 525	5 144	4 716	5 868	5 574	5 155	4 622
* Arbeitslosenquote ⁷⁾ insgesamt	%	10,0	9,4	9,8	9,6	9,2	9,2	8,9	8,3	7,9
* darunter der Frauen	"	9,7	9,1	9,4	9,4	8,9	8,8	8,6	8,0	7,7
Männer	"	10,3	9,6	10,2	9,8	9,4	9,6	9,2	8,5	8,1
Ausländer	"	18,6	17,2	18,3	17,9	17,2	16,8	16,4	15,4	14,7
Jugendlichen unter 20 Jahren	"	8,9	8,0	7,8	7,3	6,5	8,1	7,7	5,0	4,5
* Offene Stellen am Monatsende ⁶⁾	Anzahl	26 021	30 650	32 639	33 408	31 622	37 020	39 531	41 222	40 438
* Kurzarbeiter (Monatsmitte) ⁶⁾	"	6 505	6 396	10 317	8 733	6 328	6 916	6 424	6 841	5 606
		1997	1998	1997	1998			1999		
		Durchschnitt ¹⁰⁾		Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni
* Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer am Arbeitsort insgesamt ⁸⁾	1000	2 101,3	2 105,3	2 097,0	2 088,3	2 093,0	2 128,8	2 110,9	2 102,7	2 116,0
* darunter Frauen	"	902,8	903,7	900,9	899,6	896,9	911,4	906,7	906,1	908,0
* Ausländer	"	229,1	226,6	225,8	224,8	225,8	229,6	226,0	225,0	227,0
* Teilzeitbeschäftigte	"	297,7	310,0	302,4	306,3	307,7	310,9	315,1	316,2	351,2
* darunter Frauen	"	265,8	272,5	268,0	270,5	271,1	273,4	275,0	274,7	289,2
darunter ausgew. Wirtschaftsabschnitte ⁹⁾ :										
* Bergbau	"	9,2	8,8	8,6	8,7
* darunter Frauen	"	0,9	0,9	0,9	0,9
* Verarbeitendes Gewerbe	"	543,0	535,8	530,2	520,3
* darunter Frauen	"	142,6	139,9	138,2	135,6
* Energie- und Wasserversorgung	"	17,0	17,0	17,6	17,1
* darunter Frauen	"	3,0	2,9	3,2	3,0
* Baugewerbe	"	136,0	129,7	125,7	128,7
* darunter Frauen	"	16,0	15,8	15,4	15,6
* Handel- und Gastgewerbe	"	388,6	384,4	382,7	386,9
* darunter Frauen	"	188,0	186,1	185,4	187,5
* Verkehr- und Nachrichtenübermittlung	"	144,2	144,1	144,5	145,3
* darunter Frauen	"	47,8	47,8	48,2	47,8
* Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	"	139,3	138,9	139,1	138,1
* darunter Frauen	"	68,7	68,4	68,4	67,8
* Grundstücksbesitz, Vermietung, Dienstleistungen für Unternehmen	"	249,2	250,9	253,6	271,9
* darunter Frauen	"	111,1	111,5	113,2	120,1
* öffentliche Verwaltung u. ä.	"	130,7	130,3	129,1	127,1
* darunter Frauen	"	74,9	74,9	74,6	73,1
* öffentliche und private Dienstleistungen (ohne öffentl. Verwaltung)	"	356,6	358,0	357,9	357,1
* darunter Frauen	"	254,2	254,8	254,7	252,5

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Fortschreibungsergebnisse auf der Basis der Bevölkerungsfeststellung vom 25. Mai 1987 (Volkszählung). — 2) Nach dem Ereignisort. — 3) Nach der alleinigen oder der Hauptwohnung der Mutter. — 4) Nach der alleinigen oder Hauptwohnung des Verstorbenen. — 5) Ohne innerhalb der Gemeinden Umgezogene. — 6) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. — 7) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 8) Einschl. Land- und Forstwirtschaft, Fischerei. Quelle: Bundesanstalt für Arbeit. — 9) Auf Grund der Einführung der neuen Wirtschaftszweigsystematik (WZ 93) ist die Vergleichbarkeit mit früheren Erhebungen nicht gewährleistet. — 10) Durchschnitt für die Monate März, Juni, September und Dezember.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1998	1999	1999			2000			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
LANDWIRTSCHAFT										
Schlachtungen ¹⁾ :										
Rinder	Anzahl	8 526	8 088	8 302	10 178	7 705	8 243	8 302	8 813	7 464
Kälber	"	317	341	265	476	245	289	389	260	513
Schweine	"	110 555	108 303	100 833	123 800	102 409	108 663	101 840	100 713	103 570
darunter hausgeschlachtet	"	10 131	9 044	11 861	13 125	9 178	11 986	10 580	9 916	7 853
Schlachtmengen ²⁾ :										
* Gesamtschlachtgewicht	Tonnen	11 755	11 653	10 513	13 484	10 960	11 312	10 823	11 156	11 483
darunter von	"									
* Rindern	"	2 206	2 207	2 097	2 668	2 079	2 145	2 168	2 315	2 086
* Kälbern	"	27	30	18	37	22	28	30	18	46
* Schweinen	"	9 265	9 099	8 218	10 208	8 630	8 933	8 399	8 329	8 778
Geflügel:										
* Erzeugte Konsumeier ³⁾	1000 St.	30 523	30 668	30 764	34 704	32 450	29 689	31 045	35 673	32 666
Milcherzeugung:										
Kuhmilcherzeugung	Tonnen	86 948	87 211	79 846	89 366	91 731	87 481	82 490	86 874	89 528
* darunter an Molkereien u. Händler geliefert	"	81 309	82 275	75 069	84 077	86 612	82 645	77 966	82 038	84 847
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	16,6	16,4	16,3	16,5	17,5	16,1	16,2	16,0	17,0
VERARBEITENDES GEWERBE⁴⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	470,1	464,4	466,5	466,7	463,8	458,0	457,7	458,2	457,7
darunter Arbeiter (einschl. gewerbl. Azubi.)	"	281,3	275,0	277,0	277,2	275,0	269,6	269,7	270,2	268,9
* Geleistete Arbeiterstunden	"	36 485	35 589	34 549	38 930	36 461	34 495	36 042	38 269	32 924
* Bruttolohnsumme	Mill. DM	1 301,1	1 285,7	1 158,0	1 244,5	1 258,3	1 188,4	1 187,7	1 228,2	1 216,1
* Bruttogehaltssumme	"	1 415,7	1 424,5	1 339,0	1 387,6	1 391,4	1 389,3	1 361,1	1 424,7	1 411,8
* Gesamtumsatz (ohne MwSt.)	"	12 838,2	12 763,0	11 162,6	13 928,4	12 469,9	11 506,7	12 250,3	14 648,1	12 030,7
* darunter Auslandsumsatz	"	4 285,7	4 278,5	3 856,3	4 864,2	4 237,0	4 132,7	4 567,2	5 547,0	4 417,8
Exportquote ⁵⁾	%	33,4	33,5	34,5	34,9	34,0	35,9	37,3	37,9	36,7
Index der Nettoproduktion insgesamt ⁶⁾										
insgesamt	1991 = 100	95,1
darunter	"									
Vorleistungsgüterproduzenten	"	101,0
Investitionsgüterproduzenten	"	82,9
Gebrauchsgüterproduzenten	"	70,7
Verbrauchsgüterproduzenten	"	84,9
Index der Nettoproduktion im Verarbeitenden Gewerbe ⁷⁾										
insgesamt	1991 = 100	95,3
darunter	"									
Chemische Industrie	"	91,8
Maschinenbau	"	84,0
Fahrzeugbau	"	107,9
Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik usw.	"	83,3
Volumenindex des Auftragseingangs ⁷⁾										
insgesamt	1995 = 100 % ⁸⁾	3,0	- 6,8	- 17,9	- 15,2	- 7,6	8,4	12,8	9,2	- 1,9
davon	"									
Vorleistungsgüterproduzenten	"	2,5	- 1,9	- 13,7	- 7,1	- 6,0	12,4	15,1	7,9	1,2
Investitionsgüterproduzenten	"	7,6	- 14,3	- 29,9	- 25,6	- 13,6	2,7	17,7	11,3	- 8,0
Gebrauchsgüterproduzenten	"	- 7,2	- 8,8	- 20,6	- 23,0	- 8,4	5,4	18,8	23,9	38,4
Verbrauchsgüterproduzenten	"	- 6,7	- 1,2	6,3	- 11,0	5,8	- 0,2	- 10,5	4,8	- 9,1
Volumenindex des Auftragseingangs nach ausgewählten Branchen:										
Chemische Industrie	% ⁸⁾	- 1,6	- 2,3	- 4,7	- 7,3	- 3,0	9,5	7,0	9,9	- 1,8
Maschinenbau	"	- 0,7	- 5,9	- 14,7	- 13,8	- 4,8	13,3	21,2	24,2	5,6
Kraftwagen und -teile	"	6,0	- 20,0	- 49,0	- 37,2	- 19,8	- 3,0	4,5	- 18,2	- 37,8
Herstellung von Metallzeugnissen	"	4,3	- 1,4	- 0,9	- 7,1	0,1	7,0	15,3	8,5	- 4,4
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	2 540,3	2 278,0	1 575,7	2 103,9	1 644,7	2 900,8	2 721,6
* Stromverbrauch ⁹⁾	"	2 746,4	2 714,2	2 876,2	2 991,6	2 661,7	3 160,1	3 440,4

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Gewerbliche und Hauschlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. — 2) Gewerbliche Schlachtungen (ohne Geflügel); einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. — 3) In Betrieben ab 3000 Hennenhaltungsplätzen. — 4) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 5) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. — 6) Kalendermonatlich. — 7) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 8) Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Vorjahresmonat. — 9) Ohne Pumpstromverbrauch und ohne Übertragungsverluste; ohne Eigenverbrauch der Kraftwerke.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1998	1999	1999			2000			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
BAUGEWERBE										
B a u h a u p t g e w e r b e¹⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	63,8	62,1	60,6	60,6	60,8	61,1	60,4	59,9	60,3
darunter										
Facharbeiter ²⁾	"	33,5	32,6	31,3	31,6	31,9	32,4	31,9	31,6	31,8
Fachwerker und Werker	"	10,2	9,8	9,4	9,1	9,3	9,1	9,0	9,1	9,3
gewerblich Auszubildende	"	3,2	3,1	3,1	3,1	3,1	3,0	3,0	3,0	3,0
* Geleistete Arbeitsstunden	"	5 916	5 923	3 932	6 058	6 175	4 081	5 047	5 905	5 585
darunter für den										
Wohnungsbau	"	2 183	2 262	1 552	2 221	2 332	1 596	1 949	2 293	2 186
gewerblichen und industriellen Bau	"	1 849	1 812	1 351	1 934	1 927	1 380	1 663	1 716	1 607
öffentlichen und Verkehrsbau	"	1 826	1 817	1 011	1 877	1 897	1 092	1 415	1 868	1 760
* Bruttolohnsumme ³⁾	Mill. DM	191,9	190,4	133,5	174,0	203,7	162,3	155,1	175,7	186,7
* Bruttogehaltssumme	"	85,3	80,9	76,1	78,3	83,2	79,5	74,8	73,8	78,0
Baugewerblicher Umsatz (ohne MwSt.)	"	975,1	1 039,2	708,5	888,8	914,3	620,4	707,2	930,1	871,2
* Index des Auftragseingangs ⁴⁾	1995 = 100	83,1	86,6	61,8	99,3	72,3	51,5	61,4	93,7	65,4
darunter										
Wohnungsbau	"	69,1	66,5	47,0	67,6	67,2	36,2	50,5	62,0	61,3
gewerblicher und industrieller Bau	"	85,4	90,9	68,8	110,9	60,6	68,6	75,3	91,6	59,5
öffentlicher und Verkehrsbau	"	88,1	92,4	61,2	102,3	89,6	38,6	50,3	113,8	74,9
A u s b a u g e w e r b e⁵⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	26,2	25,2	.	25,4	.	.	.	24,5	.
* Geleistete Arbeitsstunden	"	7 719	7 316	.	7 161	.	.	.	7 075	.
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mill. DM	339,2	330,5	.	320,9	.	.	.	322,7	.
* Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne MwSt.)	"	1 115,2	1 036,3	.	904,0	.	.	.	1 007,4	.
BAUGENEHMIGUNGEN										
* Wohngebäude (Neu- und Wiederaufbau) ⁶⁾	Anzahl	995	1 048	827	1 163	1 035	734	926	951	1 020
darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	"	866	932	720	1 040	920	657	846	843	910
* Umbauter Raum der Wohngebäude ⁶⁾	1000 m ³	1 122	1 151	970	1 299	1 209	828	1 031	1 101	1 190
* Wohnfläche in Wohngebäuden ⁶⁾	1000 m ²	211	213	176	235	221	148	184	198	221
* Veranschlagte reine Baukosten der Wohngebäude ⁷⁾	1000 DM	599 957	645 188	503 245	685 823	607 778	430 313	504 971	565 396	585 766
* Nichtwohngebäude (Neu- u. Wiederaufbau) ⁶⁾	Anzahl	238	271	209	232	279	195	191	208	276
* Umbauter Raum der Nichtwohngebäude ⁶⁾	1000 m ³	684	808	645	950	775	578	618	735	857
* Nutzfläche in Nichtwohngebäuden ⁶⁾	1000 m ²	164	190	152	220	183	122	121	172	199
* Veranschlagte reine Baukosten der Nichtwohngebäude ⁷⁾	1000 DM	310 505	348 572	260 081	393 889	362 215	240 935	228 927	381 725	332 956
* Wohnungen insgesamt ⁸⁾	Anzahl	2 411	2 278	1 844	2 554	2 389	1 495	1 943	2 077	2 236
* Wohnräume insgesamt ⁸⁾	"	11 851	11 744	9 560	13 096	11 807	8 180	10 016	10 987	11 743
EINZELHANDEL UND GASTGEWERBE										
E i n z e l h a n d e l										
* Index der Umsätze ⁹⁾ — real	1995 = 100	99,9	100,8	87,5	113,7	100,4	89,5	94,6	108,5	101,5
* Index der Umsätze ⁹⁾ — nominal	"	101,5	102,8	88,8	115,8	102,5	91,6	97,1	111,6	104,2
darunter (Einzelhandel mit)										
Waren verschiedener Art ¹⁰⁾	"	101,9	101,7	89,2	109,5	100,4	93,5	94,5	106,4	104,0
Kraftfahrzeugen ¹¹⁾ ; Tankstellen	"	112,2	115,8	97,7	145,6	127,7	92,4	105,4	136,5	112,2
Apotheken ¹²⁾	"	114,1	118,4	112,8	126,0	113,6	115,7	117,5	125,7	116,6
Bekleidung	"	88,8	86,4	61,3	91,0	83,8	78,1	73,2	82,0	90,1
Möbeln, Einrichtungsgegenständen ¹³⁾	"	97,6	95,5	86,5	107,7	91,4	86,3	95,2	103,3	92,3
Metallwaren und Anstrichmitteln ¹⁴⁾	"	97,1	97,7	71,0	105,0	105,4	80,3	90,5	117,9	129,3
* Beschäftigte im Einzelhandel (Index)	"	93,8	90,7	92,4	92,7	90,3	87,8	87,9	88,0	88,9
G a s t g e w e r b e										
* Index der Umsätze ⁹⁾ — real	1995 = 100	91,4	91,8	84,4	92,6	90,1	82,8	84,1	93,0	89,3
* Index der Umsätze ⁹⁾ — nominal	"	94,8	96,3	87,7	96,0	93,9	86,5	88,5	97,4	94,5
darunter										
Hotels, Gasthöfe, Pensionen, Hotels garnis	"	100,3	103,0	91,9	103,7	94,4	91,4	98,3	105,2	94,0
Restaurants, Cafés, Eisdielen, Imbisshallen	"	91,4	91,9	81,0	91,6	91,8	82,6	82,8	90,7	94,7
Kantinen und Caterer	"	98,3	106,3	105,2	109,0	103,7	97,5	96,3	113,5	106,8
* Beschäftigte im Gastgewerbe (Index)	"	94,8	89,3	90,6	92,1	91,1	82,4	83,4	84,1	88,8

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau. Nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse. — 2) Einschl. Polieren und Meistern. — 3) Einschl. Entgelten für Poliere und Meister. — 4) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 5) Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe. Ab 1997 Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). Ergebnisse nach der neuen EU-Klassifikation liegen erst ab Januar 1996 vor. Vorjahresvergleiche sind nicht möglich. — 6) Ohne Gebäudeteile. — 7) Einschl. Gebäudeteilen. — 8) In Wohn- und Nichtwohngebäuden; alle Baumaßnahmen. — 9) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtigte Ergebnisse. — 10) Vor allem Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Supermärkte. — 11) Sowie mit Kraftfahrzeugteilen und -zubehör. — 12) Sowie Drogerien und Einzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln. — 13) Sowie Hausrat. — 14) Sowie Bau- und Heimwerkerbedarf.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1998	1999	1999			2000			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
AUSSENHANDEL										
* A u s f u h r (Spezialhandel) insgesamt ¹⁾	Mill. DM	4 404,9	4 212,1	4 143,4	4 455,7	4 055,6	3 868,1	4 969,8
davon	"									
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	106,4	104,7	81,9	99,8	109,5	117,7	90,5
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	4 298,4	4 107,4	4 061,5	4 355,8	3 946,1	3 750,4	4 879,2
davon	"									
* Rohstoffe	"	38,3	36,6	42,2	47,8	36,4	35,1	47,9
* Halbwaren	"	332,6	322,2	315,8	368,1	341,0	317,6	395,5
* Fertigwaren	"	3 927,5	3 748,5	3 703,5	3 939,9	3 568,8	3 397,7	4 435,9
davon	"									
* Vorerzeugnisse	"	734,1	745,9	745,9	691,2	623,5	622,1	1 013,4
* Enderzeugnisse	"	3 193,5	3 002,7	2 957,6	3 248,8	2 945,3	2 775,6	3 422,5
Unter den Fertigwaren waren										
chemische Erzeugnisse	"	1 029,0	1 047,3	1 280,2	1 066,0	844,6	807,1	1 519,7
Maschinen	"	740,4	666,2	638,0	736,7	676,7	595,8	734,4
Fahrzeuge	"	692,2	587,4	550,3	652,3	602,2	620,5	586,8
elektrotechnische Erzeugnisse	"	485,2	472,3	413,2	513,3	437,3	470,5	525,6
Eisen- und Metallwaren	"	312,1	302,8	258,0	266,5	291,0	279,3	332,4
Ausfuhr nach ausgew. Verbrauchsländern:										
* EU-Länder ²⁾	"	2 367,8	2 300,1	2 515,9	2 186,4	2 237,2	2 044,1	2 845,1
darunter	"									
Vereinigtes Königreich	"	392,0	364,3	324,0	348,2	344,9	314,2	451,0
Frankreich	"	434,5	417,0	606,7	426,7	400,4	325,7	567,0
Italien	"	301,2	298,8	337,8	290,7	269,2	259,7	431,4
Niederlande	"	265,9	266,7	312,2	246,6	268,1	262,3	295,8
Belgien-Luxemburg	"	295,0	221,4	186,7	204,9	197,9	200,8	271,0
Österreich	"	219,4	236,4	227,9	213,8	274,3	211,0	239,2
EFTA-Länder ³⁾	"	239,6	234,9	216,0	288,4	225,2	203,7	228,1
darunter	"									
Schweiz	"	199,0	199,1	182,5	245,6	194,4	171,5	195,2
Norwegen	"	37,6	32,5	30,9	39,3	27,4	29,1	28,8
USA	"	453,1	429,1	343,3	502,0	426,1	412,1	524,1
* E i n f u h r (Generalhandel) insgesamt ¹⁾	"	6 609,3	7 173,5	6 498,0	7 551,6	7 309,3	7 311,6	7 271,2
davon	"									
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	321,4	322,2	284,4	315,6	306,5	373,5	313,8
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	6 287,9	6 851,3	6 213,6	7 236,0	7 002,8	6 938,1	6 957,4
davon	"									
* Rohstoffe	"	78,9	77,0	67,0	85,7	69,4	53,0	93,6
* Halbwaren	"	576,2	699,3	408,6	555,2	507,2	555,9	592,5
* Fertigwaren	"	5 632,8	6 074,9	5 737,9	6 595,1	6 426,3	6 329,2	6 271,3
davon	"									
* Vorerzeugnisse	"	725,2	669,5	733,8	707,6	781,6	756,8	724,7
* Enderzeugnisse	"	4 907,6	5 405,5	5 004,1	5 887,6	5 644,7	5 572,4	5 546,6
* Einfuhr aus EU-Ländern ²⁾	"	3 341,6	3 372,3	3 374,9	3 523,8	3 582,5	3 642,0	3 319,0
FREMDENVKKEHR⁴⁾										
* Gästeankünfte	1000	728	763	626	720	712	623	684	756	732
darunter von Auslands Gästen	"	187	191	170	177	162	165	174	176	173
* Gästeübernachtungen	"	1 904	2 000	1 631	1 847	1 842	1 662	1 787	1 919	1 988
darunter von Auslands Gästen	"	360	370	380	354	293	366	386	351	327
Gästeübernachtungen nach Berichtsgemeindegruppen:										
Heilbäder	"	573	600	503	531	564	493	534	594	618
Luftkurorte	"	134	133	84	94	116	77	83	92	113
Erholungsorte	"	95	94	66	64	84	59	61	64	96
Sonstige Gemeinden	"	1 102	1 173	977	1 158	1 077	1 034	1 108	1 168	1 159
darunter Großstädte	"	488	526	486	550	468	529	566	567	508
VERKEHR										
B i n n e n s c h i f f f a h r t										
Güterumschlag insgesamt	1000 t	1 248	1 301	1 071	1 632	1 338	1 052	1 339	1355	...
davon	"									
* Güterversand	"	208	205	195	225	209	183	212	303	...
* Güterempfang	"	1 045	1 096	876	1 407	1 129	870	1 127	1 052	...

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ab Januar 1999 vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausführergebnissen nicht vertretbar. — 2) Mitgliedsländer nach dem Stand von Januar 1995 (Frankreich, Belgien-Luxemburg, Niederlande, Italien, Vereinigtes Königreich, Rep. Irland, Dänemark, Griechenland, Spanien, Portugal, Schweden, Finnland, Österreich). — 3) Mitgliedsländer nach dem Stand vom Januar 1997 (Island, Norwegen, Liechtenstein, Schweiz). —

4) Alle Beherbergungsstätten mit mindestens 9 Betten, einschl. Jugendherbergen und Kinderheimen. Besteht eine Gemeinde aus mehreren Ortsteilen, so werden die Ortsteile mit Fremdenverkehr jeweils der in Frage kommenden Gemeindegruppe zugeordnet. Die Gemeindegruppe „Erholungsorte“ enthält nur noch die staatlich anerkannten Erholungsorte; die bisherigen „Erholungsorte ohne Prädikat“ werden der Gruppe „Sonstige Gemeinden“ zugeordnet.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1998	1999	1999			2000			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
Noch: VERKEHR										
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ¹⁾ darunter	Anzahl	36 261	34 124	30 002	50 208	41 166	25 824	30 281	43 752	...
Personenkraftwagen (einschl. Kombi)	"	31 978	29 759	26 862	42 120	34 781	23 464	26 381	34 530	...
* Lkw (auch mit Spezialaufbau)	"	1 704	1 877	1 432	2 371	2 127	1 466	1 735	2 177	...
Krafträder (einschl. Kraftrollern)	"	2 090	2 073	1 376	4 994	3 610	550	1 634	5 898	...
Zugmaschinen (zulassungspflichtige)	"	275	297	195	367	352	213	290	346	...
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personenschaden	"	2 174	2 310	1 715	2 109	2 152	1 827	1 967	2 057	2 037
* Getötete Personen ²⁾	"	45	47	28	36	43	34	44	32	39
* Verletzte Personen	"	2 934	3 111	2 346	2 821	2 865	2 520	2 621	2 770	2 748
Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen ³⁾										
Beförderte Personen	1000	38 403	37 353	.	113 943	.	.	.	122 809	...
davon im										
Linienverkehr ⁴⁾	"	37 875	36 883	.	113 058	.	.	.	121 877	...
Gelegenheitsverkehr	"	528	469	.	884	.	.	.	931	...
Gefahrene Wagenkilometer	1000 km	24 159	23 547	.	60 838	.	.	.	65 461	...
davon im										
Linienverkehr ⁴⁾	"	18 938	18 640	.	53 026	.	.	.	57 689	...
Gelegenheitsverkehr	"	5 221	4 908	.	7 813	.	.	.	7 772	...
Einnahmen	1000 DM	80 971	75 526	.	200 381	.	.	.	209 746	...
davon aus										
Linienverkehr ⁴⁾	"	66 591	61 015	.	177 970	.	.	.	187 975	...
Gelegenheitsverkehr	"	14 379	14 511	.	22 411	.	.	.	21 771	...
GELD UND KREDIT										
Banken ⁵⁾										
Kredite an Nichtbanken insgesamt ⁶⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	877 727	920 746	.	836 874
darunter										
Kredite an inländische Nichtbanken ⁶⁾	"	726 864	764 951	.	702 227
davon										
kurzfristige Kredite	"	104 558	120 360	.	109 002
Kredite über 1 Jahr ⁷⁾	"	622 306	644 591	.	593 225
Einlagen und aufgenommene Gelder ⁶⁾ von Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	581 386	685 448	.	623 030
Zahlungsschwierigkeiten										
* Insolvenzen insgesamt	Anzahl	209	201	191	183	175	207	203	230	...
davon										
von Unternehmen, einschl. Kleingewerbe ⁸⁾	"	164	155	146	147	146	158	140	168	...
von privaten Personen und Nachlässe ⁹⁾	"	45	45	45	36	29	49	63	62	...
* Beantragte Insolvenzen ¹⁰⁾	"	209	201	191	183	175	207	203	230	...
* darunter mangels Masse abgelehnt	"	161	133	154	122	123	129	100	117	...
PREISE										
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte insgesamt	1995 = 100	104,1	105,0	104,2	104,4	104,8	106,1	106,4	106,6	106,5
darunter										
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	"	102,9	102,1	103,1	103,2	103,5	101,3	101,9	101,6	101,8
Bekleidung, Schuhe	"	102,4	103,4	103,0	103,3	103,3	103,9	104,0	104,1	104,0
Wohnung, Wasser, Strom, Gas ¹¹⁾	"	105,4	107,4	106,0	106,5	107,4	108,9	109,1	109,5	109,5
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt ¹²⁾	"	101,9	102,2	102,2	102,2	102,2	102,2	102,1	102,1	102,2
Verkehr (einschl. Kraftstoffe)	"	105,0	107,9	104,7	104,9	107,3	111,9	112,2	113,5	112,4
Nachrichtenübermittlung	"	97,2	88,0	88,8	89,9	88,6	87,2	85,6	84,5	84,3
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	"	102,8	103,4	104,1	103,8	101,5	103,8	105,2	105,0	104,9
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	"	102,1	103,0	101,8	101,6	102,0	102,5	103,1	102,6	103,4
* Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen	1995 = 100	103,9	104,9	104,1	104,2	104,8	105,8	106,1	106,2	106,2
* Preisindex für Wohngebäude (Neubau) ¹³⁾	1995 = 100	100,0 ¹⁴⁾	100,2 ¹⁴⁾	99,9	.	.	.	101,0	.	.

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ohne Fahrzeuge mit DB- bzw. BP-Kennzeichen. Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. — 2) Einschl. der innerhalb 30 Tagen an den Unfallfolgen Gestorbenen. — 3) Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.); Jahresdurchschnitt = Monatsdurchschnitt; nur Unternehmen mit 6 oder mehr Bussen. — 4) Allgemeiner Linienverkehr, Sonderformen des Linienverkehrs (Berufsverkehr, Schüler-, Markt- und Theaterfahrten), freigestellter Schülerverkehr. — 5) Die Angaben umfassen die in Hessen gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne Filialnetz) sowie ohne Postgiro- und Postsparkassenämter. — 6) Einschl. durchlaufender Kredite. — 7) Ohne durchlaufende Kredite. — 8) Bis einschl. 1998 ohne Kleingewerbe. — 9) Bis einschl. 1998 „von übrigen Gemeinschaftsdernern“. — 10) Bis einschl. 1998 „Beantragte Konkurse“. — 11) Und andere Brennstoffe. — 12) Sowie deren Instandhaltung. — 13) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk. — 14) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Februar, Mai, August und November.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1998	1999	1999			2000			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
STEUERN										
Steueraufkommen insgesamt ¹⁾	Mill. DM	5 930,0	6 486,1	5 693,9	6 636,5	5 565,4	7 712,7	6 141,5	5 695,4	...
davon	"	5 157,3	5 707,7	4 781,9	5 698,2	4 728,6	7 129,3	5 094,3	4 895,2	...
Gemeinschaftsteuern	"	2 413,3	2 710,1	2 329,0	2 247,9	2 539,8	2 816,3	2 468,7	2 564,7	...
davon	"	52,4	116,0	- 245,6	312,0	- 108,6	- 127,0	- 120,4	431,3	...
Lohnsteuer ²⁾	"	324,7	344,9	37,4	411,2	277,6	1 183,1	168,6	144,7	...
veranlagte Einkommensteuer	"	352,0	360,5	486,0	406,0	517,7	843,3	565,6	421,7	...
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	424,1	425,9	31,7	1 117,5	- 125,4	313,8	49,5	166,9	...
Zinsabschlag ²⁾	"	1 353,8	1 496,9	1 977,2	844,7	1 343,0	1 869,3	1 666,7	889,4	...
Körperschaftsteuer ²⁾	"	237,0	253,5	166,2	358,9	284,5	230,5	295,6	276,4	...
Umsatzsteuer	"	448,0	458,0	615,6	597,6	399,6	325,0	701,5	456,3	...
Einfuhrumsatzsteuer	"	94,3	91,0	47,5	81,9	91,1	- 1,0	43,2	58,4	...
Bundessteuern	"	109,9	112,0	428,9	149,9	82,6	66,2	493,6	100,6	...
darunter	"	31,2	28,3	34,7	50,6	30,2	24,7	22,7	24,4	...
Mineralölsteuer	"	240,8	242,3	254,0	290,2	277,6	263,1	257,3	319,5	...
Versicherungsteuer	"	9,2	11,1	3,0	12,7	28,4	2,5	3,8	8,6	...
Zölle ³⁾	"	36,8	36,3	53,2	37,7	30,0	33,8	46,2	49,4	...
Landessteuern	"	67,4	77,3	55,4	106,1	90,0	99,3	77,8	135,7	...
darunter	"	95,9	86,5	81,1	104,0	99,1	100,0	82,2	103,0	...
Vermögenssteuer	"	52,8	49,8	7,6	0,0	129,5	- 29,4	65,6	0,0	...
Erbschaftsteuer	"									
Grundwerbsteuer	"									
Kraftfahrzeugsteuer	"									
Gewerbsteuerumlage	"									
		1998	1999	1998	1999			2000		
		Durchschnitt ⁴⁾		Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni
Kassenmäßiges Steueraufkommen	Mill. DM	2 801,9	3 039,8	3 697,8	1 776,3	2 727,5	3 158,1	4 497,1	2 059,0	...
der Gemeinden und Gemeindeverbände	"	8,5	8,4	6,9	8,2	8,4	10,1	6,9	8,4	...
davon	"	288,3	293,7	242,5	261,0	336,8	334,3	242,7	280,0	...
Grundsteuer A	"	1 366,2	1 497,0	1 352,6	1 205,7	1 208,6	1 642,3	1 931,4	1 315,7	...
Grundsteuer B	"	1 011,5	1 064,7	1 878,6	259,6	1 037,5	1 039,1	1 922,6	385,6	...
Gewerbsteuer nach Ertrag und	"	35,2	36,8	29,7	37,3	40,5	37,4	32,1	36,4	...
Kapital (brutto)	"									
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	"									
andere Steuern ⁵⁾	"									
		1998	1999	1998	1999			2000		
		Durchschnitt ⁶⁾		Okt.	Jan.	April	Juli	Okt.	Jan.	April
LÖHNE UND GEHÄLTER										
Arbeiterverdienste										
im Produzierenden Gewerbe ⁷⁾										
* Bruttomonatsverdienst insgesamt	DM	4 515	4 617	4 599	4 487	4 579	4 637	4 681	4 603	...
* Männliche Arbeiter	"	4 678	4 781	4 769	4 647	4 741	4 800	4 846	4 754	...
darunter Facharbeiter	"	4 966	5 085	5 070	4 945	5 058	5 105	5 145	5 046	...
* Weibliche Arbeiter	"	3 426	3 516	3 450	3 443	3 485	3 525	3 559	3 573	...
darunter Hilfsarbeiterinnen	"	3 158	3 229	3 165	3 166	3 194	3 238	3 271	3 341	...
* Bruttostundenverdienst insgesamt	"	27,67	28,20	28,04	27,89	28,05	28,25	28,39	28,63	...
* Männliche Arbeiter	"	28,58	29,10	28,96	28,84	28,96	29,14	29,27	29,56	...
darunter Facharbeiter	"	30,59	31,27	31,08	30,99	31,13	31,27	31,47	31,81	...
* Weibliche Arbeiter	"	21,45	21,99	21,61	21,63	21,82	22,04	22,21	22,28	...
darunter Hilfsarbeiterinnen	"	19,63	19,98	19,69	19,70	19,80	20,02	20,17	20,62	...
Angestelltenverdienste										
(Bruttomonatsverdienste)										
* im Produzierenden Gewerbe	"	6 558	6 715	6 630	6 572	6 705	6 738	6 763	6 755	...
* kaufmännische Angestellte	"	6 150	6 329	6 211	6 199	6 312	6 343	6 383	6 407	...
* männliche Angestellte	"	7 036	7 222	7 110	7 083	7 217	7 227	7 281	7 336	...
* weibliche Angestellte	"	5 098	5 252	5 143	5 146	5 228	5 280	5 291	5 262	...
* technische Angestellte	"	6 906	7 052	6 983	6 896	7 047	7 086	7 095	7 064	...
* männliche Angestellte	"	7 057	7 204	7 136	7 048	7 202	7 240	7 242	7 206	...
* weibliche Angestellte	"	5 435	5 590	5 481	5 453	5 560	5 606	5 655	5 729	...
* in Handel, Kredit- u. Versicherungsgewerbe ⁸⁾	"	5 346	5 588	5 398	5 475	5 606	5 601	5 616	5 628	...
insgesamt	"	5 367	5 613	5 416	5 506	5 634	5 627	5 634	5 657	...
* kaufmännische Angestellte	"	5 978	6 254	6 023	6 123	6 293	6 262	6 280	6 332	...
* männliche Angestellte	"	4 600	4 808	4 646	4 732	4 817	4 825	4 820	4 811	...
* weibliche Angestellte	"									

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Einschl. Gewerbesteuerumlage. — 2) Vor Zerlegung. — 3) Einschl. Zoll-Euro. — 4) Vierteljahresdurchschnitte. — 5) Und steuerähnliche Einnahmen. — 6) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Januar, April, Juli und Oktober. — 7) Neuer Berichtskreis im Bereich des Produzierenden Gewerbes. — 8) Sowie bei Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern.

Der Kurzschluss der Marktwirtschaft

Instrumentalisierung und Emanzipation des Konsumenten. Von Helmut Steiner, Band 9 der Reihe „Beiträge zur ganzheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftslehre“, 245 Seiten, kartoniert, 128,00 DM; Verlag Duncker & Humblot, Berlin, 1999.

Die Marktwirtschaft hat ihr Ziel, Überwindung der Not und Massenwohlstand, seit langem erreicht. So vollständig erreicht, dass die Konsumgesellschaft als ganze, empirisch belegt, durch weitere Wohlstandssteigerung nicht mehr zufriedener wird. Dennoch beharrt die Ökonomie auf dem Axiom der Knappheit im Konsumbereich und auf dem Vorrang des überholten Ziels Konsumsteigerung. Die darauf abzielenden Funktionsmechanismen der Marktwirtschaft, vor allem das Konkurrenzsystem, werden gegenwärtig sogar radikalisiert, während Notwendigkeiten von heute — Arbeit für alle, soziale Absicherung, Umweltschutz — zurückstehen müssen. Die Humanität der Sozialen Marktwirtschaft kommt unter die Räder. Der Kurzschluss der real existierenden Marktwirtschaft ist durch Veränderung ihres Stellenwertes in der Gesellschaft entstanden. Sie ist vom Mittel zum Selbstzweck geworden. Der vom Systemkonzept als einziger Zweck der Wirtschaft gesetzte autonome Konsument wird als Wirtschaftsmittel instrumentalisiert. Anstatt seine Bedürfnisse zu befriedigen, wird er mit riesigem Aufwand unentwegt neu bedürftig gemacht, wobei gleichzeitig die Bedürfnisse der Gesamtgesellschaft und die Bereitschaft des Einzelnen, sich an deren Erfüllung zu beteiligen, in den Hintergrund treten. Die Wirtschaft perpetuiert die Verhaltensmuster der Not und verwehrt der Gesellschaft den im Überfluss möglich gewordenen Eintritt ins Reich der Freiheit. In der vorliegenden Untersuchung beleuchtet der Autor die Entfremdungslasten des Konsumenten, des Gemeinwesens und der Wirtschaft schlaglichtartig. Er konzentriert sich auf das Zustandekommen des Systemfehlers infolge der Absenz der Kulturbereiche bei der Bedürfnisbildung und auf die so entstandene, kaum beachtete Lücke im marktwirtschaftlichen Ordnungsrahmen. Schließlich schlägt Helmut Steiner eine Problemlösung durch nicht-legistische Ergänzung des Ordnungsrahmens vor.

6930

Das Recht der Ratsfraktionen

Darstellung. Von H. Meyer, 100 Seiten, kartoniert, 22,80 DM, Kommunal- und Schul-Verlag, 1994, Wiesbaden.

Bei den Entscheidungen auf der kommunalpolitischen Ebene spielen die Fraktionen in Gemeinden, Städten und Landkreisen eine gewichtige Rolle. Beispielsweise erfolgt auch die Weichenstellung für die Sach- und Personalpolitik mit der parteipolitischen Durchdringung der kommunalen Selbstverwaltung zunehmend in den Fraktionen. So beleuchtet der Autor zunächst die Bedeutung der Fraktionen aus Sicht von Volksvertretung, Ratsmitgliedern, Wählern und Parteien, bevor er Bildung, Mitgliedschaft und Beendigung von Fraktionen als freiwilligen Zusammenschlüssen von Ratsmitgliedern mit gemeinsamer politischer Grundüberzeugung reflektiert. In der anschließenden Betrachtung der Fraktionsrechte werden Antrags-, Initiativ-, Kontroll-, Informations-, Vorschlags- und Entsendungsrechte erörtert. Die verfahrens- und materiellrechtlichen Voraussetzungen eines Fraktionsausschlusses werden wegen ihrer einschneidenden Wirkungen besonders gewürdigt. Einen weiteren Schwerpunkt legt der Autor mit der kritischen Darstellung der Finanzierung der Fraktionen in den Kommunen. Ein tiefgegliedertes Inhaltsverzeichnis, je ein ausführliches Abkürzungs- und Literaturverzeichnis sowie ein übersichtliches Stichwortverzeichnis runden die praxisbezogene und leicht verständliche Behandlung des Themas ab und machen die Broschüre zu einer eingehenden Information für jeden, der über das Recht der Ratsfraktionen gute Kenntnisse benötigt.

6933

Verfassung des Landes Hessen

Kommentar. Von K. R. Hinkel, 326 Seiten, kartoniert, 59,80 DM, Kommunal- und Schul-Verlag, Wiesbaden, 1999.

Als älteste geltende Nachkriegsverfassung eines deutschen Bundeslandes hat sich die Verfassung des Landes Hessen vom 1.12.1946 als verlässliche Rahmenordnung und leistungsfähiges Organisationsstatut bewährt. Gleichwohl ist angesichts der Überlagerungen durch Bundesrecht und Europäisches Gemeinschaftsrecht das geltende hessische Verfassungsrecht selbst für Verfassungsjuristen zunehmend schwieriger geworden. Der vorliegende Kurzkommentar trägt mit seinen praxisnahen und gut verständlichen Erläuterungen zum besseren Verständnis des hessischen Verfassungsrechts bei. Verfassungsrechtliche und verfassungspolitische Tatbestände werden in einen logischen Zusammenhang gebracht. Damit eignet sich der Kommentar auch für die Ausbildungs- und Rechtspraxis sowie für interessierte Bürger. Nicht nur die rechtliche Verzahnung zwischen Bundes- und Landesverfassungsrecht, sondern auch das Bedürfnis an einer zusammenfassenden Darstellung praxisrelevanter verfassungsrechtlicher Betrachtungen und die Berücksichtigung wesentlicher Lernziele gaben Veranlassung, die Ausführungen der Verfassung des Landes Hessen in bestimmten Bereichen auszuweiten. Dabei wird auch auf bestehende Spannungen zwischen Verfassungstheorie und –wirklichkeit eingegangen. Die Ausgabe enthält eine informative und umfassende Einführung, den Verfassungstext und im Anhang das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland.

6934

Marktforschung

Richtig informiert über Märkte und Kunden. Von A. Krämer und G. Wilder, aus der Reihe STS-TaschenGuides, 128 Seiten, kartoniert, 12,90 DM, STS Verlag, Planegg, 1999.

Das Schlagwort „Kundenorientierung“ ist in aller Munde. Kundenorientierung bedeutet auch dass die Unternehmer mehr und besser über ihre Kunden Bescheid wissen sollten. Zielgruppen müssen identifiziert und gezielt angesprochen werden. Zur Bewältigung dieser Aufgaben bietet die Marktforschung (Mafo) das geeignete Instrumentarium. Der vorliegende TaschenGuide behandelt in knappen, aber präzisen Ausführungen die Bereiche „Ziele und Formen der Mafo“, „Die Mafo vorbereiten“, „Die Daten erheben und auswerten“, „Fragebogen richtig konzipieren“ und die „Erfolgskontrolle“. Die Broschüre ist für alle geeignet, die einen knappen, aber präzisen Einstieg in das Thema „Marktforschung“ suchen oder ihr Wissen ohne großen Aufwand auffrischen wollen. Tipps und Checklisten runden die Broschüre ab.

6938

Ergänzungslieferungen zu Loseblatt-Werken

Hessisches Beamtengesetz mit Beamtenversorgungsgesetz

Kommentar von Dr. J. Crisolli, M. Schwarz, J. Gerke und K. H. Schmidt, Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. 322. Erg.-Lfg. vom November 1999, in 3 Kunstlederordnern mit rd. 2600 Seiten) 70,00 DM; Hermann-Luchterhand-Verlag, Neuwied am Rhein und Berlin-Spandau, 1999.

2294/50

Das gesamte öffentliche Dienstrecht

Ergänzbare Handbuch der Personalverwaltung und Personalvertretungspraxis. Von F. Bieler und K. Ebert, 2., neugestaltete Auflage, Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. Lieferung 1/99 vom September 1999, 2110 Seiten in Spezialordner) 168,00 DM; Erich-Schmidt-Verlag, Berlin, 1999.

4600/37

Berufsbildung im öffentlichen Dienst

Ergänzbares Textsammlung des Berufsbildungsrechts des Bundes, der Länder, der Gemeinden und sonstigen öffentlich-rechtlichen Körperschaften. Herausgegeben von Dr. F. Bieler und B. Bieler, Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. Lieferung 2/99 vom September 1999, 5612 Seiten in 3 Spezialordnern) 248,00 DM; Erich-Schmidt-Verlag, Berlin, 1999.

4894/32

Den kommunalen Haushaltsplan richtig lesen und verstehen

Leitfaden für Rat und Verwaltung. Von G. Schwarting, 128 Seiten, kartoniert, 39,80 DM, Erich Schmidt Verlag, Bielefeld, 1999.



Mit diesem Buch wird der Versuch unternommen, Basiswissen zur kommunalen Finanzwirtschaft zu vermitteln, d. h. ihre zentralen Fragestellungen zu erläutern. Dabei wird zum leichteren Verständnis die Darstellung auf die Beschreibung der gemeindlichen Haushaltswirtschaft konzentriert, wobei besondere Gegebenheiten auf der Ebene der Landkreise — soweit fachlich erforderlich — Erwähnung finden. Die Betrachtungen bleiben richtiger Weise nicht auf das Haushaltsrecht beschränkt, da für die kommunale Finanzpolitik Fragen des Finanzausgleichs oder der Gebührenbemessung ebenso bedeutsam sind, oder andere Themen, wie die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen oder das Neue Steuerungsmodell, integral betrachtet werden müssen. Im einführenden, ersten Kapitel des Bandes werden zunächst die elementaren Strukturen des Kommunalen Haushalts erläutert. In Kapitel 2 wird hauptsächlich die kommunalpolitisch wichtige Differenzierung zwischen freiwilligen und Pflichtaufgaben behandelt. Die Darstellung der bedeutenden kommunalen Einnahmen erfolgt in Kapitel 3, während in Kapitel 4 die Grundzüge des Haushaltsrechts, unter besonderer Berücksichtigung des Haushaltsausgleichs, erläutert werden. Im abschließenden, fünften Kapitel wird ein Überblick über das Neue Steuerungsmodell geboten. Ein sehr ausführliches Stichwortverzeichnis und der Aufbau der Publikation ermöglichen die Nutzung als Nachschlagewerk. Dem Leser wird zudem über zahlreiche Schaubilder das Verständnis komplexer Zusammenhänge erleichtert. 6935

Allgemeines Statistisches Archiv



Zeitschrift der Deutschen Statistischen Gesellschaft. Herausgegeben von Prof. Dr. Karl Mosler (Köln), 84. Band (2000), Heft 1, 105 Seiten, kartoniert, Einzelheft 59,40 DM, Jahresband (4 Hefte) 198,00 DM, Physica-Verlag, Heidelberg, 2000.




Das Heft enthält u. a. folgende Beiträge: The professional career of sociologists: A graphical chain model reflecting early influences and associations (I. Pigeot u. a.); Nonparametric estimation of missing values in time series (T. Noack u. R. Schlittgen); Some simple LM tests against multiple changes of variance in linear regression (S. Liebscher u. W. Krämer); Simultaneous estimation of parameters for a generalized logistic distribution and application to time series models (K. Abberger u. S. Heiler); Ein Modell zur Erklärung des Wanderungsvolumens bei heterogener Zusammensetzung der Bevölkerung (S. Niermann). 4659/77

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HSL IM MAI 2000


(K = mit Kreisergebnissen, G = mit Gemeindeergebnissen
 = auf Diskette lieferbar,  = auf CD-ROM lieferbar)

Statistische Berichte



Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer in Hessen am 30. September 1998 (A VI 5 - vj 3/98); (K)	8,00 DM
 PDF	12,00 DM
Der Strafvollzug in Hessen im Jahr 1998; Teil 1: Strafgefangene und Sicherungsverwahrte in den Justizvollzugsanstalten; Stichtagserhebung zum 31. März 1998; (B VI 6 - j/98 - Teil 1)	8,00 DM
Die allgemein bildenden Schulen in Hessen 1999; Teil 1: Grundschulen, Hauptschulen, Förderstufen, Sonderschulen, Sonderpädagogische Förderung an allgemeinen Schulen; Stand: 8. September 1999; (B I 1 - j/99 - Teil 1)	12,00 DM
 Excel	18,00 DM

Fleischanfall aus hessischer Erzeugung im Jahr 1999; (C III 2/S - j/99); (K)	5,00 DM
Schlachtungen in Hessen im März 2000; (C III 2 - m 3/00)	5,00 DM
Das Verarbeitende Gewerbe in Hessen im September 1999; Ergebnisse des Monatsberichts einschl. der Ergebnisse für industrielle Kleinbetriebe; (Totalaufbereitung); (E I 1 - j/99 mit E I 7/99); (G)	8,00 DM
 Excel	12,00 DM
Betriebe, Beschäftigte und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im März 2000; (E I 1 - m 3/00); (K)	8,00 DM
Indizes des Auftragseingangs und des Umsatzes im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im März 2000; (E I 3 - m 3/00)	8,00 DM
Das Bauhauptgewerbe in Hessen im März 2000; (Vorbereitende Baustellenarbeiten Hoch- und Tiefbau); (E II 1 - m 3/00); (K)	6,00 DM
 Excel	9,00 DM
Öffentliche Energieversorgung in Hessen im Januar 2000; (E IV 2 mit E IV 3 - m 1/00)	5,00 DM
Das Handwerk in Hessen im 4. Vierteljahr 1999 (Ergebnisse der repräsentativen Handwerksberichterstattung); (E V 1 - vj 4/99)	6,00 DM
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Einzelhandel in Hessen im Januar 2000 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 1 - m 1/00)	6,00 DM
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Einzelhandel in Hessen im Februar 2000 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 1 - m 2/00)	6,00 DM
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Großhandel in Hessen im Januar 2000 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 2 - m 1/00)	6,00 DM
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Großhandel in Hessen im Februar 2000 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 2 - m 2/00)	6,00 DM
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Gastgewerbe in Hessen im Januar 2000 (Vorläufige Ergebnisse); (G IV 3 - m 1/00)	6,00 DM
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Gastgewerbe in Hessen im Februar 2000 (Vorläufige Ergebnisse); (G IV 3 - m 2/00)	6,00 DM
Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr in Hessen im Februar 2000 (Vorläufige Ergebnisse); (G IV 1 - m 2/00); (G)	10,00 DM
Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr in Hessen im März 2000 (Vorläufige Ergebnisse); (G IV 1 - m 3/00); (G)	10,00 DM
Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden in Hessen im März 2000 (Vorauswertung); (H I 1 - m 3/00); (K)	5,00 DM
Binnenschifffahrt in Hessen im Februar 2000 (H I 1 - m 2/00); (H)	6,00 DM
Die Schwerbehinderten in Hessen Ende 1999; (K III 1 - j/99); (K)	6,00 DM
 Excel	9,00 DM
Die Schulden des Landes, der Gemeinden, Gemeindeverbände und Zweckverbände in Hessen am 31. Dezember 1998; (L III 1 - j/98); (G)	8,00 DM
Das Aufkommen an staatlichen Steuern in Hessen im Januar 2000; (L I 1 - m 1/00)	5,00 DM
Das Aufkommen an staatlichen Steuern in Hessen im Februar 2000; (L I 1 - m 2/00)	5,00 DM
Messzahlen für Verbraucherpreise und Preisindizes der Lebenshaltung in Hessen im Mai 2000; (M I 2 - m 5/00)	10,00 DM

Beiträge zur Statistik Hessens

Die Umsätze und ihre Besteuerung in Hessen 1998 (Ergebnisse der Jahresumsatzsteuerstatistik); Nr. 345	20,00 DM
 Excel	30,00 DM

Verzeichnisse

Verzeichnis der allgemein bildenden Schulen in Hessen (Ausgabe 2000)	20,00 DM
 Excel	142,00 DM
Verzeichnis der beruflichen Schulen in Hessen (Ausgabe 2000)	12,00 DM
 Excel	58,00 DM

Hessisches Statistisches Landesamt • 65175 Wiesbaden



HESSISCHES STATISTISCHES
LANDESAMT

**Beiheft zur
Monatszeitschrift
Staat und Wirtschaft in Hessen**

**Die Steuern sind nicht alles —
was die Einkommensteuerstatistik vom
Arbeitsmarkt (er)zählt**

Impressum

ISSN 0344 — 5550

Copyright: © Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, 2000
Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Daten-träger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Herausgeber: Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, Rheinstraße 35/37
Telefon: 0611/3802-0, Telefax: 0611/3802-890
E-Mail: vertrieb@hsl.de — Internet: www.hsl.de

Haus-/Lieferadresse: Hessisches Statistisches Landesamt, Rheinstraße 35/37, 65185 Wiesbaden
Postanschrift: Hessisches Statistisches Landesamt, 65175 Wiesbaden
Gesamtherstellung: Hessisches Statistisches Landesamt

Auskünfte

Auskünfte und Informationen aus allen Bereichen der hessischen Landesstatistik erteilt die zentrale Informationsstelle; Telefon: 0611/3802-811 oder -807.

Zeichen

— = nichts, weil nichts vorhanden ist oder die Fragestellung nicht zutrifft bzw. weil keine Veränderung eingetreten ist.
· = Zahl nicht vorhanden bzw. Nachweis nicht möglich, weil die Repräsentation zu gering oder die Veröffentlichung aus Gründen der Geheimhaltung von Einzelangaben nicht gestattet ist.
... = Zahl liegt zur Zeit der Berichterstattung noch nicht vor, ist aber zu erwarten.
0 = weniger als die Hälfte der kleinsten darzustellenden Einheit (auch: 0,0).
D = Durchschnitt.
p = vorläufige Zahl(en).
r = berichtigte Zahl(en).
Zahl in Klammern = eingeschränkter Aussagewert.

Im Allgemeinen ist ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet worden. Das Ergebnis der Summierung der Einzelzahlen kann deshalb geringfügig von der Endsumme abweichen.

Editorial

Mit der Herausgabe des ersten Beihefts „Methoden“ erweitert „Staat und Wirtschaft in Hessen“, ohne das „Format“ der Zeitschrift selbst inhaltlich zu verändern, das Spektrum der statistischen Publikationen auf Landesebene um die Darstellung und Erörterung von Methodenfragen und analytischen Instrumenten. In unregelmäßiger Reihenfolge sollen in Beiheften Themen aufgegriffen werden, die den Rahmen und die Ausrichtung von Beiträgen und Aufsätzen in „Staat und Wirtschaft“ vom Umfang und Inhalt her sprengen würden.

Das Thema des ersten Beihefts illustriert die Zielsetzung: Es zeigt am Beispiel der Lohn- und Einkommensteuerstatistik, welches Analysepotenzial diese zunächst auf das Feld der direkten Steuern ausgerichtete Statistik auch für andere Themenfelder, wie z. B. Arbeitsmarkt und Erwerbstätigkeit, entfalten kann. Damit sind neben dem Problem der statistischen Adäquation, d. h. der Frage, inwieweit die quantitativen Daten die Wirklichkeit zutreffend abbilden, weitere wichtige Methodenfragen verbunden. Zugleich eröffnet das an diesen Themen diskutierte Beispiel noch ganz andere Dimensionen: Es ist die grundsätzliche Frage nach dem Analysepotenzial der im statistischen System vorhandenen Mikrodaten und deren Auswertung in mikrodaten-basierten Datenbanken.

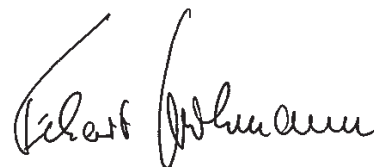
Die Beihefte sollen — so gesehen — das Forum für Darstellung und Erörterung methodischer und analytischer Themen sein, die in unregelmäßiger Erscheinungsweise das Angebot von „Staat und Wirtschaft“ ergänzen und komplettieren sollen.

Ihr Ziel hätten diese Supplemente zu „Staat und Wirtschaft“ insbesondere dann erreicht, wenn sie Diskussion und Erwiderung auslösen würden.

Über jede Resonanz würden sich im Übrigen Autoren und Herausgeber freuen: Kritik ist ebenso willkommen wie Anregung und Ermunterung, wenn dabei das wesentliche Ziel nicht aus dem Auge verloren wird: das Analysepotenzial und die Qualität der amtlichen Statistik im Interesse von Kunden und Nutzern weiterzuentwickeln.

Wiesbaden im Juli 2000

Hessisches Statistisches Landesamt



Eckart Hohmann
Präsident

Die Steuern sind nicht alles — was die Einkommensteuerstatistik vom Arbeitsmarkt (er)zählt

„Zur Beurteilung von Struktur und Wirkungsweise der Steuern und ihrer wirtschaftlichen und sozialen Bedeutung“¹⁾ stand 1995 — wie alle drei Jahre — eine Statistik über die Lohn- und Einkommensteuer an. Damit eröffnet sich ein schier unerschöpfliches Reservoir an Informationen über die finanziellen Verhältnisse der hessischen Steuerzahler. Was kann man jedoch daraus lernen? Können „Struktur und Wirkungsweise“ der Einkommensteuer „und ihre wirtschaftliche und soziale Bedeutung“ nun beurteilt werden, nachdem die statistischen Ergebnisse vorliegen? Offensichtlich zielt der zitierte Gesetzestext nicht nur auf die Erhebung und Publikation der nackten Daten, sondern impliziert weitergehende Untersuchungen, die eine Interpretation der Daten in ihrer Verflechtung mit den ökonomischen und sozialen Parametern ermöglicht. Dieser Aufsatz möchte das Feld öffnen und zeigen, dass die Daten der Einkommensteuerstatistik in weit stärkerem Maße mit wirtschaftlichen und sozialen Fragen verknüpft sind, als dies gemeinhin bewusst ist. Zu diesem Zwecke nimmt der Autor eine „minimalistische“ Position ein, indem er auf die sonst übliche Beschreibung der in der Statistik nachgewiesenen monetären Größen ganz verzichtet und (fast) sämtliche Aussagen aufgrund reiner Fallzählungen — also ohne Bezugnahme auf die Höhe der Einkommen, der festgesetzten Steuern etc. — gewinnt²⁾. Trotz dieser starken Einschränkung ergeben sich erstaunliche Einblicke gerade in solche Problemkreise, die üblicherweise nicht im Fokus der Einkommensteuerstatistik liegen. Fragen nach dem Erwerbsverhalten von Männern und Frauen gehören ebenso dazu wie die Untersuchung geschlechts- und altersspezifischer Trends vor dem Hintergrund der gestiegenen Arbeitslosigkeit. Dabei geht es nicht vorrangig um neue Ergebnisse und schon gar nicht um exakte Zahlenwerte — hierzu gibt es spezifischere und aktuellere Statistiken — sondern um die Tatsache, dass unter den in der Einkommensteuerstatistik angehäuften Zahlenbergen vielfältige Informationen schlummern, die nur indirekt mit fiskalischen Fragen verbunden sind und deshalb bisher kaum genutzt wurden. Methodische Fragestellungen stehen also im Vordergrund und die Möglichkeiten datenbankbasierter Auswertungen der Lohn- und Einkommensteuerstatistik.

Einkommensteuerstatistik als „Megastichprobe“

Von den ca. vierzig Einzelsteuern, die in der Bundesrepublik Deutschland erhoben werden, ist die Einkommensteuer³⁾ mit Abstand die wichtigste. Keine andere Steuer spült soviel Geld in die Staatskassen⁴⁾, und von keiner anderen Steuer wird ein so hoher Anteil der Bevölkerung direkt erfasst. Die aktuellen Daten weisen z. B. mehr als 2,3 Mill. Einkommenssteuerfälle in Hessen aus⁵⁾. Davon sind gut die Hälfte Zusammenveranlagungen, d. h., dass Ehepartner eine gemeinsame Steuererklärung abgegeben haben und folglich hinter einem „Steuerpflichtigen“ zwei Personen stehen. Zählt man jetzt noch die aus der Anzahl der gewährten Kinderfreibeträge errechneten ca. 1,2 Mill. Kinder hinzu⁶⁾, so werden in der Einkommensteuerstatistik 1995 etwa 4,7 Mill. Personen steuerlich erfasst. Damit hinterlassen mehr als drei Viertel der hessischen Bevölkerung ihre Spur in dieser Statistik — eine sonst unerreicht große „Stichprobe“, die auf Grund der detaillierten Angaben (der Datensatz enthält pro Steuerfall bis zu annähernd 400 Merkmale!) zu vielfältigen sozio-ökonomischen Analysen einlädt.

„Probebohrung in der Datenwüste“

Die statistischen Daten allein und ihre zeitliche Veränderung offenbaren allerdings in der Regel keine neuen Erkenntnisse, mitunter führen sie sogar auf eine falsche Fährte! Das liegt daran, dass die Daten gleichsam „gefangen“ sind in einem

1) So der Wortlaut des Gesetzes über die Steuerstatistiken vom 11. Oktober 1995 (BGBl I S. 1250, 1409). Dass die Ergebnisse erst jetzt vorliegen, liegt weniger an der Schläfrigkeit der Statistiker, sondern mehr an den gesetzlich möglichen Fristen, die den Steuerpflichtigen zur Abgabe der Einkommensteuererklärung eingeräumt werden. Die Abgabenordnung setzt zwar eine allgemeine Frist von fünf Monaten nach Ablauf des Kalenderjahres, auf das sich die Steuer bezieht (§ 149 Abs. 2 AO), jedoch sind nach § 109 Abs. 1 AO Fristverlängerungen möglich. (Bei Antragsveranlagungen gibt das Einkommensteuergesetz von vorn herein eine Zweijahresfrist vor (§ 46 Abs. 2 Nr. 8 EStG)). Der bundeseinheitliche Stichtag für die Lieferung der Daten durch die Finanzverwaltung war deshalb der 30. September 1998. Berücksichtigt man die sich anschließenden Plausibilitätsprüfungen im Rahmen der Aufbereitung durch die Statistischen Landesämter und den riesigen Umfang des Materials, so wird der späte Fertigstellungstermin der Statistik klar.

2) Leser, die primär an den Daten interessiert sind, seien auf den vom Hessischen Statistischen Landesamt publizierten Statistischen Bericht „Die Einkommen der Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen in den hessischen Gemeinden im Jahr 1995“ verwiesen, der für 12,00 DM beim HSL bezogen werden kann.

3) Wichtigster Teil der Einkommensteuer ist die Lohnsteuer. Das so genannte Lohnsteuerabzugsverfahren bei Einkünften aus nichtselbstständiger Arbeit gilt steuerrechtlich als spezielle Erhebungsart der Einkommensteuer.

4) In Hessen erreichte die Einkommensteuer (ohne Solidaritätszuschlag) 1995 knapp 40 % der kassenmäßigen Steuereinnahmen. An zweiter Stelle folgte die Umsatzsteuer („Mehrwertsteuer“) mit fast 23 %, während die neuerlich wieder heiß diskutierte Mineralölsteuer sowie die Kfz-Steuer weit abgeschlagen unter 2 % lagen. (Anmerkung: Im Bundesdurchschnitt lag die Mineralölsteuer bei 8,0 %, da für die formale Zuordnung dieser Bundessteuer das Unternehmensprinzip gilt: Die Mineralölsteuer wird in dem Land erfasst, in dem die jeweilige Mineralölgesellschaft ihren Sitz hat).

5) Jetzt und im Folgenden beziehen wir uns auf die „unbeschränkt“ Steuerpflichtigen; das sind die natürlichen Personen, die ihren Wohnsitz oder ständigen Aufenthalt im Inland haben. Nicht berücksichtigt werden also die ca. 5300 beschränkt Steuerpflichtigen mit Wohnsitz oder ständigem Aufenthalt im Ausland.

6) Das Wahlrecht zwischen Kinderfreibetrag und Kindergeld wurde erst zum 1.1.1996 eingeführt, so daß 1995 noch aus den in Abzug gebrachten Kinderfreibeträgen auf die Zahl der steuerlich erfassten Kinder geschlossen werden kann. Es kann jedoch vorkommen, dass Kinder, für die den Eltern ein Freibetrag eingeräumt wurde, auf Grund eigener Einkünfte selbst steuerlich erfasst sind. In diesem Falle kommt es bei der Addition zu Doppelzählungen. Eine weitere (unbedeutende) Ungenauigkeit resultiert aus der Tatsache, dass im Datensatz nur maximal vier Kinder je Steuerfall vorgesehen sind. Die errechneten Summen stellen folglich nur eine grobe Abschätzung dar.

Netz von Abhängigkeiten, die ihnen ihren Stempel aufdrücken und die eigentlich interessierenden wirtschaftlichen und sozialen Einflüsse teilweise überdecken. Dazu zählen z. B. veränderte demographische Rahmenbedingungen, gesetzliche Neuregelungen bis hin zu erhebungstechnischen Besonderheiten. Erst, wenn es gelingt, diese „Störeffekte“ aufzuspüren und weitgehend zu isolieren, können aus den Daten veritable Schlüsse gezogen und Erkenntnisse gewonnen werden.

Die vorliegende Arbeit geht erste Schritte in diese Richtung. Die Stoßrichtung liegt dabei nicht in enzyklopädischer Breite, sondern zielt in die Tiefe. Deshalb bleibt auch der weitaus größte Teil der in der Einkommensteuerstatistik nachgewiesenen Merkmale unberücksichtigt. Lediglich Fallzahlen, gegliedert nach einfachen Ordnungsmerkmalen wie Geschlecht und Alter sowie dem groben wirtschaftlichen Kriterium der Einkunftsart werden analysiert, diese allerdings sehr intensiv. Im Bilde gesprochen: Nicht ein Überblick über die unermessliche „Datenwüste“ und deren Bodenschätze ist angesagt, sondern eine Probebohrung an einem einzigen Ort. Das Erstaunliche ist, dass man selbst an dieser unscheinbaren Stelle unter den Datenbergen fündig wird: Ökonomische und soziale Komponenten treffen aufeinander und ergeben interessante Einblicke in die Entwicklung des Arbeitsmarktes und das unterschiedliche Erwerbsverhalten von Männern und Frauen im Zusammenhang mit altersspezifischen Aspekten.

Voraussetzung: Vollzähligkeit

Zur Beurteilung der Fallzahlen ist zunächst die Frage der *Vollzähligkeit* zu klären. Mit anderen Worten: Kann man davon ausgehen, alle Steuerfälle erfasst zu haben, oder gibt es Ausfälle? Dazu muss man wissen, dass die Einkommensteuerstatistik eine Sekundärstatistik ist; die Daten werden also nicht direkt von den Steuerpflichtigen erhoben, sondern

7) 1995 wurden ca. 119 900 nichtveranlagte Fälle gezählt (5,2 % aller registrierten Fälle), 1992 etwa 108 000 oder 4,7 %. Auf Grund der Altersstruktur kann man schließen, dass es sich hier überwiegend um Rentner handelt. 1995 waren fast 60 % dieser Fälle Verlustfälle, d. h., das Einkommen war Null oder negativ; weitere 25 % hatten ein Jahreseinkommen (im Sinne des Steuerrechts) von weniger als 5000 DM.

8) Nach § 25 Abs. 3 EStG ist grundsätzlich jeder Einkommensteuerpflichtige zur Abgabe einer Einkommensteuererklärung verpflichtet. Entsprechend § 46 Abs. 2 kann eine Veranlagung jedoch unter bestimmten Bedingungen unterbleiben. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist, dass das Einkommen 27 000 DM (bzw. 54 000 DM für zusammenveranlagte Ehepartner) nicht überschreitet und außerdem zur Abgeltung der Einkommensteuer bereits Steuern über das Lohnsteuerabzugsverfahren entrichtet wurden. Auf Antrag kann jedoch auch in diesen Fällen eine Veranlagung erfolgen (§ 46 Abs. 2 Nr. 8), um z. B. über den Pauschbetrag hinausgehende Werbungskosten oder Sonderausgaben geltend zu machen. Von diesem Recht haben in Hessen 1995 knapp 300 000 Steuerpflichtige Gebrauch gemacht. Auf Grund dieser „Antragsveranlagungen“ wurden netto rund 630 Mill. DM an gezahlter Lohnsteuer erstattet.

9) Die Begriffe „Nichtselbstständig Beschäftigte“, „Bruttolohnempfänger“ und „Arbeitnehmer“ werden in diesem Aufsatz vereinfachend synonym verwendet. Gemeint sind Personen, die „Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit“ haben. Dazu gehören neben Lohnzahlungen des Arbeitgebers z. B. auch Versorgungsbezüge der Beamten und Leistungen aus Betriebsrenten. Nicht dazu gehören Leibrenten aus der gesetzlichen Rentenversicherung (diese werden zu den „sonstigen Einkünften“ gezählt).

gelangen über die Finanzämter in anonymisierter Form an die Statistischen Landesämter. Der Großteil der gelieferten Daten (ca. 95 %) wurde von der Finanzverwaltung bearbeitet („veranlagte“ Fälle), d. h. die Finanzämter setzten unter Berücksichtigung aller für den jeweiligen Fall relevanten Details der Einkommensteuererklärung die zu entrichtende Steuer fest. Für die restlichen 5 % (ca. 120 000) lagen der Finanzverwaltung keine Einkommensteuererklärungen vor; hier wurde auf die (unbearbeiteten) Lohnsteuerkarten zurückgegriffen⁷⁾. Da nicht davon ausgegangen werden kann, dass alle Lohnsteuerkarten auch tatsächlich abgegeben wurden, beziehen wir uns im Folgenden ausschließlich auf die veranlagten Fälle. Diese gliedern sich in Pflichtveranlagungen und Antragsveranlagungen⁸⁾. Während bei ersteren Vollzähligkeit unterstellt werden kann, ist bei letzteren eine Untererfassung nicht gänzlich auszuschließen. Dennoch werden die Antragsveranlagungen in die folgenden Auswertungen mit aufgenommen, zumal die mit einer Antragsveranlagung häufig verbundene Steuerrückvergütung und insbesondere die Verknüpfung mit der Festsetzung der Arbeitnehmer-Sparzulage einen stabilisierenden Einfluss auf das Antragsverhalten haben dürfte. Zudem wären die niedrigeren Einkommensgruppen andernfalls stark unterrepräsentiert.

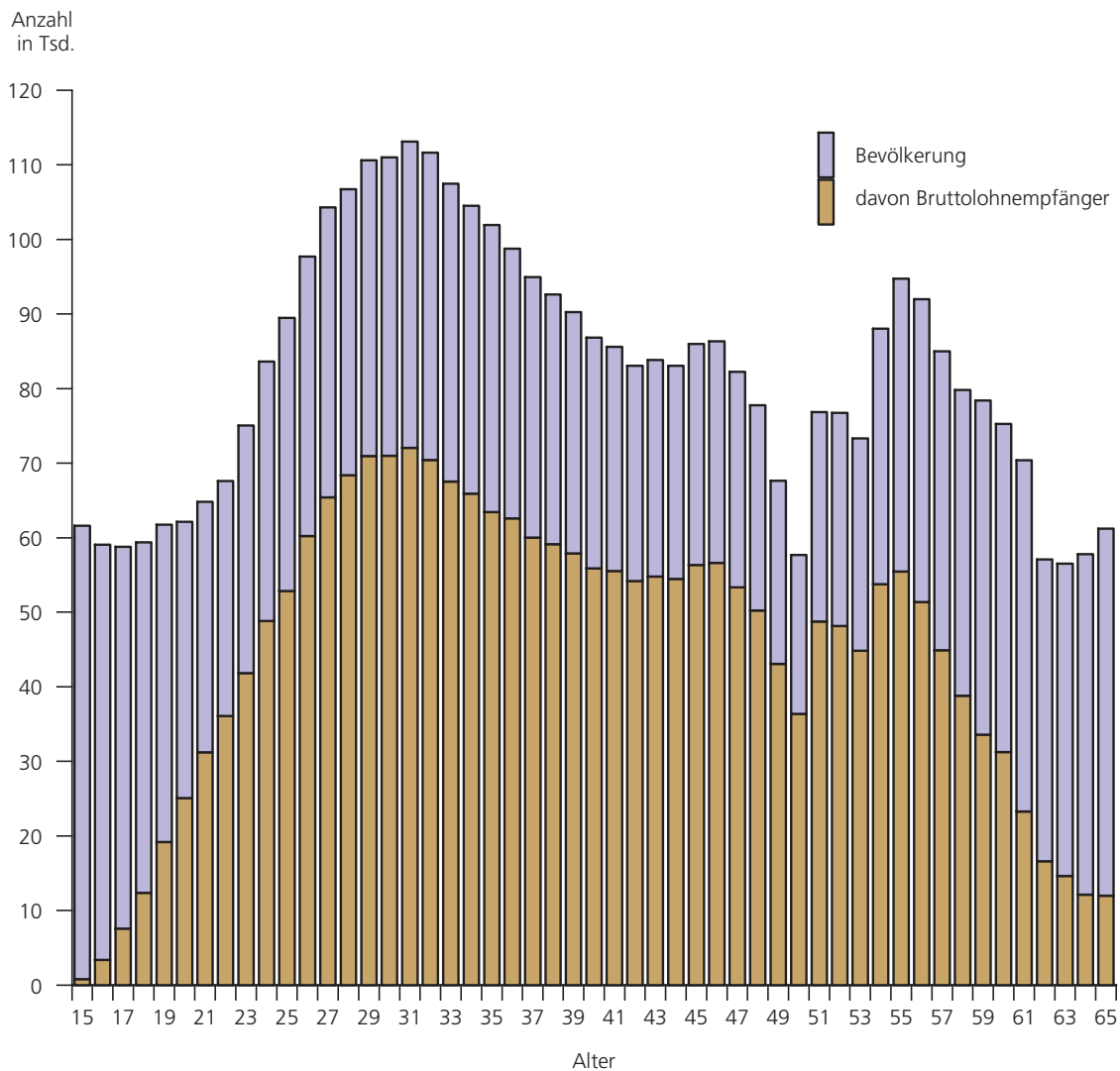
Ökonomie oder Demographie?

Betrachten wir zunächst die Gesamtzahl der veranlagten Steuerfälle. Diese ist mit 2,190 Mill. annähernd konstant geblieben (Rückgang um 10 000 oder 0,5 % gegenüber der vorangegangenen Erhebung für 1992). Von außen betrachtet kam es also zu keinen gravierenden Veränderungen, etwa infolge des Abwärtstrends auf dem Arbeitsmarkt.

In diesem Kontext ist es interessant, die Zahl der nichtselbstständig Beschäftigten⁹⁾ näher zu untersuchen, da diese Größe Entwicklungen im Beschäftigungssektor widerspiegeln sollte. Deshalb zählen wir nun spezifischer: nicht Steuerpflichtige, sondern Personen; bei zusammenveranlagten Ehepartnern werden jetzt also beide Partner berücksichtigt, sofern sie beide Bruttolohn bezogen haben. Es zeigt sich, dass sich die Zahl der veranlagten „Bruttolohnempfänger“ zwischen 1992 und 1995 deutlicher verringert hat, nämlich um über 63 000 auf 2,424 Mill. (– 2,5 %). Eine solch globale Zahl ist jedoch immer noch nicht sonderlich relevant, da sie in komplexer Weise aus einer Überlagerung unterschiedlicher Faktoren resultiert.

Ein ganz wesentlicher Einfluss geht von der *Altersstruktur* der hessischen Bevölkerung aus, wie das Schaubild „Veranlagte Bruttolohnempfänger und Bevölkerung in Hessen 1995 nach Alter“ nahelegt. Dargestellt sind die Besetzungszahlen der nichtselbstständig Beschäftigten in den einzelnen Altersjahrgängen von 15 bis 65 Jahren auf Grund der Daten der Einkommensteuerstatistik 1995. Diesen werden zum

Veranlagte Bruttolohnempfänger und Bevölkerung in Hessen 1995 nach Alter



HSL39/00

Vergleichen die entsprechenden Bevölkerungszahlen¹⁰⁾ gegenübergestellt. Bis auf die Ränder (Personen unter 25 Jahren, die erst allmählich in das Berufsleben einsteigen, und Personen über 60 Jahren, die vermehrt in Rente gehen) skalieren die Verteilungen annähernd. Die frappierende Ähnlichkeit der Struktur beider Funktionen zeigt die Bedeutung des **demographischen Faktors**: Ein Fallzahlenvergleich ohne seine Berücksichtigung erscheint höchst problematisch! Selbst wenn Fragen der Altersstruktur nicht direkt tangiert sind, spielt die darunter liegende demographische Struktur häufig eine wichtige Rolle. So hängen beispielsweise soziale Bedingungen wie Familienstand und Zahl der Kinder implizit mit dem Alter der betrachteten Personen zusammen,

10) Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung für Hessen mit Stichtag 31.12.1995.

so dass die Altersschichtung der Bevölkerung bei entsprechenden Fragestellungen quasi durch die Hintertür hereinkommt.

Separation demographischer Störeffekte

Es ist klar, dass die Bevölkerungsverteilung Struktur und Dynamik der Arbeitnehmerzahlen so dominiert, dass subtilere Zusammenhänge nur nach Eliminierung der demographischen Einflüsse erkennbar werden können. Dazu verwenden wir folgende Methode: Es seien t die Zeit (Erhebungsjahr), g das Geburtsjahr, n die Zahl der Bruttolohnempfänger und b die hessische Bevölkerungszahl. Da die dargestellten Ergebnisse eine näherungsweise erfüllte Proportionalität zwischen n und b bezüglich des Geburtsjahres zeigen, führen wir

durch folgende Gleichung den (im Vergleich zu n) nur schwach von g abhängigen „Proportionalitätsfaktor“ q ein:

$$n_g(g, t) =: q_g(g, t) b_g(g, t).$$

Die Gleichung definiert die **Arbeitnehmerquote** q als Quotient aus der Zahl der Bruttolohnempfänger und der Bevölkerungszahl in Abhängigkeit von Geburtsjahr und Erhebungsjahr. (Der Index g deutet darauf hin, dass die entsprechenden Größen als Funktion des Geburtsjahres betrachtet werden. In obiger Gleichung ist er redundant; der Klarheit wegen und im Hinblick auf die nachfolgende Variablentransformation wird er dennoch beibehalten). Durch die Normierung auf die Bevölkerungszahl wird deren Beitrag im wörtlichen Sinne „herausdividiert“. Anstatt die infolge des demographischen Einflusses stark fluktuierende Zahl n der Bruttolohnempfänger zu diskutieren, untersuchen wir daher im Folgenden ausschließlich die Arbeitnehmerquote q .

Da man üblicherweise eher in Alterskategorien als in Geburtsjahrgängen denkt, rechnen wir das Geburtsjahr g in das Alter a um. Mathematisch ausgedrückt führen wir folgende Variablentransformation durch:

$$(g, t) \rightarrow (a, t)$$

mit

$$a(g, t) = t - g$$

und entsprechend

$$q(a, t) \equiv q_g(g, t).$$

Die erste Gleichung drückt beispielsweise die triviale Tatsache aus, dass ein Steuerpflichtiger im Erhebungsjahr 1995 drei Jahre älter war als im Statistikjahr 1992. Die zweite Gleichung definiert die transformierte Quote q (ohne Index g). Die in der Gleichung ausgedrückte wertmäßige Übereinstimmung mit q_g darf nicht so (miss)verstanden werden, als handele es sich um die gleiche Funktion: Aufgrund der Variablentransformation ist der funktionale Zusammenhang zwischen q_g und g ein anderer als zwischen q und a ! Weiter ist zu beachten, dass a — anders als g — selbst eine Funktion der Zeit ist. Dadurch hängt die Quote q nicht nur explizit von der Zeit ab, sondern auch **implizit** durch die Zeitabhängigkeit vom Alter ($q(a, t) = q(a(t), t)$). Dieser Umstand wird bei den Auswertungen eine wichtige Rolle spielen.

Veränderungsraten

Neben den Funktionswerten der Arbeitnehmerquote q sind für das Verständnis auch deren **Veränderungsraten** von Bedeutung. Diese werden durch Differentiation gewonnen. Da q von zwei Variablen abhängt, können Veränderungsraten bzgl. zweier unabhängiger Richtungen gebildet werden. Die Differentiationsrichtung muss entsprechend der jeweiligen Fragestellung gewählt werden. Für die Analyse besonders wichtig sind die Raten parallel zur Zeit-Achse (fest-

gehaltenes Alter) und in Richtung der Winkelhalbierenden in der von t und a aufgespannten Ebene (festgehaltenes Geburtsjahr). Mathematisch ausgedrückt entspricht das der partiellen Ableitung nach der Zeit $\frac{\partial}{\partial t} q(a(t), t)$ und der totalen Zeitableitung entsprechend der Gleichung

$$\frac{\partial}{\partial t} q_g(g, t) = \frac{d}{dt} q(a(t), t) = \frac{\partial}{\partial t} q(a(t), t) + \frac{\partial}{\partial a} q(a(t), t).$$

(Dabei wurde $\frac{\partial a}{\partial t} \Big|_g = 1$ wegen $a = t - g$ verwendet). Der erste Term der rechten Seite berücksichtigt die **explizite** Zeitabhängigkeit der Quote, der zweite steht für die **implizite** Abhängigkeit über die Zeitabhängigkeit des Alters. Während letztere auf Grund der jahrgangsscharfen Altersinformation relativ präzise aus den vorliegenden Daten ermittelt werden kann, muss die Bestimmung der expliziten Zeitabhängigkeit durch Rückgriff auf das gröbere Dreijahresraster der Erhebung abgeleitet werden. Dazu ersetzen wir den Differentialquotienten näherungsweise durch den Differenzenquotienten (was bei den zu erwartenden schwachen zeitlichen Veränderungen legitim ist):

$$\frac{\partial}{\partial t} q(a(t), t) \approx (q(a(t), t + \frac{1}{2} \Delta t) - q(a(t), t - \frac{1}{2} \Delta t)) / \Delta t$$

mit

$$t + \frac{1}{2} \Delta t = 1995 \text{ und } t - \frac{1}{2} \Delta t = 1992.$$

Entsprechend müssen die Zeitargumente generell auf

$$t = \frac{1}{2}(1992 + 1995)$$

und $q(a, t)$ durch lineare Interpolation auf

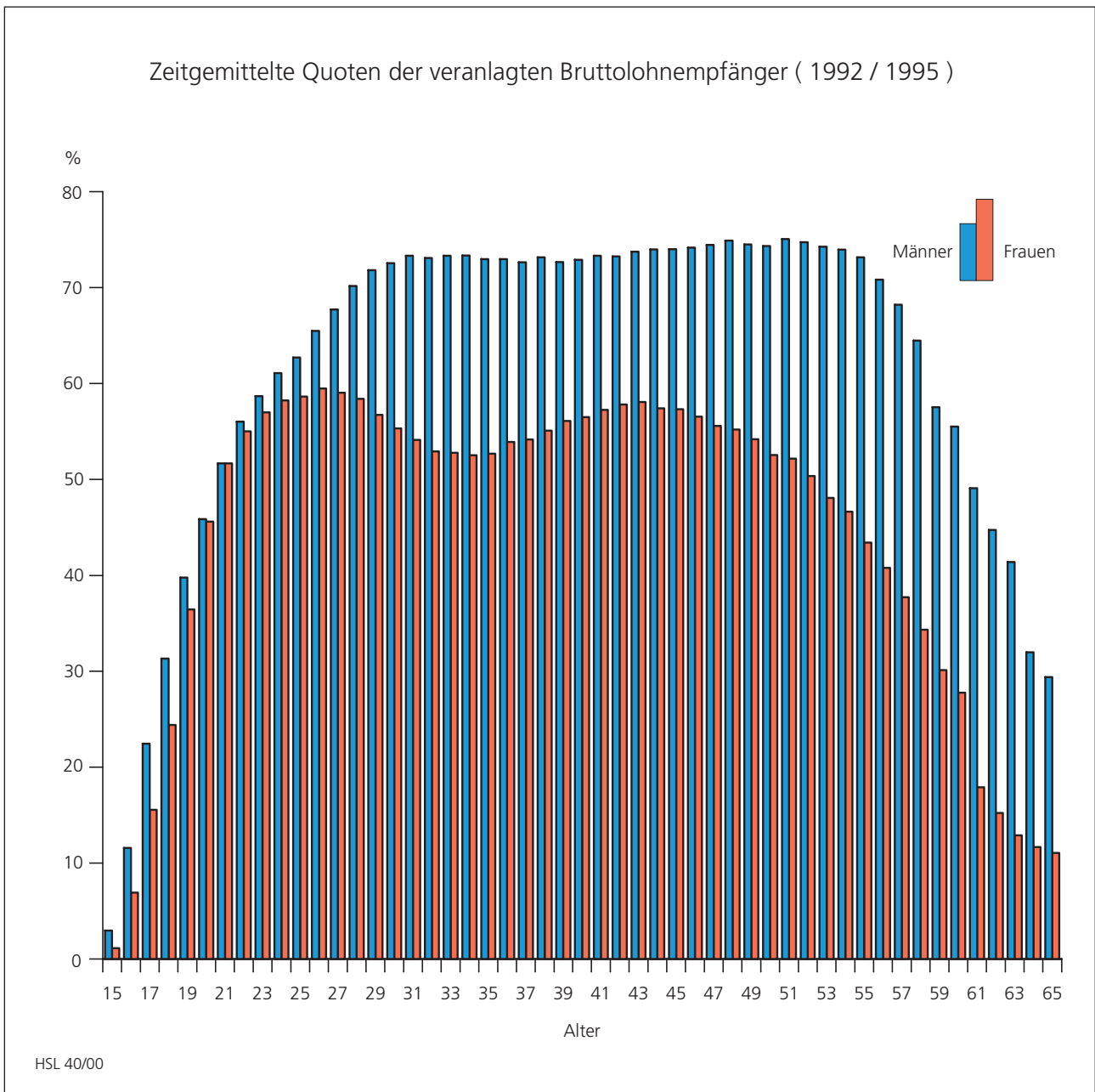
$$q(a, t) \approx \frac{1}{2}(q(a, 1992) + q(a, 1995))$$

gesetzt werden. Auf diese Weise gelingt es — wenn auch nur zeitlich lokal in einem schmalen Streifen mit Zentrum Mitte 1993 — Aussagen zur Dynamik der Arbeitnehmerquoten zu gewinnen.

Quotendiskussion

Betrachten wir zunächst die Quote q selbst (Zeitargument entsprechend obiger Formel). Da die Quoten geschlechtsspezifische Charakteristika aufweisen, werden für Männer und Frauen getrennte Quoten errechnet¹¹⁾. Das Schaubild „Zeitgemittelte Quoten der veranlagten Bruttolohnempfänger (1992/1995)“ zeigt das Ergebnis. In deutlichem Gegensatz zu den nackten Fallzahlen (siehe vorhergehendes Schaubild) ist der Verlauf in beiden Fällen relativ glatt und zeigt, dass die demographische Korrektur durch Errechnung von Arbeitnehmerquoten erfolgreich und für eine Auswertung unverzichtbar ist.

11) Die hier betrachteten Quoten beziehen sich auf unterschiedliche Grundgesamtheiten, nämlich auf die Zahl der Männer bzw. die Zahl der Frauen einer Altersgruppe der hessischen Gesamtbevölkerung. Sie addieren sich nicht auf 100 %. Die in dieser Arbeit eingeführten Quoten dürfen nicht mit den in der politischen Diskussion gängigen „Frauenquoten“ verwechselt werden, die den Anteil von Frauen bezogen auf eine für Männer und Frauen gemeinsam geltende Grundgesamtheit ausdrücken.



Die „**Männerkurve**“ entspricht ganz der Erwartung: ein breites Plateau ohne nennenswerte Veränderung in den Altersgruppen zwischen 30 und 55 Jahren, in denen eine Beschäftigungsquote (Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit) zwischen 72 und 74 % der männlichen Bevölkerung entsprechenden Alters erreicht wird. Vorgelagert ist ein kontinuierlicher Anstieg (15 bis 30 Jahre), der hauptsächlich durch unterschiedlich lange Ausbildungszeiten und den dadurch verzögerten Eintritt ins Berufsleben zu erklären ist. Bereits ab einem Alter von etwa 55 Jahren beginnt der Ausstieg aus dem Arbeitsleben. Vielleicht machen sich hier die in den neunziger Jahren verstärkt propagierten Vorruhestandsregelungen bemerkbar. Möglicherweise handelt es sich aber

auch um ein Indiz für das für ältere Arbeitnehmer höhere Risiko der Arbeitslosigkeit.

Viel differenzierter stellt sich die **weibliche „Kurve“** dar. Auch hier finden sich natürlich die Berufseinstiegs- und die Berufsausstiegsphase. Der (vorsichtige) Rückgang der Quote setzt jedoch schon zehn Jahre früher als bei den Männern ein (ab etwa 45). Deutlich zu sehen ist der Knick bei 60 Jahren, der auf die dann erreichte Altersgrenze zurückzuführen ist. Bei den jungen Frauen sind die Unterschiede — verglichen mit den Ergebnissen für die männlichen Altersgenossen — zwar geringer, aber dennoch sichtbar. So setzt der Anstieg bei den 15- bis 19-jährigen Frauen etwas später ein als bei den Männern. Das hängt vermutlich mit einem späteren Berufsbeginn der Frauen infolge qualifizierterer Schulabschlüsse zusammen, die von Mädchen häufiger erreicht werden als von Jungen¹²⁾.

12) 1996 beendeten in Hessen z. B. 8260 Mädchen ihre Schulzeit mit dem Abitur (das sind 31,8 % aller weiblichen Schulentlassenen), während es bei den männlichen Schülern nur 7372 (26,3 %) waren. Umgekehrt schlossen 3660 Mädchen mit der Hauptschule ab (14,1 %), bei den Jungen dagegen 6028 (21,5 %).

„Babypause“ drückt Quote bei den Frauen

Der entscheidende Unterschied zwischen beiden Verteilungen beginnt jedoch bei einem Alter von 22 Jahren: Während für die 20- und 21-Jährigen männliche und weibliche Quote noch exakt gleich sind, knickt die weibliche bei 22 Jahren ab und erreicht bereits bei einem Alter von 27 Jahren ihr Maximum, das mit knapp 60 % jedoch deutlich unter dem männlichen Plateau liegt. Es folgt eine Wellenbewegung mit einem Tal bei ca. 33 Jahren und einem erneuten — etwa zehnjährigen — Anstieg auf ungefähr die gleiche Höhe wie beim ersten Maximum.

Offensichtlich hat diese Schwingung etwas mit der Geburt von Kindern und dem (hauptsächlich von Frauen genutzten) Anspruch auf Erziehungsurlaub zu tun. Dies führt zu einer Unterbrechung der Berufstätigkeit zu Gunsten der Familie. Nach der „Babypause“ kehren viele Frauen wieder ins Berufsleben zurück und „verursachen“ damit das zweite Maximum.

Von der aus der Einfachheit der Darstellung resultierenden suggestiven Überzeugungskraft darf man sich allerdings nicht verführen lassen. Es handelt sich um eine **Querschnittanalyse** bzw. eine zeitliche „Momentaufnahme“. Damit bietet die Grafik per se keine Informationen über das zeitliche Verhalten der verschiedenen Altersgruppen. Aus der vergleichsweise niedrigen maximalen Quote von knapp 60 % kann beispielsweise **nicht** geschlossen werden, dass nur drei Fünftel der Frauen einen (steuerlich relevanten) Beruf ergriffen. (Frauen einer Altersgruppe könnten z. B. momentan nicht in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, jedoch früher gearbeitet haben bzw. später berufstätig werden). Es kann weiter aus der annähernd übereinstimmenden Höhe der beiden Maxima **nicht** gefolgert werden, dass alle Frauen nach der Familienpause wieder in den Beruf zurückkehrten (was definitiv falsch wäre; die beiden Maxima beziehen sich auf Grund der Altersdifferenz auf unterschiedliche Personengruppen, deren zeitliches Verhalten aus der Darstellung nicht hervorgeht).

„Trendforschung“

Informationen über die zeitliche Veränderung der Quoten liefern die Veränderungsraten, die weiter oben formal eingeführt wurden. Wir betrachten zunächst die explizite Zeitableitung $\frac{\partial}{\partial t} q(a, t)$ (Differentiation entlang der Zeitachse). Es ist wichtig, sich die Bedeutung dieser Rate klarzumachen. Da das Alter a bei der Differentiation festgehalten wird, handelt es sich auch hier um eine Querschnittuntersuchung: In die Berechnung der Zeitableitung gehen **unterschiedliche Grundgesamtheiten** ein (gleiches Alter in den Erhebungsjahren 1992 und 1995 bedeutet unterschiedliche Geburtsjahrgänge!). Diese Zeitableitung allein ermöglicht deshalb keine eindeutige Aussage über aktuelle Entwicklungen auf

dem Arbeitsmarkt. So bedeutet z. B. eine negative Rate für ein gegebenes Alter, dass — bezogen auf die Bevölkerungszahl — 1995 weniger Personen dieser Altersgruppe nicht-selbstständig beschäftigt waren als 1992; es ist jedoch nicht von vornherein klar, ob dies auf die Streichung von Stellen im betrachteten Zeitraum zurückzuführen ist, oder ob es sich vielleicht nur um die Propagation aus der Vergangenheit resultierender jahrgangsspezifischer Disparitäten handelt. In letzterem Falle hätte sich möglicherweise gar nichts verändert, lediglich die Quote der Beschäftigten des entsprechenden Jahrgangs wäre „seit jeher“ niedriger gewesen als die der drei Jahre Jüngeren.

Allerdings stellt diese Veränderungsrate einen sehr sensiblen Trendindikator für altersspezifische Verschiebungen dar, die ohne eine solche Analyse leicht übersehen würden. Wie empfindlich die Rate auf derartige Trends reagiert, wird im Folgenden deutlich.

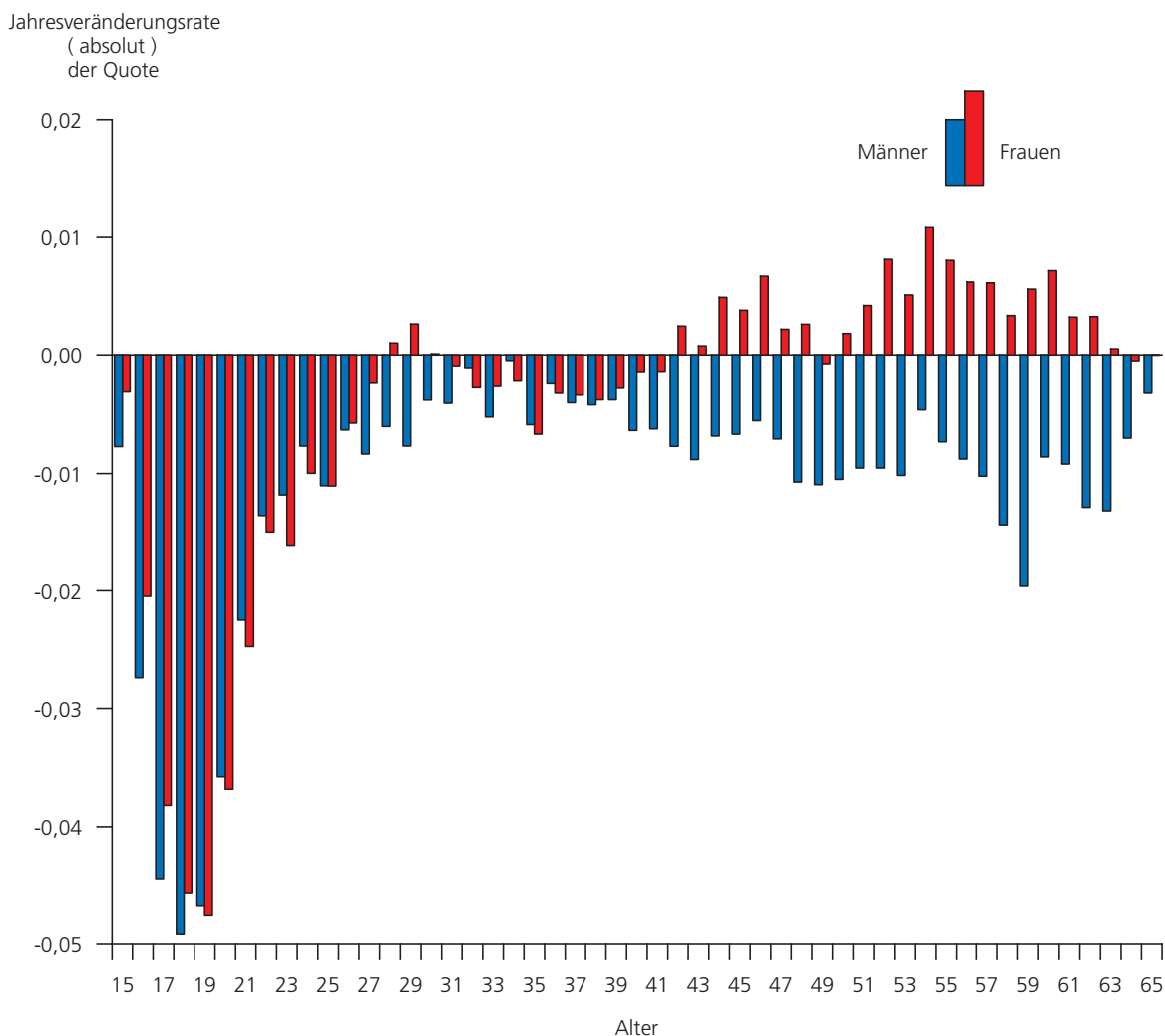
Dramatischer Rückgang der Quote junger Menschen — Spiegel des verschärften Lehrstellenmangels?

Die Grafik „Quotenraten der Bruttolohnempfänger bei festgehaltenem Alter (1992/1995)“ zeigt die gerade diskutierte Jahresveränderungsrate der Beschäftigungsquoten für Männer und Frauen. Sofort ins Auge springt der dramatische Rückgang der Arbeitnehmerquoten bei den Altersgruppen von 15 bis 22 Jahren beiderlei Geschlechts. Man beachte, dass es sich hier nicht um prozentuale Veränderungen handelt, sondern um absolute Veränderungsraten der Beschäftigungsquoten. Im Klartext heißt das, dass sich z. B. die Veranlagungsquote der nichtselbstständig beschäftigten 18-jährigen Männer von 38,7 % im Jahre 1992 auf nur noch 23,9 % im Jahr 1995 verringert hat, in drei Jahren also um beinahe 40 % gesunken ist! Insgesamt ist die Quote der 15- bis 22-Jährigen (männlich + weiblich) von 38,1 % auf 27,4 % gefallen, in absoluten Zahlen um 65 900 auf 135 600. Die Abnahme ist damit doppelt so hoch wie der Rückgang der entsprechenden Bevölkerungszahl (– 33 000).

Was ist die Ursache dafür? Die Vermutung liegt nahe, dass die Daten möglicherweise ein Spiegelbild der in der Öffentlichkeit kontrovers diskutierten Verknappung der Lehrstellen bzw. der Zunahme der **Jugendarbeitslosigkeit** darstellen.

Vorher muss jedoch geprüft werden, ob der beobachtete Rückgang der Veranlagungsfälle eventuell ein künstlicher Effekt sein könnte, hervorgerufen durch Verfehlung der Vollzähligkeit der erfassten Steuerfälle für das Jahr 1995. Mit anderen Worten: Könnte es sein, dass ein Teil der Steuerpflichtigen dieser Altersgruppe keine Veranlagung beantragt hat und deshalb nicht gezählt wurde? Da sich kollektive verhaltensmotivierte Veränderungen erfahrungsgemäß auf einer sehr viel größeren Zeitskala abspielen, müssten für einen solch plötzlichen Einbruch objektive Veränderungen der Rah-

Quotenraten der Bruttolohnempfänger bei festgehaltenem Alter (1992/1995)



HSL 43/00

menbedingungen verantwortlich gemacht werden. Mögliche Kandidaten dafür wären die 1993 eingeführte Steuerfreistellung des Existenzminimums sowie die Heraufsetzung des Sparerfreibetrags von 600 auf 6000 DM (doppelte Grenze bei Zusammenveranlagung) im Zusammenhang mit der Einfüh-

rung der Quellensteuer bei Kapitalerträgen. In beiden Fällen könnte man vermuten, dass die betroffene Klientel — anders als 1992 — auf Grund der geänderten Rechtslage ohnehin keine Einkommensteuer gezahlt, folglich auch keine Steuer-rückerstattungen zu erwarten hatte und deshalb 1995 auf eine Veranlagung verzichtete.

13) § 32 d EStG („Entlastung bei niedrigen Erwerbseinkommen“) ist ein Provisorium, mit dessen Hilfe der Gesetzgeber den Erfordernissen des Bundesverfassungsgerichtsurteils vom 25.09.1992 bzgl. der steuerlichen Behandlung des Existenzminimums nachkommen wollte. Nachdem für das Jahr 1993 eine vorläufige Regelung durch Verwaltungsanweisung galt, wurde mit diesem Paragraphen eine (bis zum 31.12.1995 befristete) gesetzliche Grundlage geschaffen. Im Jahressteuergesetz 1996 wurde stattdessen die Freistellung des Existenzminimums in § 32 a EStG aufgenommen.

14) Der neu hinzugekommene § 32d des Einkommensteuergesetzes entlastete niedrige Erwerbseinkommen u. a. dadurch, dass Erwerbsbezüge im Jahr 1995 bis 11 555 DM (23 111 DM bei Ehegattensplitting) nicht mehr besteuert wurden (die alte Freigrenze lag mit 5 616 DM deutlich niedriger). Erwerbsbezüge sind im Wesentlichen das zu versteuernde Einkommen zuzügl. verschiedener vorher abgezogener steuerfreier Beträge, z. B. im Zusammenhang mit Veräußerungsgewinnen, Sonderabschreibungen oder auch der Versorgungsfreibetrag. Eine genaue Auflistung der hinzuzurechnenden Beträge findet sich in §32d Absatz 2 EStG.

Keine der Hypothesen wird durch die Daten gedeckt. Während bzgl. der Einkünfte aus Kapitalvermögen in der betrachteten Altergruppe erwartungsgemäß bereits 1992 keine nennenswerten Beträge verbucht wurden und das Argument folglich „mangels Masse“ hinfällig ist, widerlegen die Daten auch die erste Annahme eindrücklich. Wenn nämlich die Steuerfreistellung des Existenzminimums nach § 32 d EStG¹³⁾ als Ursache in Betracht käme, dann müsste sich eine deutliche Konzentration des Effektes bei Personen mit Erwerbseinkommen zwischen alter und neuer Freigrenze¹⁴⁾ nachweisen

lassen. Eine diesbezügliche Prüfung der Daten zeigt jedoch, daß der beobachtete Quotenrückgang fast ausschließlich auf zu versteuernde Einkommen unter 5000 DM und damit unterhalb der *alten* Freigrenze verursacht wird¹⁵⁾.

Somit bleibt als wahrscheinlichste Erklärung tatsächlich die Lehrstellenverknappung — auch, wenn die Schlussweise (über *fehlende* Veranlagungen) sehr indirekt ist und deshalb ein anderer Erklärungsmechanismus nicht gänzlich ausgeschlossen werden kann. Wie dieser Einbruch sich in der Zukunft auswirken wird, ist noch völlig offen. Der sich anschließende Anstieg auf annähernd Normalniveau bedeutet ja nicht, dass die betroffenen Jugendlichen nun einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz gefunden hätten, sondern beschreibt die weniger dramatische Situation der „Vorgängergeneration“.

Arbeitnehmer über 40: Männer im Minus, Frauen (scheinbar) im Plus

War die Spiegelung der Jugendarbeitslosigkeit in den Daten der Einkommensteuerstatistik vielleicht noch zu erwarten, so überrascht eine andere Entwicklung: das starke Auseinanderdriften der Veränderungsrate der Arbeitnehmerquoten für Männer und Frauen ab einem Alter von etwa 40 Jahren. Während die Rate bei den Frauen eine leicht positive Tendenz aufweist (Veränderungsrate für fast alle Altersgruppen ab 40 positiv), ist bei den Männern ein Abwärtstrend unverkennbar (ausschließlich negative Werte).

Natürlich müssen die Veränderungen vor dem Hintergrund der insgesamt auch weiterhin deutlich höheren Arbeitnehmerquote der Männer gegenüber der der Frauen gesehen werden. Trotzdem ist der Effekt bemerkenswert. So entspricht die Abnahme für die Altersspanne der 40- bis 55-jährigen Männer einem Quotenrückgang von 75,3 auf 72,8 %; absolut gesehen sind das immerhin ca. 26 200 Veranlagungen weniger als 1992. (Der Bevölkerungsrückgang dieser Altersgruppe betrug mit ca. 13 600 nur etwa die Hälfte dieser Zahl). Die „Frauenquote“ dagegen nahm in der vergleichbaren Gruppe von 53,0 auf 54,3 % zu — absolut ein Plus von knapp 5800 Veranlagungen — *obwohl* die entsprechende weibliche Bevölkerung um beinahe 4300 Personen zurückging!

Der Befund wirft gleich mehrere Fragen auf: Was ist die Ursache für die Veränderung der Quoten? Ist es der Stellenabbau in der Wirtschaft, der für den Rückgang bei den Männern verantwortlich ist? Warum steigt dann aber der Anteil der

15) Eine Erklärung für die an sich erstaunlich hohe Zahl derer, die trotz fehlender Einkommensteuerzahlungen und damit auch ohne die Möglichkeit einer Steuerrückerstattung eine Veranlagung beantragen, könnte darin liegen, dass der Antrag auf Festsetzung der Arbeitnehmer-Sparzulage an die Abgabe einer Einkommensteuererklärung gebunden ist.

16) So hat sich z. B. das Maximum der Verteilung der Geburtenhäufigkeit als Funktion des Alters der Mutter in Hessen von 24 bis unter 25 Jahren im Jahre 1970 auf 29 bis unter 30 Jahre im Jahr 1996 verschoben. (Siehe „Statistisches Handbuch Hessen“, Ausgabe 1997/1998, Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden 1998, S. 94).

Frauen? Woher kommt die Asymmetrie in der Entwicklung der Beschäftigungsquoten zwischen Männern und Frauen?

Von der Vergangenheit eingeholt: Spuriöse Raten durch Langzeiteffekt

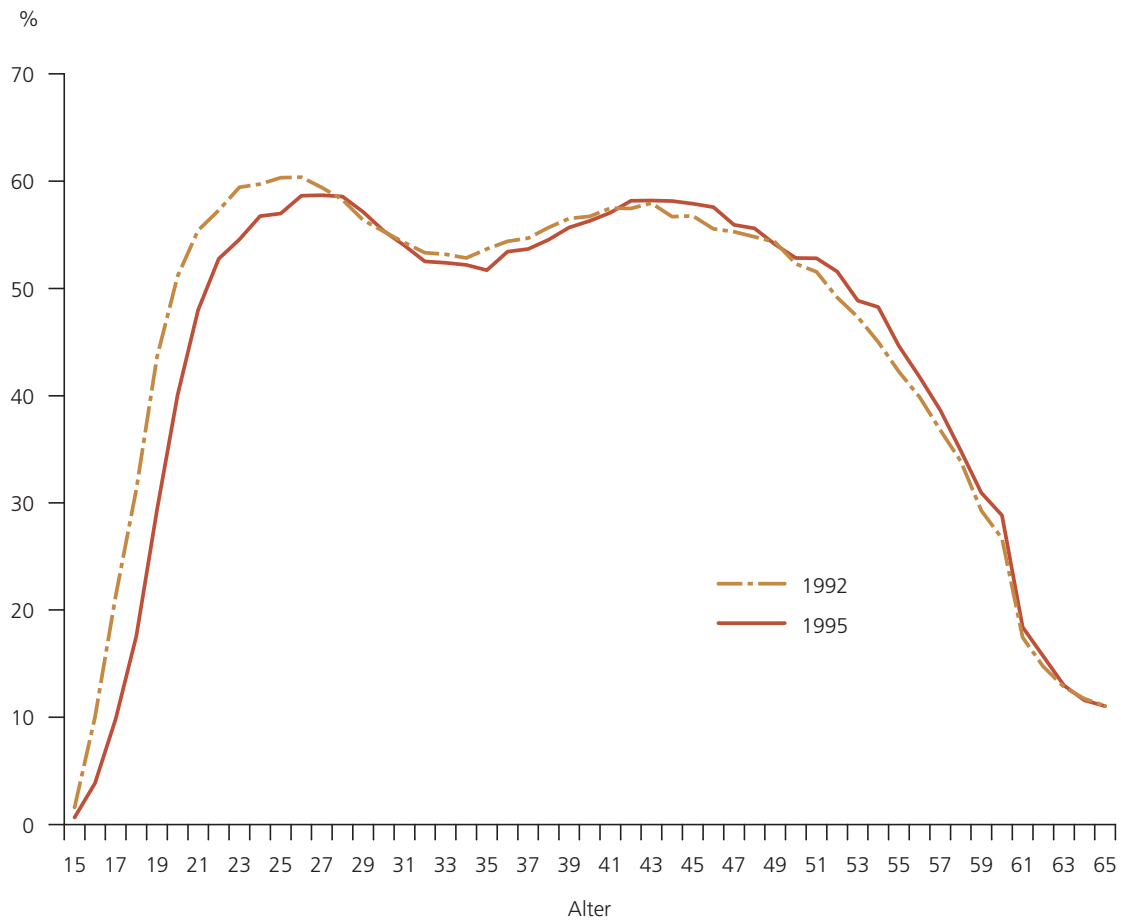
Anders als bei den gerade betrachteten Berufseinsteigern (bei denen es im Arbeitsmarktkontext sozusagen keine Vergangenheit gab) muss hier auch über potenzielle asymmetrische Entwicklungen in der Vergangenheit der jeweiligen Altersgruppen nachgedacht werden. Dabei stößt man sofort auf den weiter oben diskutierten (oft temporären) Berufsausstieg zu Gunsten der Familie, von dem Frauen in weit höherem Maß Gebrauch machen als Männer. Das führt nicht nur zu einer deutlichen Unterscheidung der Quoten von Männern und Frauen, sondern bei den Frauen auch über den gesamten Alterbereich zu einer erkennbaren Abhängigkeit vom Lebensalter. Dies wiederum hat zur Folge, dass die Veränderungsrate der Quote sehr sensibel auf mögliche *zeitliche Verschiebungen* der Berufstätigkeit reagiert.

Eine solche Tendenz kann in der Tat über die letzten Jahrzehnte beobachtet werden. Das hängt zusammen mit einer kontinuierlichen Verschiebung der Geburtenhäufigkeit in Richtung höheren Lebensalters der Mutter¹⁶⁾. Als Konsequenz ist eine entsprechend verschobene „Babypause“ zu erwarten.

Das Schaubild „Vergleich der Arbeitnehmerquoten für Frauen 1992 und 1995“ zeigt, dass der Effekt von den Daten der Einkommensteuerstatistik deutlich nachgezeichnet wird. Dargestellt sind die „Frauenquoten“ aus nichtselbstständiger Arbeit für die Statistikjahre 1992 und 1995. Zunächst erkennt man den gegenüber 1992 späteren Berufsbeginn, der zu dem oben diskutierten Lehrstellenmangel korrespondiert. Daran anknüpfend (aber nicht kausal verbunden, da es sich um unterschiedliche Geburtsjahrgänge handelt) verschiebt sich die Kurve infolge der später einsetzenden „Babypause“ um ein bis zwei Jahre nach rechts (höheres Alter). An der Form der Kurve hat sich dagegen kaum etwas verändert, so dass allein die *Verschiebung* in Richtung höheren Alters für die gefundene Quotenrate verantwortlich ist. So kommt es z. B. auch auf völlig natürliche Weise zu einem lokalen Maximum der Quotenrate bei etwa 29 Jahren, das bei den Männern gänzlich fehlt. Insbesondere der permanent positive Trend jenseits der Vierzig stellt sich damit als „Spätfolge“ der sich seit Jahrzehnten abzeichnenden Tendenz zur Geburt bei höherem Lebensalter der Mutter heraus. Es handelt sich mithin definitiv *nicht* um einen arbeitsmarktbedingten Effekt.

Für den Rückgang der Arbeitnehmerquote der *Männer* ist indes keine vergleichbare Erklärung in Sicht. Da deren Quote in weiten Altersbereichen nahezu unabhängig vom Lebensalter ist, kann hier keine Fortschreibung von Vergangenheits-effekten unterstellt werden. Im direkten Quotenvergleich zwischen 1992 und 1995 (Schaubild „Vergleich der Arbeit-

Vergleich der Arbeitnehmerquoten für Frauen 1992 und 1995



HSL 41/00

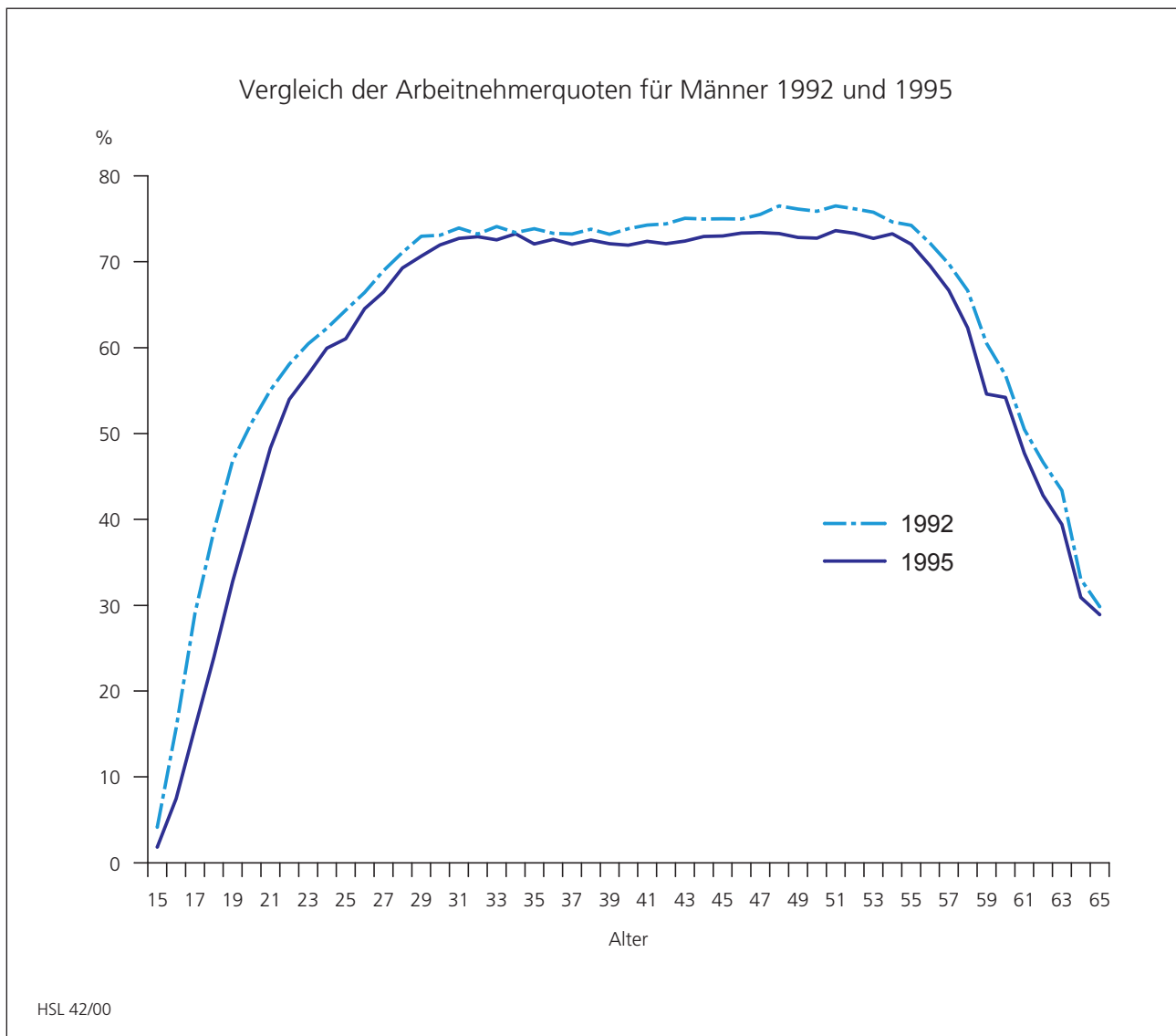
nehmerquoten für Männer 1992 und 1995“) zeigt sich in-
dessen, dass die 1995er Kurve für kein Alter die 1992er Kurve
übertrifft: Der Anstieg ist verzögert, der Ausstieg beschleunigt
und das Niveau niedriger. Sehr wahrscheinlich hängt die
negative Entwicklung bei den Männern tatsächlich mit negativen
Entwicklungen des Arbeitsmarktes zusammen.

Quotenraten total

Weitere Einsichten in die Dynamik der Arbeitnehmerquoten
können durch eine *Längsschnittanalyse* gewonnen werden.
Diese liefert Aufschluss über die Zu- und Abgänge jeweils
einer Grundgesamtheit und ist deshalb zur Untersuchung von
Arbeitsmarktphänomenen besser geeignet als die Querschnittanalyse.
Im Konzert der angesprochenen Differentiationen spielt dabei die
Veränderungsrate bei festgehaltenem Geburtsjahr den entscheidenden
Part. Wie bereits dargestellt, setzt sich diese *totale* Quotenrate aus
der gerade betrachteten expliziten Zeitableitung und der (über die
Zeitabhängigkeit des Alters) impliziten Ableitung additiv zusammen.
Durch die Berücksichtigung der Veränderung des

Lebensalters bei der Differentiation begibt man sich sozusagen
auf ein in der Zeit mitbewegtes System, bei dem die Veränderung
der Quoten von Kohorten jeweils gleicher Geburtsjahrgänge
gemessen wird.

Das Schaubild „Totale Zeitabhängigkeit der Quoten der
Bruttolohnempfänger (1992/1995)“, Seite 14 zeigt die
Veränderungsrate der Geschlechter als Funktion des Alters.
Man erkennt deutlich, dass die Quotenrate für junge Leute
beiderlei Geschlechts positiv und höher als für andere Alters-
gruppen ist. Das war natürlich zu erwarten, da es — trotz
Jugendarbeitslosigkeit — in jungen Jahren weit wahrscheinlicher
ist, einen Arbeitsplatz zu erhalten, als ihn zu verlieren.
Bei den Männern tritt die Sättigung bei einem Alter von ca.
30 Jahren ein, wobei das lokale Maximum bei 27 Jahren
auffällt. Vermutlich markiert dieser Bereich den Eintritt der
Akademiker ins Arbeitsleben. Das frühe, ausgeprägte Maximum
bei den Mädchen (bei 18-19 Jahren) spiegelt (wie erwähnt)
deren relativ späten Berufseintritt infolge qualifizierterer
Schulabschlüsse wider.



Auffällig wird die Rate bei den Männern ab einem Alter von ca. 30 Jahren (!) leicht negativ und verharrt in diesem Bereich nahezu unverändert, bis sie ab Ende vierzig stärker und ab Mitte fünfzig dramatisch absinkt. Damit wird die bereits aus der Querschnittsanalyse vermutete Interpretation gestützt, welche den Rückgang der männlichen Arbeitnehmerquoten mit der verschärften Lage auf dem Arbeitsmarkt in Verbindung brachte.

Allerdings muss bedacht werden, dass die Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit teilweise in Konkurrenz zu den

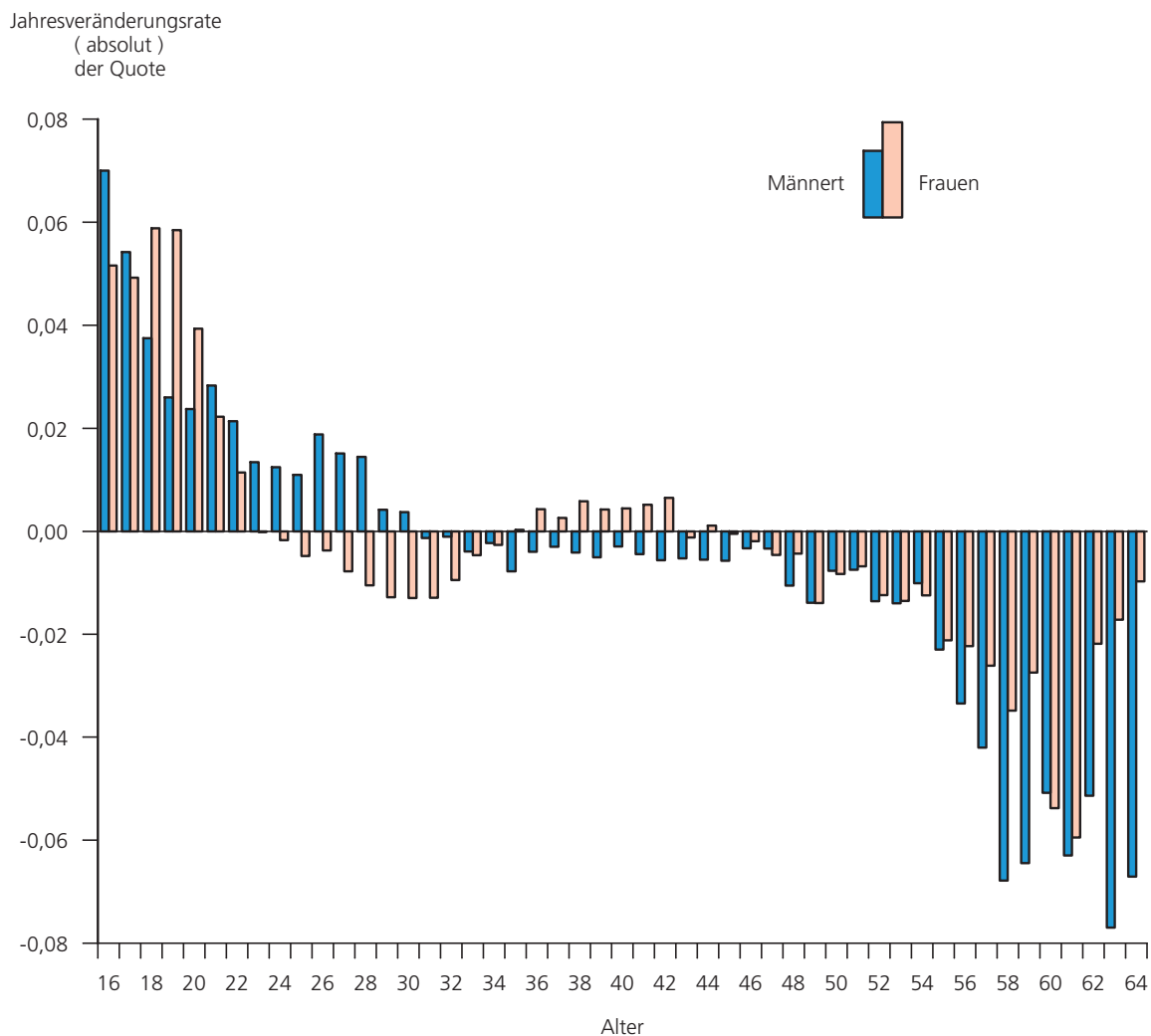
Gewinneinkunftsarten stehen (d.h. zu Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb oder selbständiger Arbeit). So kann es z. B. im Zusammenhang mit Existenzgründungen zu Nettoströmen kommen, wenn sich etwa ein bisher abhängig Beschäftigter selbstständig macht. Die negative Rate der Männer über dreißig muß deshalb nicht zwangsläufig einen Anstieg der Arbeitslosigkeit signalisieren¹⁷⁾: Vor einer verlässlichen Interpretation ist der Einfluss solcher „Wanderungsbewegungen“ abzuschätzen.

Um einen groben Eindruck von den involvierten Größenrelationen zu bekommen, klassifizieren wir die Personen nach dem **überwiegenden** Einkommen bzgl. der Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit und den einzelnen Gewinneinkunftsarten¹⁸⁾. (Die bisherigen Ergebnisse bleiben von dieser Modifikation weitgehend unberührt). Gemessen wird wieder die totale Zeitableitung (bei festgehaltenem Geburtsjahr), diesmal jedoch für alle vier genannten Einkunftsarten. Obwohl die Quote der männlichen Personen mit überwiegenden Einkünften aus Gewinneinkunftsarten (zusammengefasst) maximal nur bei ca. 10 % liegt (nichtselbstständige

17) Andererseits fallen Personen, die im Erhebungsjahr der Einkommensteuerstatistik nur zeitweise arbeitslos waren, nicht aus der Statistik heraus und sind deshalb in den hier diskutierten Auswertungen nicht als solche erkennbar. Dadurch wird die Veränderung der Arbeitslosenzahlen unterschätzt — sofern diese überhaupt in diesem Rahmen abgeschätzt werden kann.

18) Bisher wurden alle (veranlagten) Personen betrachtet, die über Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit verfügten. Dabei waren auch solche, die zusätzliche Einkünfte aus anderen Einkunftsarten erzielten. Dies führt im Vergleich mit Personen aus den Gewinneinkunftsarten zu überlappenden Mengen und damit zu keiner eindeutigen Klassifikation. Durch Einführung des Unterscheidungsmerkmals „überwiegende Einkünfte“ (bezogen auf nichtselbstständige Arbeit und die drei genannten Gewinneinkunftsarten; Einkünfte aus Kapitalvermögen, Vermietung und Verpachtung und sonstige Einkünfte werden in diesem Zusammenhang nicht berücksichtigt) wird die zur Betrachtung von „Wanderungsbewegungen“ erforderliche Eindeutigkeit erzwungen.

Totale Zeitableitung der Quoten der Bruttolohnempfänger (1992/1995)



HSL 44/00

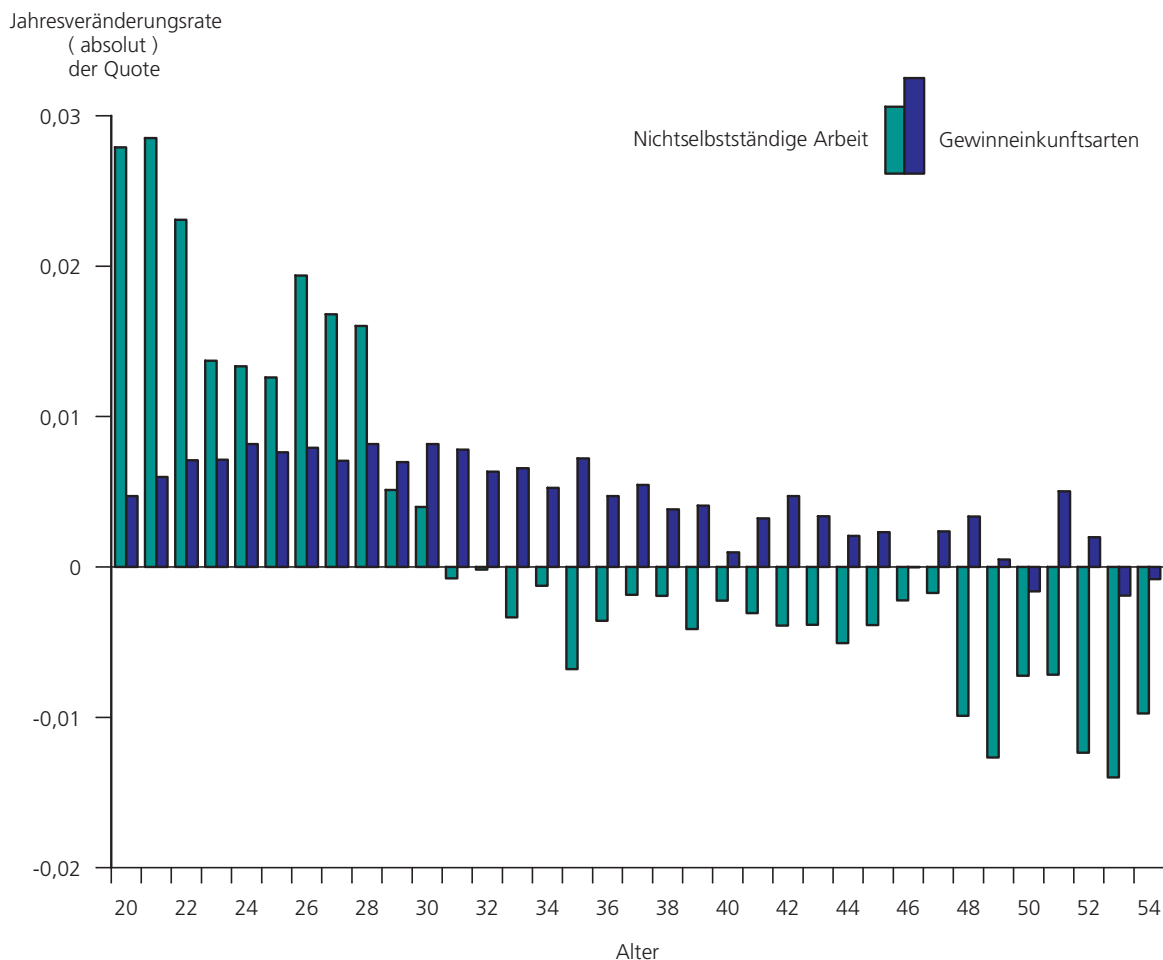
Arbeit: über 70 %!), kommen die **Veränderungsraten** im relevanten Altersfenster (von grob 30 bis Ende 40 Jahren) in die gleiche Größenordnung wie die der männlichen Bruttolohnempfänger (siehe Schaubild „Vergleich der Veränderungsrate der Quoten aus „Nichtselbstständiger Arbeit“ und aus „Gewinneinkunftsarten“ (Männer, 1992/1995)“). Da beide Raten unterschiedliche Vorzeichen haben (Gewinneinkünfte positiv, Arbeitnehmer negativ), könnten die Ergebnisse tatsächlich im Sinne einer „Wanderung in die Selbstständigkeit“ gedeutet werden. In diesem Falle würde

die verschärfte Lage auf dem Arbeitsmarkt als Motivation für Existenzgründungen dienen, sie würde also positiv aufgefangen. Einen Beweis dieser Hypothese liefert die Analyse freilich nicht, denn es ist nicht klar, ob hinter den gestiegenen „Selbstständigenquoten“ dieselben Personen wie hinter den gesunkenen Arbeitnehmerquoten stehen¹⁹⁾. Vermutlich sind beide Aspekte zutreffend: Der Abbau von Arbeitsplätzen führt zu einer erhöhten Arbeitslosigkeit (wie sie aus anderen Datenquellen belegt ist), wirkt gleichzeitig aber auch als Triebfeder für Existenzgründer.

¹⁹⁾ Eigentlich müsste nach Personen „gefahrenet“ werden, die 1992, nicht aber 1995 Bruttolohn bezogen haben, stattdessen jedoch 1995 Einkünfte aus Gewinneinkunftsarten hatten (vermindert um die Zahl der der gespiegelten Bedingung genügenden Personen). Dazu müssten Steuerpflichtige des Jahres 1992 in den 1995er Daten wiedergefunden und zugeordnet werden. Über die Steuernummer ist eine solche Verknüpfung zwar theoretisch möglich; da die Finanzämter jedoch auf Grund organisatorischer Rahmenbedingungen in der Regel bei Änderung der Haupteinkunftsart auch die Steuernummer ändern, versagt eine solche Auswertung in der Praxis.

Bei den **Frauen** zeigt sich die bereits diskutierte „Babypause“ in einem frühen Durchschwinger in den negativen Bereich (Nulldurchgang bei ca. 23 Jahren), dem der Rückschwung nach etwa zehn Jahren folgt. Das Minimum der Rate wird bei einem Alter von ungefähr 29 bis 31 Jahren an-

Vergleich der Veränderungsraten der Quoten aus „Nichtselbstständiger Arbeit“
und aus „Gewinneinkunftsarten“
(Männer, 1992/1995)



HSL 45/00

genommen — just dem Alter, in dem die Geburtenhäufigkeit entsprechend der Bevölkerungsstatistik am höchsten ist (vgl. Anmerkung 16)).

Der in der Querschnittanalyse konstatierte Anstieg ab einem Alter von ca. 40 Jahren ist erwartungsgemäß hier nicht erkennbar. Im Gegenteil, von Ende 40 bis Mitte 50 liegen die Veränderungsdaten von Männern und Frauen dicht zusammen, was zeigt, dass in diesem Alter Männer und Frauen gleichermaßen von der schwierigen Arbeitsmarktlage tangiert sind. Falls diese Interpretation zutrifft, sind Frauen im Verhältnis sogar stärker betroffen, da sie absolut gesehen von einer niedrigeren Quote ausgehen und dennoch ungefähr den gleichen (absoluten) Rückgang zu verzeichnen haben. Den ab etwa Mitte fünfzig einsetzenden starken Abfall bei den Männern vollziehen die Frauen jedoch nicht nach

(Ausnahme: 60 bis 61 Jahre auf Grund der gesetzlichen Altersgrenze für Frauen); Vorruhestandsregelungen wie bei den Männern sind bei ihnen offenbar nicht so häufig. (Der anschließende Anstieg in Richtung Nullniveau trägt der Tatsache Rechnung, dass die geringe Quote der weiblichen Bruttolohnempfänger jenseits der 60 sich zeitlich kaum mehr verändert).

Fazit

Nicht die Steuern, sondern die in der Einkommensteuerstatistik sichtbaren Reflexe des Arbeitsmarktes und seiner Bestimmungsgrößen waren Inhalt der in dieser Arbeit vorgenommenen Analysen. Dies wurde möglich durch die Verschmelzung von Steuer- und Bevölkerungsdaten zu Arbeitnehmerquoten. Dabei wurden deutliche Unterschiede zwi-

schen der Präsenz von Männern und Frauen im Beschäftigungssektor sichtbar: Während Männer zwischen 30 und 55 Jahren nach wie vor eine recht stabile Arbeitnehmerquote von über 70 % erreichten, wird die Berufstätigkeit der Frauen — auch im Spiegel der Einkommensteuerstatistik — durch Erziehungszeiten unterbrochen, was zu einer niedrigeren Quote (maximal 60 %) und einem charakteristischen Minimum Anfang 30 führte. Ab Ende 40 (bei den Männern ab Mitte 50) zeigte sich bereits ein substanzieller Rückgang der Beschäftigungszahlen. Trenduntersuchungen anhand der Steuerdaten machten einen dramatischen Einbruch bei der Beschäftigung junger Menschen sichtbar, der sehr wahrscheinlich mit dem Mangel an Lehrstellen zusammenhängt. Erstaunliches Resultat: Bereits ab Anfang 30 (!) waren bei den Männern leichte Quotenverluste bemerkbar; parallel dazu gab es jedoch auch eine leichte Tendenz zur Selbstständigkeit.

Die aus den Daten gezogenen Schlüsse sind nicht immer eindeutig und die Ergebnisse nicht unbedingt neu. Neu ist allerdings, dass die diskutierten Resultate nicht etwa aus Be-

schäftigungs- oder Sozialstatistiken gewonnen wurden, sondern sich durch konsequente Analyse der Einkommensteuerdaten herleiten ließen. Diese Tatsache verdient Beachtung. Wenn nämlich schon bei derart spartanischer Auswahl der zu analysierenden Merkmale (Fallzählungen nach Einkommensart, Alter und Geschlecht) Zusammenhänge zu sozialökonomischen Fragestellungen auftauchten, dann bietet die Einkommensteuerstatistik bei Einschluss ihres umfangreichen Datenkatalogs — neben den vielfältigen rein fiskalischen Informationen — auch ein unabsehbares Potenzial für weiterreichende interdisziplinäre Untersuchungen im Sinne des eingangs zitierten gesetzlichen Auftrages! Dieses Potenzial scheint bisher kaum erschlossen zu sein. Vor dem Hintergrund der zunehmenden finanziellen Einschnürung der statistischen Ämter sind die Aussichten darauf allerdings trotz beachtlicher technischer Fortschritte in den Analysemöglichkeiten auch für die Zukunft eher trübe. So kreiert die Politik die paradoxe Situation, dass sie einerseits unter hohem Aufwand eine Statistik erstellen lässt, andererseits deren potenzielle Auswertung mehr und mehr durch Budgetstrangulierung gefährdet. □